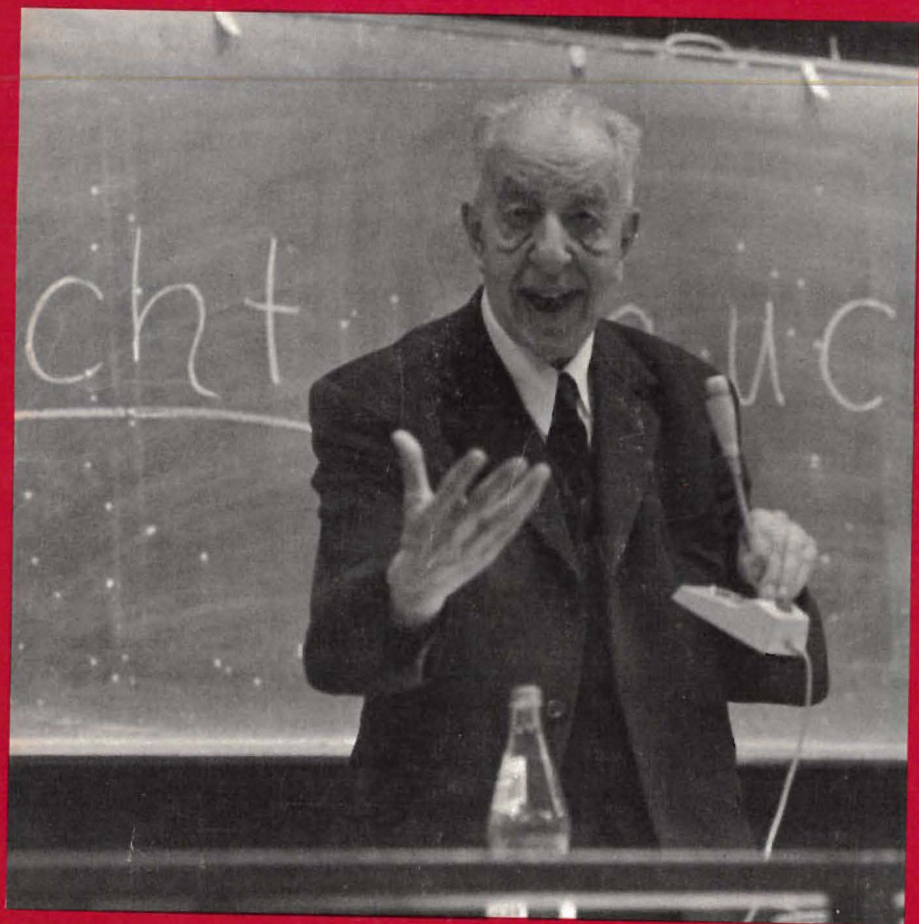


**Ein Gespräch mit Jürgen Kuczynski
über Arbeiterklasse, Alltag, Geschichte,
Kultur und vor allem über Krieg und Frieden**



Verlag
Arbeiterbewegung und
Gesellschaftswissenschaft



Verlag
Arbeiterbewegung und
Gesellschaftswissenschaft 

Schriftenreihe der Studiengesellschaft
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
Herausgegeben von
Wolfgang Abendroth
Frank Deppe
Georg Fülberth
Gerd Hardach
Band 48

**Ein Gespräch mit Jürgen Kuczynski
über Arbeiterklasse, Alltag, Geschichte,
Kultur und vor allem über Krieg und Frieden**

Verlag
Arbeiterbewegung und
Gesellschaftswissenschaft 

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Ein Gespräch mit Jürgen Kuczynski über Arbeiterklasse,
Alltag, Geschichte, Kultur und vor allem über Krieg
und Frieden. — Marburg: Verlag Arbeiterbewegung u.**

Gesellschaftswiss., 1984.

**(Schriftenreihe der Studiengesellschaft für
Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung; 48)**

ISBN 3-921630-49-5

**NE: Kuczynski, Jürgen [Mitverf.]; Studiengesellschaft
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung (Marburg,
Lahn); Schriftenreihe der Studiengesellschaft...**

© 1984 Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft GmbH

Rosenstraße 12/13

D-3550 Marburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelbildgestaltung: Petra Horn

Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, 6400 Fulda

ISBN 3-921630-49-5

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Vorwort	6
1. Die Frage von Krieg und Frieden	7
2. Umfang und Funktion der Arbeiterklasse	36
3. Untergehende Gesellschaftsformationen	42
4. Der bürgerliche Staat — Milchkuh und Gendarm?	51
5. Zur politischen Funktion des Alltagsbegriffs	66
6. Erfahrungen der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger Jahre	76
7. Über Kultur und Klassen	93
8. Disput über moralische Ökonomie	107
9. Kulturentwicklung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik	117
10. Klasseninteresse und Friedensfrage	136
Anmerkungen	139

Vorwort

Unermüdlich und immer lauter ruft Jürgen Kuczynski, der am 17. September 1984 achtzig Jahre alt wurde, zum Meinungsstreit unter Marxisten auf. Und er liefert zugleich Stoff und Themen. Von 1980 bis 1982 veröffentlichte er die fünf Bände seiner „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes“, die sofort zu einem Standardwerk wurde. Hier formulierte er Thesen, mit denen er Diskussion und Widerspruch bewußt provozierte, so zum Umfang der Arbeiterklasse, zur Endphase des Feudalismus und zur Kulturfähigkeit der Werktätigen. Im autobiographischen „Dialog mit meinem Urenkel“, Ende 1983 erschienen, reflektiert er über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik und über die politische und wissenschaftliche Kultur der DDR.

Während anderwärts die „Krise des Marxismus“ proklamiert wird, eröffnet Kuczynski neue Plattformen der marxistischen Debatte. Mehrere Bücher der letzten Jahre hat er als Diskussionsbände angelegt: er sendet einzelne Kapitel an Fachkollegen, erbittet Kritik und druckt diese gleich mit ab.

Kuczynskis Themen beschäftigen auch Marxisten in der Bundesrepublik. Der Meinungsstreit soll übergreifen. Deshalb machten wir uns im Dezember 1983, ausgerüstet mit Aufnahmegerät, Kassetten und vier Köpfen voller Fragen, auf den Weg nach Berlin-Weißensee, Parkstraße 94. So entstand dieses Buch. In der schriftlichen Aufzeichnung fehlt das Tellerklappern der heiteren Mahlzeiten mit Marguerite Kuczynski in der großen Küche. Dort redeten wir weiter: über Turgot, französische Archive und einen uralten Apfelbaum.

Das Gespräch knüpft an die neuesten Veröffentlichungen Kuczynskis an. Deshalb werden einige der Positionen, die dort entwickelt sind, zuweilen knapp repetiert. Dann aber folgt sofort – direkter als das umständliche Geschäft von Rezension, Replik und Duplik – die mündliche Debatte.

Wir hatten unser Gespräch wenige Tage vor dem vierten Jahrestag des NATO-Beschlusses zur Stationierung von Pershing II und Cruise missiles, wenige Tage auch vor den ersten Blockaden. Das Thema Krieg und Frieden rahmt die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung ein. Auch hier gibt es Irritation der Thesen: Wenn Gewißheit nicht mehr möglich ist, worauf richtet sich mittelfristig der historische Optimismus – ausschließlich auf die Verhinderung des Atomkriegs?

Wir wünschen Jürgen Kuczynski (J.K.) und uns selbst immerwährenden Meinungsstreit.

Marburg, im September 1984

Frank Deppe (F.D.)
Georg Fülberth (G.F.)
Dieter Kramer (D.K.)
Gert Meyer (G.M.)

1. Die Frage von Krieg und Frieden

G.M.

Lieber Jürgen, wir möchten Dir zunächst einmal herzlichen Dank dafür sagen, daß wir Dich besuchen und interviewen können.

Die wichtigste Frage ist heute die Frage von Krieg und Frieden. Nach dem 22. November 1983, als der Bundestag beschloß, die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen auf dem Territorium der Bundesrepublik zu stationieren, ist die Frage noch akuter geworden. Die Hochrüstung ist zur Zeit eines der größten globalen Probleme. Es werden jährlich weit über 750 Milliarden Dollar in der ganzen Welt für Rüstung ausgegeben - mit stark steigender Tendenz. Die Aufrüstung ist bei uns in den kapitalistischen Ländern ein wichtiger Faktor der Wirtschafts- und speziell der Finanzkrisen, auch eine bedeutende Ursache für die Vergeudung großer natürlicher Ressourcen. In den sozialistischen Ländern hemmt sie das Fortschreiten. In der Dritten Welt vergrößert sie Elend und Armut. Die heute weltweit angesammelte atomare Sprengkraft beträgt etwa 20.000 Megatonnen - das entspricht weit mehr als einer Millionen Hiroshima-Bomben. In den USA werden mittlerweile Strategien formuliert, wie man einen Atomkrieg führen und sogar 'gewinnen' könne. Dort wird auch mit der Militarisierung des Weltraums begonnen. Wie ist Deine Haltung zu diesen drängenden Problemen, von deren Lösung das Schicksal der Menschheit abhängt?

J.K.

Ich glaube, wir müssen zwischen zwei Fragen unterscheiden. Das eine ist die Aufrüstung selbst, vor allem die nukleare Aufrüstung und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft; das zweite ist die aus der Aufrüstung erwachsende ungeheure Kriegsgefahr.

Man fragt mich manchmal, warum ich optimistisch bin in dieser zuletzt genannten Frage, und ich antworte darauf, daß ich bis zum zweiten Weltkrieg, bis ich begriff, was ein Nuklearkrieg bedeutet, nicht optimistisch war, sondern sicher war, daß der Sozialismus siegen wird. Kein Mensch ist optimistisch in bezug darauf, ob sich das Fallgesetz durchsetzt, und ebensowenig war ich optimistisch in bezug darauf, daß der Sozialismus im Laufe der Zeit, trotz großer Schwierigkeiten und gelegentlich natürlich auch Niederlagen, siegen wird und für die Menschheit ein, wie es der Dichter Erich Weinert einmal ausdrückte, zweites Kapitel der Weltgeschichte beginnen wird. Ich vertrete Weinert folgend immer die Auffassung, daß es nur zwei Kapitel der Weltgeschichte gibt. Das erste sind die Hunderttausende, ja wohl Millionen von Jahren dessen, was wir die Urgemeinschaft nennen. Ihr folgt ein

winziges Zwischenkapitel von vielleicht zehntausend Jahren, in denen die Menschheit mit ihrer größten Leistung, nämlich mit der Herstellung des Mehrprodukts, nicht fertig wurde: in der nämlich das Mehrprodukt ganz oder größtenteils an eine winzige Minderheit ging, während die Produzenten des Mehrprodukts leer ausgingen. Und dann kommt das zweite Kapitel, nämlich die Geschichte der Menschheit unter dem Sozialismus und Kommunismus, in dem sie die unerhört große Leistung der Verteilung des ständig wachsenden Mehrprodukts, also der Produktion dessen, was über das unbedingt zum physischen Leben Notwendige hinausgeht, meistert. Heute habe ich nun Optimismus, d.h. nicht mehr die Gewißheit, daß ein Gesetz sich durchsetzt, sondern die ganz starke Hoffnung, daß die Menschheit in Frieden überleben und sich weiterentwickeln wird. Wir haben wohl eine ganze Reihe von Kriegen in der Geschichte, insbesondere im Imperialismus, die furchtbare Opfer gekostet haben, aber keiner dieser Kriege bedrohte die Menschheit insgesamt. Wir müssen bedenken, daß der nukleare Krieg das Ende der Menschheit bedeutet. Wir haben das lange nicht so klar erkannt wie heute. Überall in den sozialistischen Ländern sprechen wir mit vollem Recht von der Grundfrage der Existenz, des Weiterlebens der Menschheit. Die ungeheure Gefahr eines Nuklearkrieges besteht doch auch darin, daß die imperialistischen aggressiven Mächte nicht mehr ein Volk zu mobilisieren und manipulieren brauchen, um ihn auszulösen und zu führen, sondern sie können ihn mit wenigen Experten beginnen. Und dieser Krieg wird aller Voraussicht nach, jedenfalls nach dem, was kenntnisreiche Wissenschaftler uns sagen, sehr schnell zu Ende sein: mit dem Erstschlag, auf dem die Imperialisten bestehen, und natürlich dem Gegenschlag von sozialistischer Seite. Und ein weiterer Grundunterschied zwischen diesem Krieg und den vorhergehenden Kriegen ist, daß sich früher die Überlebenden glücklich schätzten, daß aber diesmal diejenigen, die aus irgendwelchen Gründen noch überleben, die schlimmste Zeit ihres nunmehr nur noch kurzen Lebens vor sich haben. Vor einiger Zeit wurde ein sehr interessanter Bericht der Gemeindeärzte in England veröffentlicht, in dem sie die voraussehbaren Wirkungen eines Nuklearkrieges schildern und auch darauf hinweisen, daß die übergroße Zahl der Ärzte und Krankenschwestern natürlich auch umkommen und viele Krankenhäuser zerstört werden. Und dann stellen sie der Regierung die Frage: was soll man mit den Überlebenden machen? Sollen, da die Ärzte ja trainiert sind, das Leben zu erhalten, die Überlebenden in der Polizei oder den bewaffneten Kräften jene unheilbaren Menschen, die noch die Chance haben, ein paar Wochen oder Monate, im unglücklichsten Fall vielleicht ein Jahr zu überleben, erschießen, oder was plant die Regierung sonst

mit ihnen? Das scheint mir eine sehr realistische Frage. Die Gemeindeärzte haben sogar vorgeschlagen, daß man eine Volksabstimmung darüber organisiert, wer die Überlebenden erschießen soll; meiner Ansicht nach ein wahrhaft eindrucksvoller Weg, den Menschen zu zeigen, was ein Nuklearkrieg bedeutet. So muß man die Situation sehen.

Meine Antwort auf die Frage, warum ich optimistisch bin, ist die große und feste Hoffnung, daß die Völker vor dem möglichen Ausbruch eines Krieges eine solche Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft spielen, daß sie diejenigen Teile der herrschenden Klasse - es sind ja heute gar nicht so sehr große Teile -, die für einen Nuklearkrieg plädieren, ihrer Macht berauben.

Wir erinnern uns daran, daß Lenin und die Linken auf den Kongressen der Sozialistischen Internationale vor dem ersten Weltkrieg immer dafür eintraten, daß man bei Ausbruch des Krieges einen Generalstreik durchführen und die Gewehre umkehren solle. Als aber 1922 in Den Haag eine Friedenskonferenz tagte und auch aus Sowjetrußland eine Delegation eingeladen wurde, gab Lenin Instruktionen an diese Delegation, in denen er aufgrund der Erfahrungen zu Beginn des ersten Weltkrieges sagte, daß es Unsinn sei, zu glauben, nachdem der Krieg ausgebrochen sei, könne man noch sofort irgendetwas gegen diesen Krieg tun, weil die herrschende Klasse stets die übergroße Masse der Bevölkerung, einschließlich auch der Arbeiterklasse, mit der Losung der Vaterlandsverteidigung zunächst auf ihre Seite bekommen würde.¹ Also schon Lenin hat 1922 das ganze Gewicht des Kampfes gegen den Krieg auf die Zeit vor dem Krieg gelegt. Heute, unter den Bedingungen nuklearer Kriegsgefahr, wird uns diese Auffassung natürlich noch unendlich viel einsichtiger.

F.D.

Du hast davon gesprochen, daß Du bis Ende des zweiten Weltkrieges, bis zum Beginn des Nuklearzeitalters, in der Gewißheit einer gesetzmäßigen Durchsetzung des Fortschritts in der Geschichte in Gestalt des Sozialismus gelebt hast. Für die Gegenwart, also einer Zeit der Gefahr des nuklearen Krieges, sprichst Du von Hoffnung.

J.K.

Und von Optimismus.

F.D.

Es wäre schön, wenn Du Dich hierzu äußern würdest. Ich möchte noch etwas ergänzen. Der englische Sozialhistoriker Edward Thompson, den Du ja von seinen Studien über die Sozialgeschichte der englischen Arbeiter-

klasse her gut kennst, hat vor einigen Jahren die These vertreten, daß die marxistische Gesellschaftstheorie nicht mehr in der Lage sei, die heutige Problematik von Krieg und Frieden zu erfassen.² Er spricht von einer Logik des 'Exterminismus', die in beiden Systemen, bei beiden Supermächten, wie er sagt, in der Weise wirke, daß die militärisch-industriellen Komplexe sich verselbständigen haben und mit einer eigenen inneren Logik auf die Katastrophe zutreiben, so daß diese von den Volksmassen eigentlich kaum noch zu verhindern sei. Ich selbst glaube, daß dies ein Bruch mit der Rationalität der marxistischen Analyse des historischen Prozesses ist. Wir können uns hierauf nicht einlassen, weil wir dann in der Tat die bevorstehende Katastrophe passiv hinnehmen müßten. Sind wir als Marxisten zum historischen Optimismus verpflichtet?

J.K.

Wir sind zum historischen Optimismus verpflichtet, außer, wenn er unsinnig ist und den gesellschaftlichen Gesetzen widerspricht. Wir haben beispielsweise nie einen historischen Optimismus gehabt, daß der Kapitalismus sich wandeln oder von sich aus zusammenbrechen wird. Natürlich sind wir auch nie historische Deterministen gewesen, denn wir haben immer gewußt, daß die gesellschaftlichen Gesetze nur als Tendenzen wirken. Darum hätte ich mich auch von großen Niederlagen des Sozialismus nie fundamental bedrückt gefühlt, weil ich gewußt hätte, daß zwar zeitweilig die Gegentendenzen stärker geworden sind, was aber nicht bedeutet, daß sich die grundlegende Tendenz im Laufe der Zeit nicht doch durchsetzen wird. Nach der Niederlage oder nach mehreren oder vielen Niederlagen würde der endgültige Sieg kommen. Es war mir selbstverständlich, daß sich gesellschaftliche Gesetze nur als Tendenzen durchsetzen können. Nun einige Bemerkungen zum sogenannten Militär-Industrie-Komplex, der, richtiger formuliert, ein Industrie-Militär-Komplex ist. Das Militär ist nicht das Dominierende, sondern die die Rüstung produzierenden Monopole sind es; ihre Profitinteressen sind es, die dominieren. Dieser Komplex ist nichts anderes als das Produkt der steten Aggressivität des Imperialismus und der immer größeren militärischen Anforderungen, die diese Aggressivität stellt. Daher bemerken wir, wenn auch keine dominierende, so doch eine wachsende Bedeutung des Militärs, dessen Einfluß innerhalb der Regierung zunimmt. Es ist ja typisch, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten der Chef der Vereinigten Streitkräfte der USA auf Einladung des Präsidenten an Kabinettsitzungen und anderen entsprechenden Zusammenkünften teilnimmt. Was nun aber die Sowjetunion betrifft, so ist die Situation insofern völlig klar, als Parteiführung und Staatsführung in Vertretung des ganzen Volkes

nach ihrer Wahl die politische Linie bestimmen. In der Sowjetunion gibt es natürlich eine starke Rüstungsindustrie zur Verteidigung des Sozialismus, und diese Industrie spielt selbstverständlich eine große Rolle in der sowjetischen Wirtschaft. Aber es gibt niemanden in der Sowjetunion, der nicht klar sieht, daß die militärische Rüstung zur Verteidigung des Sozialismus absolut notwendig ist, und der nicht gleichzeitig auf das allerstärkste bedauert, daß man so viel materielle und geistige Kräfte auf die Rüstung verwenden muß. Während auf der einen Seite die Rüstung die Weiterexistenz des Sozialismus in der Sowjetunion und in allen anderen sozialistischen Ländern garantieren soll, stört sie ganz offenbar die Entwicklung in diesen Ländern. Wenn wir absehen von der globalen Bedeutung der Rüstung als eines Verteidigungsmittels in den sozialistischen Ländern, so hat in diesen Ländern niemand Vorteil von der Rüstung, während in den Vereinigten Staaten und anderswo selbstverständlich ein Teil der herrschenden Klasse Vorteile von der Rüstung hat. Ich bin überzeugt, daß die 30-Stunden-Woche oder die Vier-Tage-Woche im Sozialismus längst eingeführt worden wären, wenn wir nicht die Rüstungsausgaben hätten. Auch müssen wir uns darüber klar sein, daß wir völlig in den Händen der Imperialisten sind, was die Rüstung betrifft. Denn wenn sie ihre Rüstung verstärken, müssen wir das ebenfalls tun. D.h., der Einfluß des Imperialismus auf die sozialistische Entwicklung darf hier unter keinen Umständen unterschätzt werden; er ist sehr, sehr beachtlich, und wir spüren diesen Einfluß selbstverständlich Tag für Tag. Im täglichen Leben merken wir die Folgen der Rüstung als dauernde Nadelstiche. Ich wiederhole: wir wären schon sehr viel weiter in der Ausgestaltung des Sozialismus, wenn wir nicht die Rüstung hätten, die ein sehr wesentliches Hemmnis für die schnellere Entwicklung des Sozialismus darstellt.

D.K.

Von der Theorie her kann ich das sehr gut nachvollziehen. Nur: in der Praxis habe ich doch noch Probleme dabei. Sagladin und Frolov haben in einem kürzlich erschienenen Buch³ darauf aufmerksam gemacht, daß auch die Wissenschaftler der sozialistischen Staaten in den letzten Jahren, Jahrzehnten die 'globalen Probleme', wie sie es nennen, zu wenig beachtet haben - dazu gehört auch das Rüstungsproblem. Wir wissen ja, daß militärisches Denken unter Umständen eine ähnliche Eigendynamik entwickeln könnte, wie etwa bei der ökonomischen Entwicklung sich eine Eigendynamik entwickelt hat, aufgrund welcher solche globalen Probleme wie das des schonenden Umgangs mit Ressourcen oder vergleichbare Dinge vergessen werden. Und da bin ich nicht allzu optimistisch bezüglich der Fähigkeit, diese eigene militärische Logik durch eine vernünftige Politik, mit der die Gefahr dieser

Eigendynamik reduziert wird, zu konterkarieren.

J.K.

Ich glaube nicht, daß eine 'eigene militärische Logik' in den sozialistischen Ländern eine große Rolle spielt. Das heißt aber nicht, daß ich sehr optimistisch hinsichtlich der Erfüllung zahlreicher ökologischer Erfordernisse bin. Und zwar nicht aufgrund einer bestimmten militärischen Logik, sondern aufgrund der Erfordernisse der Rüstung. D.h., man kann keineswegs einen grundlegenden Unterschied machen zwischen den ökologischen Verhältnissen bei uns und in der kapitalistischen Welt. Die ökologischen Verhältnisse sind traurige überall. Wir haben ein Waldsterben überall. Wir erleben stetig große Bemühungen, etwa den Baikalsee oder Gewässer in der Welt des Kapitals zu retten. Und wenn man daran denkt, was wir für Aufgaben beim Militär haben, so ist die Frage ganz einfach die: sollen wir die Zukunft der Menschheit aufgeben, oder sollen wir uns heute ganz stark mit der Lösung ökologischer Probleme beschäftigen? Das gleiche gilt selbstverständlich für die Wissenschaft. Man soll sich doch einmal überlegen: sowohl in den Vereinigten Staaten wie in der Sowjetunion wird etwa die Hälfte der Naturwissenschaftler und Technologen mit Rüstungsaufgaben betraut. Es ist daher kein Wunder, daß der Produktivitätszuwachs der Zivilindustrie der Vereinigten Staaten im Vergleich zu dem Westeuropas, wo die Rüstung eine geringere Rolle spielt, kleiner ist, obgleich die Rüstung hier wahrhaftig groß genug ist und in der BRD wahrhaftig genügend Opfer erfordert, d.h. Opfer, die die herrschende Klasse den Werktätigen, aber auch der Wissenschaft, allgemein der Gesellschaft auferlegt. Wenn man sich überlegt, daß etwa zwanzigmal soviel wissenschaftliches und technologisches Potential verwendet wird, um eine Ware, sagen wir, im Werte von 1 Million Dollar in der Rüstungsindustrie herzustellen als eine entsprechend teure Ware in der Zivilindustrie, dann versteht man, was die Beschlagnahme eines Großteils von Wissenschaft und Technik durch die Rüstung für die Entwicklung der Zivilproduktion bedeutet. Dies ist auch ein Beispiel dafür, daß wir genau wie die kapitalistischen Länder unter dieser Last leiden müssen. Genau wie Lokomotiven neutral sind, so sind auch Rüstungen in vielen ihrer Auswirkungen neutral, insofern, als sie überall die gleichen Opfer etwa in Wissenschaft und Technik erfordern, wobei selbstverständlich in anderer Beziehung fundamentale Unterschiede zwischen imperialistischen Ländern und unseren Ländern bestehen: einmal etwa in der Grundfrage des Sinnes der Rüstung, nämlich bei uns Verteidigung gegen die Aggressivität der anderen, und zweitens in der Verteilung der Kosten, von denen ein Großteil der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Ländern befreit ist. Aber das

bedeutet nicht, daß die Kosten bei uns geringer sind und wir etwa mehr Gelder für die Lösung ökologischer Probleme ausgeben könnten. Hier handelt es sich also im wahrsten Sinne des Wortes um globale Probleme, insofern als sie die ganze Menschheit betreffen. Die Rüstung selbst ist eines der schlimmsten globalen Probleme, das sowohl die Menschen bei uns wie die Menschen in den kapitalistischen Ländern und der Dritten Welt extrem belastet.

D.K.

Jetzt hat die Aggressivität des Imperialismus zugenommen, die Gefährlichkeit der Waffen hat zugenommen, und die Chance der Völker, den imperialistischen Kräften in die Arme zu fallen, hat eigentlich nachgelassen. Wir sehen, daß etwa eine Regierung wie die britische durch einen so brutalen Krieg wie den Falklandkrieg - den Malvinenkrieg - noch Auftrieb bekommen hat. Woher dann Deine Hoffnung, daß die Völker die Wenigen der Macht berauben könnten?

J.K.

Darauf will ich Dir so antworten: die Frage des Falklandkrieges und auch die Frage von Grenada ist die gleiche Frage, die Lenin in den Anweisungen an die Haager Friedensdelegation aufgeworfen hat. Sobald der Krieg ausgebrochen und gar schnell siegreich beendet wird, steht die Bevölkerung hinter der Regierung. Das ist das Problem der sogenannten Vaterlandsverteidigung im Imperialismus. Etwas ganz anderes ist die Frage des Vietnamkrieges oder der Situation im Nahen Osten, wo die herrschende Klasse sich nicht in der Weise durchsetzen kann, wie sie es wünscht, oder sogar besiegt wird.

Ich würde also sagen, daß die Chancen der herrschenden Klasse, einen Nuklearkrieg auszulösen, ganz groß sind aufgrund dessen, was ich vorher ausgeführt habe. Auf der anderen Seite muß man aber auch sehen, daß unsere Chance, diejenigen Kräfte in der herrschenden Klasse, die für einen Nuklearkrieg sind, zu stürzen - nicht die herrschende Klasse zu stürzen, sondern diejenigen Kräfte, die für einen Nuklearkrieg eintreten -, größer sind als je zuvor, weil ein beachtlicher Teil nicht nur der Arbeiterklasse und der Werktätigen überhaupt, sondern auch der herrschenden Klasse gegen einen Nuklearkrieg ist. D.h., die Möglichkeit, die zum Wahnsinn wird, der historische Zufall eines Krieges ist viel größer als je - und gleichzeitig sind die Kräfte, die gegen einen solchen Krieg eintreten, stärker als je, weil nie so große Teile auch der herrschenden Klasse gegen einen Nuklearkrieg aufgetreten sind wie heute.

G.M.

Offenbar versucht der Imperialismus, das Blatt zu wenden. In den 70er Jahren hat er verschiedene Niederlagen erlebt: Vietnam, Indochina überhaupt, die portugiesischen Kolonien, Afghanistan, später Nikaragua. Das soll nun nicht noch einmal eintreten. Er verfügt jetzt, so scheint es, über einen gewissen technologischen und waffentechnologischen Fortschritt gegenüber den sozialistischen Ländern und versucht, daraus ein militärisches Übergewicht zu erlangen. Nur so sind die Kreuzzugsreden von Reagan gegenüber der 'Weltgefahr des Kommunismus' zu verstehen. Hat der Imperialismus Chancen, dieses Konzept durchzusetzen?

J.K.

Zunächst einmal glaube ich nicht an die technische Überlegenheit der imperialistischen Kriegskräfte. Es ist doch fast eine Tragik unserer Situation, daß wir hinter der Produktivität in den kapitalistischen Ländern, hinter ihrer Effektivität zurückstehen - mit Ausnahme der Rüstung. Auch das ist doch eine der wahnsinnigen, doch zugleich Hoffnung, Optimismus gebenden Situationen in der heutigen Welt, daß die sozialistischen Länder zwar in der Effektivität, vor allem in der Technik der Zivilproduktion im allgemeinen Durchschnitt die imperialistischen Länder immer noch nicht eingeholt haben, aber ebenso gute Waffen haben wie sie.

Kürzlich hat Erich Honecker gesagt, daß wir in der DDR in der Produktivität etwa 30% hinter der BRD zurückstehen, und ich halte diese Schätzung für absolut richtig. Ich hatte dieselbe Schätzung 1958 gemacht, d.h., unsere Produktivität ist genauso schnell gestiegen wie in der Bundesrepublik, aber sie hat die Bundesrepublik nicht eingeholt. Und das gilt in vieler Hinsicht auch für die Sowjetunion, insbesondere in der Landwirtschaft, aber auch in der Industrie, was die letzten 30 - 40 Jahre oder sagen wir besser 25 Jahre betrifft, da ja die ersten Jahrzehnte nach dem Krieg aufgrund der furchtbaren Zerstörungen besonders schwierig waren. Dieser Rückstand heute ist meiner Ansicht nach vor allem auf die Konzentration der Mittel auf die Rüstung bei uns zurückzuführen - wiederum ein Beweis für die Schwierigkeiten, die wir aufgrund der Rüstung haben. Denn sich auf technischem Gebiet genauso schnell zu entwickeln wie die BRD, halte ich durchaus für eine ordentliche Sache; aber sie nicht einzuholen, d.h. weiter 30% unter ihrem Niveau zu liegen, das ist meiner Ansicht nach vor allem auch eine Folge der Notwendigkeit der Rüstung, eine Folge der Beschlagnehmung eines großen Teils der Wissenschaftler und Technologen für die Rüstung.

Man muß weiter sagen, daß diese Konzentration von Wissenschaftlern

auf die Rüstung in der ganzen Welt eine außerordentliche Verlangsamung des wissenschaftlichen Fortschritts bedeutet, denn jeder in der Rüstung engagierte Wissenschaftler ist durch die Geheimhaltung, die ihm auferlegt wird, behindert; diese Geheimhaltung verbietet ihm natürlich den freien Meinungsaustausch mit anderen innerhalb und außerhalb der Rüstung beschäftigten Forschern. Diese Wissenschaftler sind in gewisser Weise völlig isoliert. Ich besinne mich, daß mir schon vor etwa dreißig Jahren mein Freund John Desmond Bernal sagte, daß der Verkehr zwischen Wissenschaftlern in der Zeit der Renaissance ein viel engerer und intimerer war als heute. Die Kommunikation zwischen Wissenschaftlern ist auf bestimmten Gebieten, insbesondere solchen, die die Produktivität steigern würden, außerordentlich behindert oder einfach unterbrochen.

G.M.

Innerhalb der Wissenschaftler entwickelt sich deshalb bei uns eine Oppositionsbewegung gegen die Militarisierung des wissenschaftlichen Denkens und seiner Anwendung. Seit 1980 haben in der Bundesrepublik verschiedene berufsspezifische Friedensinitiativen von Wissenschaftlern stattgefunden - beispielsweise von Architekten, Psychologen, Pädagogen, Journalisten, Mediziner, Informatikern, Computer-Wissenschaftlern, Mathematikern, Philosophen. Besondere Resonanz fand im Juli 1983 der Kongreß von Naturwissenschaftlern in Mainz, an dem über 3300 Personen teilnahmen, die sich für einen Verzicht auf die Mittelstreckenraketen, für ein sofortiges Einfrieren der Atomarsenale in Ost und West und gegen die zunehmende Einengung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen aufgrund der Militarisierung der Wissenschaft aussprachen.⁴

J.K.

Das ist völlig verständlich, weil die Wissenschaftler, ganz gleich, auf welchen Feldern sie arbeiten, im allgemeinen ein echtes Bestreben nach Erkenntnis der Wahrheit haben. Und dieses Streben wird behindert. Auch begeisterte militaristische Wissenschaftler wie Edward Teller oder Cohen, der auf die von ihm mitentwickelte Neutronenbombe so stolz ist, wären nie zu Resultaten gekommen, wenn sie nicht auch ein echtes wissenschaftliches Streben nach Erkenntnis gehabt hätten. Und diese allen schöpferischen Wissenschaftlern eigentümliche Eigenschaft muß zu solchen Protesten führen. Es sind Proteste, die sich aus dem wissenschaftlichen Prozeß, aus ihrem Beruf ergeben.

F.D.

Ich möchte Dich bitten, noch einmal zu dem Problem der 'Wahnsinnslogik' zurückzukehren, die gegenwärtig Teile der herrschenden Klasse dazu bringt, das Führen eines Atomkrieges nicht mehr auszuschließen. Das Problem sehe ich darin: die marxistische Analyse hat ja vor dem ersten Weltkrieg und während dieses Krieges sehr klare Aussagen darüber treffen können, wie es aus der inneren Entwicklung des Imperialismus notwendig zum Krieg kommt. Die Imperialismusschriften von Rosa Luxemburg bis Lenin zeigen, daß der Kampf um die Beherrschung und Aufteilung der Welt die Form militärischer Gewalt annimmt. Die 'Wahnsinnslogik' brach dann wieder im faschistischen Krieg durch, der vom deutschen Imperialismus begonnen, wurde um die Niederlage des ersten Weltkriegs auszugleichen und erneut nach der Weltmacht zu greifen. Wahnsinnsmomente zeigten sich in der Vernichtung der Juden, in der Ausrottung anderer Völker. Wie sieht das heute aus? Was treibt heute Teile der herrschenden Klasse zu der Aussage, ein Atomkrieg sei führbar, wobei man freilich nicht nur die Vernichtung der Völker Europas, sondern auch von 20, 50 oder noch mehr Millionen der Bevölkerung der USA einkalkulieren muß? 'Victory is possible' ist der Titel eines bekannten Aufsatzes von Colin S. Gray und Keith Payne in der führenden außenpolitischen Zeitschrift 'Foreign Policy'.⁵

J.K.

Victory is possible. Das heißt also, eine winzige Anzahl von Menschen soll überleben. Wie schön das sein wird, habe ich jetzt in einem Aufsatz gelesen, in dem das größte Mitleid mit Reagan geäußert wird, der in seinem Spezialflugzeug ohne Strahlengefährdung überleben wird - aber wie wird er in der Luft überleben? Auch einige Leute, die sich Bunker haben bauen lassen, hegen die perverse Hoffnung, daß sie wirklich überleben werden. Auch gibt es eine Reihe von Schriften, auch von amtlichen Schriften, die einem sagen, wie man sich im Nuklearkrieg zu verhalten hat, damit man überlebt. Diese Schriften werden von manchen Lesern genau wie eine Religion geglaubt, aber sie enthalten keinerlei rationale Überlegungen. Außerdem wird von einigen noch die Hoffnung gehegt, daß man den Erstschlag so stark führen könne, daß der Gegenschlag der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, relativ schwach sein wird. Ich meine, daß diese Überlegungen genauso unsinnig sind wie die Überlegungen, sagen wir der Hitler-Regierung und derer, die ihre Politik mitbestimmten, daß sie siegen würden.

F.D.

Ich möchte die Frage noch einmal präzisieren und in den Zusammenhang von Überlegungen stellen, die Du sowohl in der 'Geschichte des Alltags des deutschen Volkes' als auch in den Arbeiten verfolgst, die Du gerade abgeschlossen hast, nämlich in den Zusammenhang der Problematik des Untergangs von Gesellschaftsformationen⁶. Hängt Deiner Meinung nach diese 'Wahnsinnslogik' sozusagen mit der Untergangslogik des gegenwärtigen Kapitalismus zusammen, der auf der einen Seite in der Lage ist, die Produktivkräfte und Technologie in einem fast unvorstellbaren Ausmaß auch in Richtung auf Vernichtungspotentiale zu entwickeln, auf der anderen Seite aber immer weniger in der Lage ist, eine Proportionalität in der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu gewährleisten? Ist sie also mit dem verbunden, was Lenin den Fäulnischarakter, den parasitären Charakter des Imperialismus genannt hat, oder wäre sie vergleichbar mit der Logik der untergehenden Feudalklasse, die in die Formel gefaßt wurde: 'Nach uns die Sintflut'?

J.K.

Der Untergang der Feudalklasse ist, allgemein betrachtet, ein sehr komplizierter Prozeß, weil ja die Verhältnisse in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden waren. Was die heutige Lage angeht, so wird ja erstens die Losung: 'Lieber tot als rot' verbreitet. Zweitens bin ich überzeugt, daß die herrschende Klasse sehr wohl die Stärke der sozialistischen Länder wie auch die Gefahren für sie durch eine Verbreitung der Ideen des Sozialismus insbesondere in der Dritten Welt, von der sie ja in bezug auf Rohstoffe sehr stark abhängig ist, deutlich erkennt. Wenn wir sagen, wir exportieren die Revolution nicht, so ist das unbedingt richtig; aber wir sollten uns klar darüber sein, daß das ein sehr geringer Trost für die herrschende Klasse ist, weil sich die Revolution auch ohne Export in einer ganzen Reihe von Ländern entwickelt. Die Furcht vor dem Sozialismus, die Furcht vor der Revolution ist ein ganz zentrales Motiv für sie. Ich halte die Frage, die Du gestellt hast, für außerordentlich wichtig, weil sie eine starke 'Rationalität' in den Wahnsinn hereinbringt und auf die Dialektik von Irrationalität und Rationalität im Denken der reaktionären Kräfte der herrschenden Klasse im Imperialismus verweist. Ist es doch sicher, daß, wenn es nicht zum Krieg kommt, die herrschende Klasse des Kapitals allein, und nicht wir, nicht der Sozialismus, zum Untergang verurteilt ist. Und das ist eine Lösung, die die herrschende Klasse natürlich unter allen Umständen vermeiden will.

F.D.

Welche anderen Optionen hat angesichts der Krise in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften die herrschende Klasse? Das ist ja ein Problem, das sich auch für die Friedensbewegung bei uns stellt, wenn sie Überlegungen anstellt, welche anderen Möglichkeiten auch innerhalb des existierenden kapitalistischen Systems gegenüber der forcierten Rüstung bestehen, wenn darüber nachgedacht wird, wie die ökonomische Krise bewältigt und die Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann u.a. Hier stellt sich etwa die Frage der Konversion der Rüstungsproduktion zur Friedensproduktion, die Frage einer Neubestimmung der Investitionen und auch der staatlichen Tätigkeit in bezug auf die ökonomische Entwicklung. Wie ist im Rahmen der Logik des kapitalistischen Systems die Durchsetzung solcher anderen Optionen denkbar?

J.K.

Ich würde sagen, hier gibt es zwei Probleme und zwei Lösungen. Wenn der Monopolkapitalismus zunächst weiter an der Macht bleibt, wenn deswegen auch die Kriegsgefahr weiterbesteht, dann muß man sich - genau wie man im zweiten Weltkrieg keine chemischen Waffen angewandt hat - in der Welt darauf einigen, die nuklearen Waffen zu zerstören. Das heißt nicht, daß sich irgendetwas in der kapitalistischen Welt ändern muß. Es kann auch weiter Kriege mit sogenannten konventionellen Waffen geben. Meiner Ansicht nach ist der Vorschlag einer Abrüstung auf nuklearem Gebiet durchaus realistisch, insofern als er letztlich auch im Interesse der herrschenden Klasse in den imperialistischen Ländern liegt. Er kann also verwirklicht werden, auch ohne daß es Revolutionen in den kapitalistischen Ländern gibt.

Die zweite Lösung wird von vielen 'Linken' propagiert: die Abschaffung von Kriegen gewissermaßen durch Abschaffung des Monopolkapitals innerhalb des Kapitalismus. Es gibt auch Marxisten, die der Ansicht sind, dies sei möglich. Ich bin nicht der Ansicht. Ich glaube nicht, daß man den Kapitalismus wieder auf den Stand des 19. Jahrhunderts, was die Monopolisierung betrifft, zurückführen kann. Aber das ist eine offene Frage, die die Geschichte beantworten wird und die ich angesichts der Gefahr eines nuklearen Krieges fast für zweitrangig halte.

G.F.

Gehst Du auch für die Zukunft des Monopolkapitalismus von der Möglichkeit einer Trennung von nuklearem und nichtnuklearem Weltkrieg aus?

J.K.

Es ist schrecklich, daß man so etwas sagen muß. Es ist auch schrecklich, daß man denken muß: Besser ein dritter Weltkrieg ohne nukleare Waffen als ein Nuklearkrieg. Doch es ist so, und man muß es ganz klar sehen. Nach Zerstörung der Nuklearwaffen wird man dann seine Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens noch viel stärker auf irgendeine Form der Einschränkung der Macht der Monopole durch eine starke Friedensbewegung setzen als auf eine Abschaffung der Monopole.

Die beste Lösung, das wissen wir, die aber heute angesichts der Drohung eines Nuklearkrieges leider noch nicht aktuell ist, ist natürlich die Abschaffung des Kapitalismus.

G.M.

Du hast gesagt, Angst vor Ausbreitung des Sozialismus sei das Leitmotiv der Politik der imperialistischen Länder. Aber so stark breitet sich der Sozialismus derzeit gar nicht mehr aus. In Westeuropa sehen wir eine tiefgreifende Krise der Wirtschaft, eine Massenarbeitslosigkeit, die zur Vergrößerung der Armut führt. Gleichwohl sind die antikapitalistischen Bewegungen hier in den letzten Jahren nicht stärker geworden. In der von uns so genannten Dritten Welt sehen wir, daß die meisten Entwicklungsländer den kapitalistischen Weg der Entwicklung bzw. Unterentwicklung eingeschlagen haben, daß ihre Eliten eng mit denen der Metropolen verbunden sind, daß sie mit insgesamt über 700 Milliarden Dollar hoch verschuldet sind und sich somit in starker Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds (IWF), von der Weltbank und von westlichen Großbanken befinden. Zudem sind viele von ihnen hochgradig militarisiert. Wie können sie da eine unabhängige Politik betreiben und sich in den Kampf gegen den Krieg einreihen?

J.K.

Was die Ausbreitung des Sozialismus betrifft, so haben wir ja eine ganz erstaunliche Entwicklung von der Idee der Weltrevolution, wie sie von Marx und Engels formuliert worden ist, bis in die Gegenwart gehabt. Wir sind im Lauf der letzten hundert Jahre immer bescheidener geworden, was die Schnelligkeit(!) der Durchsetzung des Sozialismus in der Welt angeht. Aber ich würde doch sagen, daß sowohl die Bewegung für den Sozialismus wie auch der Kampf gegen die Beherrschung durch ausländische Monopole seit dem zweiten Weltkrieg überaus bedeutsame Fortschritte gemacht haben. Denke erstens an die sozialistischen Länder in Osteuropa, an

China, an Vietnam, an das ganze frühere Indochina, an Kuba und an Nicaragua. Denke an die Bewegungen etwa in Angola und Mocambique - natürlich können wir in diesen afrikanischen Ländern noch nicht von Sozialismus sprechen, aber doch von ersten Schritten in dieser Richtung. Wir können feststellen, daß in Zimbabwe zwar von Sozialismus nicht die Rede sei kann, aber von einem Antiimperialismus. Wir können feststellen, daß sich Indien gegen die Beherrschung durch ausländische Monopole wehrt, wenn auch noch nicht gegen die eigenen Monopole. Aber auch das bedeutet in den Augen von Reagan und seinen Beratern ja schon fast Sozialismus. Sie setzen jedes Land dem 'Sozialismusverdacht' aus, das sich ihnen nicht 'freundschaftlich' in die Arme wirft, bzw. sich von ihnen nicht unterdrücken läßt. Ihr 'Sozialismusbegriff' ist ja außerordentlich weit. Und wenn man daran denkt, wie sich die Situation heute in Lateinamerika entwickelt, wo die USA äußerst sensitiv auf jede Bewegung reagieren, die sich der monopolistischen Ausbeutung dieses Kontinents widersetzt, dann muß man doch sagen, daß der Sozialismus ebenso wie die Bewegung gegen die Unterdrückung durch ausländische Monopole seit 1945 ganz außerordentliche Fortschritte gemacht haben. Und weiter muß man sagen, daß die Herrschaftsansprüche, die der amerikanische Imperialismus nach dem Kriege in Westeuropa gestellt hat, insbesondere auf ökonomischem Gebiet, nicht so erfüllt worden sind, wie es sich die USA gedacht hatten. Die USA haben ja das Gefühl, daß sich die Westeuropäer immer selbständiger machen, eine groteske Vorstellung, denn schließlich hatten diese ja immer eine gewisse Selbständigkeit gehabt. Du mußt, wenn Du an die Ideologie der amerikanischen Monopolisten denkst, bisweilen gar nicht von realen Tatsachen und von dem ausgehen, was wir Marxisten unter Sozialismus verstehen, sondern davon, wie die Welt sich dem amerikanischen Imperialismus in seinem Größenwahnsinn darbietet. Hier muß man gewissermaßen nicht als Marxist an die Sache herangehen, sondern als Psychiater.

D.K.

Du hast darauf hingewiesen, daß der 'Sozialismusbegriff' von Reagan sehr weit ist; jeder Beginn einer Selbständigkeitsregung fällt schon darunter. Das Schlimme für mich ist, daß er schon auf kleine Selbständigkeitsregungen so aggressiv reagiert. Wie kann man ihn daran hindern?

J.K.

Reagan und seine Berater sagen, man muß gleich am Anfang eingreifen und vor allem die Sowjetunion und Kuba für alles verantwortlich machen,

für jede Selbständigkeitsregung in der Welt. Dies wird den Massen täglich über die Medien eingetrichtert. Aber vielleicht glauben es Reagan und seine Leute auch selbst.

D.K.

Aber wie hindert man ihn daran, aggressiv zu reagieren?

J.K.

Das ist die entscheidende Frage. Nächstes Jahr sind Wahlen in den Vereinigten Staaten. Meine ganze Hoffnung ist, daß wir einen 'vernünftigen Monopolisten' bekommen, das heißt einen, der nicht zum 'Militärkomplex' gehört, sondern zum 'Industriekomplex'. Das wäre sehr wichtig. Ich bin gar nicht unoptimistisch in bezug auf die Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Wir sehen nicht den geringsten Trend zum Sozialismus, aber einen gewissen Trend zur Entwicklung eines außenpolitischen Ruhebedürfnisses.

F.D.

Ich möchte versuchen, die Problematik, die wir gegenwärtig diskutieren, noch einmal in den größeren Zusammenhang der Entwicklung des Kapitalismus zu stellen. Du bist ja nicht nur der Historiker des Alltags des deutschen Volkes, sondern auch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Kapitalismus insgesamt, und da möchte ich Dich bitten, etwas über den Charakter der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Systems, auch in bezug auf die politischen Gefahren und die Möglichkeiten der Gegenwehr, zu sagen.

Ich möchte die Frage erläutern. Wenn wir die Geschichte des Kapitalismus der letzten hundert Jahre betrachten, stellen wir fest, daß es neben den normalen zyklischen Bewegungen in der kapitalistischen Produktion auch die sogenannten großen Krisen, die großen Reorganisations- und Anpassungskrisen gibt. Also einmal die Periode der großen Depression von den siebziger bis zu den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, die Periode des Übergangs zum Imperialismus, eine Periode, die auch zur Gewalt drängt: der erste Weltkrieg ist dann eine Form der politischen Reorganisation der ganzen Welt. Es folgt eine zweite große Krise des Kapitalismus in der Zwischenkriegsperiode mit dem Höhepunkt in der Weltwirtschaftskrise - mit der Folge des zweiten Weltkriegs. Jetzt haben wir offenbar eine dritte große Krisenperiode. Die Wirtschaftshistoriker streiten sich darüber, ob sie schon in den 60er Jahren beginnt, also nach Abschluß der Nachkriegsperiode, oder erst in den 70er Jahren. Einige sagen, wir befin-

den uns gegenwärtig in den entwickelten kapitalistischen Ländern, verglichen mit der Zwischenkriegskrise, in den '20er Jahren' und noch nicht in den '30er Jahren'. Solche historischen Vergleiche sind natürlich interessant in bezug auf das Gewaltpotential nach innen und außen, das zusa-gen in der herrschenden Klasse noch steckt, um die Krise tatsächlich noch in den Griff zu bekommen, auch in bezug auf ihr Verhalten gegenüber der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung. Alle diese großen Krisen sind immer auch Hegemoniekrisen von Teilen der herrschenden Klasse und haben eine Reorganisation des politischen Herrschaftsapparats zur Folge. Wie siehst Du in dieser historischen Betrachtung den Charakter der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Systems von der ökonomischen Seite her, aber auch in bezug auf die politischen Gefahren, die in dieser Krise stecken?

J.K.

Es gibt ja die sogenannten Kondratjew'schen Zyklen, die 'langen Wellen' der Konjunktur.⁷ Ich glaube nicht an sie, aber sie sind eine historische Tatsache. Wenn ich sage, ich glaube nicht an sie, dann heißt das, ich sehe keine Gesetzmäßigkeit, die sie hervorbringt. Aber niemand kann etwas gegen sie sagen, insofern, als sie bisher historische Tatsachen in der Entwicklung des Kapitalismus sind.

Ich meine, daß wir uns jetzt in einer Krisensituation (einer Abschwungswelle, wie Kondratjew sagen würde) befinden, die natürlich in vielerlei Hinsicht anders ist als die in den 30er Jahren und gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Aber gewisse Ähnlichkeiten bestehen insofern, als wir es hier mit langanhaltenden Depressionen zu tun haben, in denen es im allgemeinen keinen starken Aufschwung gibt. Folglich befindet sich die herrschende Klasse in einer schwierigen Situation - freilich noch nicht der Arbeiterklasse gegenüber, was aber auch im Ausgang des 19. Jahrhunderts nicht der Fall war. Aber wir beobachten eine außerordentliche Hilflosigkeit ihrer Wirtschaftspolitik und ihrer Ökonomen. Das Haupt der französischen Rothschildfamilie hat kürzlich von der enzyklopädischen Unkenntnis der Ökonomen gesprochen, was eine sehr gute Charakteristik ihres gegenwärtigen Zustands ist. Das bedeutet nicht, daß nicht verschiedene Ökonomen Einzelaspekte der Krise erkennen und Theorien der Gegensteuerung entwickeln. Solche Ökonomen gibt es selbst in der Reagan - Administration - etwa Martin Feldstein, der sich, was das Problem der überdimensionierten Haushaltsdefizite und der Hochzinsen angeht, im Konflikt mit den übrigen Kräften um Reagan befindet. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, daß zwischen den ökonomischen und

den politischen Krisenprozessen oft sehr komplizierte Zusammenhänge bestehen. So bricht ja der erste Weltkrieg politisch stark verzögert aus; man hätte ihn ebensogut um 1900 oder bereits 1893 als 'Ausweg' aus der Wirtschaftskrise erwarten können. Auch der zweite Weltkrieg begann wohl politisch mit einer gewissen Verzögerung - die Rheinlandbesetzung oder die Aufteilung der Tschechoslowakai hätten reichlich Anlaß gegeben. Vielleicht gaben dann die Zwischenkrise von 1938/39 und auch die Tatsache, daß im faschistischen Deutschland die Produktion nur noch durch neue Landeroberungen, also nur noch extensiv stieg, einen neuen Anlaß. Heute ist die Situation dadurch noch komplizierter geworden, daß es sich eben nicht einfach um einen dritten Weltkrieg handelt, sondern um einen Nuklearkrieg. Das bedeutet nicht, daß er durch die gegenwärtige Krise nicht ausgelöst werden könnte, aber dann würde das Ende der ökonomischen Krise mit dem Ende der Menschheit zusammenfallen. Darum ist zu hoffen, daß die Situation, was den Krieg betrifft, so sein wird wie nach der großen Depression im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und nicht so wie am Ende der 30er Jahre unseres Jahrhunderts.

Rein wirtschaftlich gesehen wird es natürlich nicht zu einem Zusammenbruch des Kapitalismus kommen, aber wir werden es ökonomisch mit längeren Depressionen besonderer Art zu tun haben. Ökonomisch ist die Situation heute einerseits so, daß zu Beginn der Krise, zumindest seit den 70er Jahren infolge des Netzes der sozialen Leistungen, das in den wichtigsten imperialistischen Ländern für einen beachtlichen Teil der von der Krise betroffenen Werktätigen durch ihren Kampf aufgebaut wurde, das materielle Elend nicht so groß ist wie in der Krise der 30er Jahre oder etwa nach 1873. Auf der anderen Seite, und dies ist sehr wichtig, beobachten wir als Folge der immensen Rüstungskosten einen teils vorsichtigen, teils brutalen Abbau dieses sozialen Netzes, auf den die Arbeiterklasse, insbesondere die Gewerkschaften oft viel stärker reagieren als auf einen Abbau der Reallöhne. Wir sehen heute, daß selbst in den Vereinigten Staaten, wo die Produktion im Gegensatz zu Westeuropa schon den vorangegangenen Höhepunkt überschritten hat, wo die Zahl der Arbeitslosen, wiederum im Gegensatz zu Westeuropa, auch wenn hierbei statistisch geschwindelt wird, durchaus beachtlich abgenommen hat, auch nach der amtlichen Statistik die Zahl der absolut Armen infolge des Abbaus der sozialen Leistungen um Millionen gestiegen ist. Die Armut der unteren zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung nimmt ganz außerordentliche Ausmaße an. Millionen Bürger der USA sind obdachlos; über 30 Millionen leben nach Angabe des Statistischen Bundesamtes unter der offiziellen Armutsgrenze, nach Berechnungen der Bürgermeistervereinigung sind

es sogar annähernd 40 Millionen.

F.D.

Darf ich eine Zusatzfrage stellen? Es gibt in der Theoriegeschichte des Marxismus eine lange Tradition der Diskussion um die Zusammenbruchproblematik, von den Imperialismustheorien vor dem ersten Weltkrieg angefangen bis hin zu Henryk Grossmann⁸ der in den zwanziger Jahren die Zusammenbruchproblematik im Zusammenhang der Reproduktions-schemata des II. Bandes des 'Kapital' diskutiert hat. Hier hat man ja, insbesondere was die politischen Konsequenzen betrifft, immer wieder frühere Positionen revidieren müssen und weiterlernen müssen. Nun hast Du vor einiger Zeit einen vieldiskutierten Aufsatz geschrieben, wo Du die historischen Grenzen des Kapitals im Zusammenhang der heutigen Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus angesprochen hast, also das Problem der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals aufgrund der wissenschaftlich-technischen Revolution theoretisch formuliert hast, die sozusagen die Verwertungsschranken des Kapitals selbst auch historisch konkret sichtbar machen könnte. Diese Frage ist auch in der Zeitschrift 'Wirtschaftswissenschaft' erörtert worden. Wir müssen überhaupt überlegen, ob angesichts des Charakters der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus die Frage nach den historischen Grenzen des Kapitals nicht neu gestellt werden muß, weil der Kapitalismus auf der einen Seite nur existieren kann, indem er die Produktivkräfte, und das heißt heute die neuen Technologien, sprunghaft weiterentwickelt, aber auf der anderen Seite die Armut vergrößert und die soziale Aufspaltung der Gesellschaft vertieft. Die Krisenprobleme können vom Staat offensichtlich nicht mehr in den Griff bekommen werden, und so spitzen sich die inneren Widersprüche in der Entwicklung des Kapitalismus zu. Würdest Du heute Deine These von den Grenzen des Kapitals wiederholen?

J.K.

Ich würde sagen, die Schwierigkeiten des Kapitals in Hinblick auf seine wachsende organische Zusammensetzung und die Schwierigkeiten der extensiven Reproduktion unter den heutigen Konkurrenzverhältnissen, insbesondere auch in der Dritten Welt, führen zu der folgenden Problematik. Wir haben auf der einen Seite - der Ausdruck 'Lumpenproletariat' ist schlecht - eine große arme Bevölkerung, die weder in Gewerkschaften noch in politischen Parteien organisiert ist und daher keine große soziale und politische Sprengkraft darstellt. Auf der anderen Seite gibt es eine Arbeiterklasse, die zu großen Konzessionen an das Kapital unter der

Bedingung bereit ist, daß sie weiterbeschäftigt bleibt. Das gilt für die imperialistischen Länder heute. Wie lange sich eine solche Situation halten kann, wie lange die herrschende Klasse durch eine solche Situation noch relativ wenig berührt ist, ist eine Frage, die nicht beantwortet werden kann, ohne gleichzeitig die Entwicklung in der sogenannten Dritten Welt zu berücksichtigen. Denn wenn die herrschende Klasse auch in der Lage sein sollte, noch einige Jahrzehnte in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten eine soziale Eruption zu verhindern, so bedeutet das keineswegs, daß ihre Position innerhalb der Dritten Welt entsprechend gefestigt bleibt. Und wie die Wirkungen von, nennen wir es ruhig: anti-imperialistischen Aufständen (nicht antikapitalistischen, sondern anti-imperialistischen Aufständen) in immer mehr Ländern der Dritten Welt sein werden, ist außerordentlich schwer zu übersehen. Aber solche Faktoren müssen unter allen Umständen berücksichtigt werden. Darum werden meiner Ansicht nach die Grenzen des Kapitalismus während der nächsten Zeit nicht ausschließlich durch die Verhältnisse in den imperialistischen Ländern selbst bestimmt, sondern durch die Verhältnisse in der gesamten Welt der Herrschaft des Kapitals.

G.M.

Mit der Krise wächst die Armut dramatisch, wie die Verhältnisse in den USA zeigen. Aber auch ein zeitweiliger konjunktureller Aufschwung bedeutet keineswegs, daß sich die Armut verringert.

J.K.

Im Gegenteil, sie wächst weiter, und das ist meiner Ansicht nach eine der großen Besonderheiten der gegenwärtigen Krise.

G.M.

Aber mit der Krise verringert sich vielleicht auch die Wirksamkeit der Gegenkräfte.

J.K.

Zum Beispiel?

G.M.

Ich möchte einige Zeilen über die Situation der Gewerkschaften in den USA vorlesen. Die 'Frankfurter Rundschau' schrieb vor einigen Tagen: 'In der Tat haben die US-Gewerkschaften mit den Jahren der Arbeitslosigkeit zunehmend Probleme bekommen. 1945 war noch jeder dritte

US-Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, heute ist es nur noch jeder fünfte. Die Mitgliederzahlen großer Gewerkschaften sind dramatisch geschrumpft, die der Stahlarbeiter von 1,3 Millionen (1976) auf 750.000, die der Automobilarbeiter von 1,5 auf 1,1 Millionen. Die Lohnerhöhungen, die die Gewerkschaften in diesem Jahr durchsetzen konnten, waren die kleinsten seit 15 Jahren, 20% aller Arbeiter willigten in Lohnkürzungen ein' (F.R. vom 30. November 1983). Die langandauernde Krise schwächt die Kräfte der Arbeiterbewegung, sowohl der gewerkschaftlichen wie der politischen, nicht nur in den USA, sondern auch in anderen kapitalistischen Ländern erheblich. Von daher treten auch Probleme für die Arbeiterbewegung auf, in der Friedensbewegung aktiver zu werden.

J.K.

Ich glaube, man muß hier sehr vorsichtig sein. Für die Vereinigten Staaten trifft das zweifellos zu. In England schwankt die Situation sehr. Man kann nicht sagen, daß die englischen Gewerkschaften, obwohl sie durch die Arbeitslosigkeit Mitglieder verloren haben, allgemein und notwendigerweise weniger aktiv im Klassenkampf geworden sind. Sicherlich haben beispielsweise die Bergarbeiter in den letzten zwei Jahren, im Vergleich zur vorangegangenen Zeit, kaum gestreikt. Aber dies kann sich rasch ändern. Gegenwärtig entwickelt sich zwar noch keine intensive Streiktätigkeit, aber zumindest haben wir seit eineinhalb Monaten ein Verbot der Überstundenarbeit in den Zechen, das durchgehalten wird. Wir sehen den ganz großen Kampf der Drucker. In Italien können wir eine gewisse Belebung der Gewerkschaften und ihrer Aktivitäten beobachten. In Frankreich waren rückläufige Tendenzen zu sehen, aber hier bahnen sich aufgrund der 'Wende' in der Wirtschaftspolitik der Regierung, aufgrund ihres harten Austerity - Kurses neue Konflikte, beispielsweise in der Stahlindustrie Lothringens und in der Automobilindustrie an. In der Bundesrepublik steht man gerade jetzt vor einer Entwicklung, die außerordentlich wichtig ist. Die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche haben begonnen, und einige Gewerkschaften - IG Metall, IG Druck und Papier - sind streikbereit. Es wird zu harten Auseinandersetzungen kommen, da Unternehmer und Regierung sich gegen Konzessionen in der Arbeitszeitfrage wehren werden. Andererseits wissen die Gewerkschaften, daß ohne deutliche Arbeitszeitverkürzungen das Problem der Massenarbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Die Gefahren einer hohen Arbeitslosigkeit sind zweifellos ganz groß für die Gewerkschaften, aber dies muß nicht mit Notwendigkeit zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Aktivität führen.

Vor 1933 hatten wir in Deutschland eine rapide absinkende Streikaktivität und einen rapide steigenden Opportunismus in den Gewerkschaften, und die große Schwäche der Kommunistischen Partei war, daß sie zum Schluß praktisch nur mehr aus Arbeitslosen und Intellektuellen bestand, um es einmal ganz brutal auszudrücken. Unsere Mitglieder sind ja als erste aus den Betrieben geflogen. Eine Kommunistische Partei, die vor allem aus Arbeitslosen besteht, ist in einer viel schwächeren Position, was den Klassenkampf in den Betrieben betrifft, nicht was die Stimmen bei Wahlen betrifft, als in der Zeit relativ guter Beschäftigung. In jedem Fall muß man das, was Du eben gesagt hast, ganz stark mit berücksichtigen bei der Frage, die vorher Frank Deppe aufgeworfen hat - bei der Frage nach den Grenzen des Kapitalismus, auf die hin ich sagte, man muß sie heute vor allem auch außerhalb der imperialistischen Länder sehen. Sicherlich nicht allein - um Gottes Willen -, aber man darf diese Seite unter keinen Umständen vernachlässigen.

Und man sollte noch ein weiteres Problem sehen, das jetzt so deutlich in der EG in Erscheinung tritt: Selbst bei etwas steigender Wirtschaftstätigkeit nehmen die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern zu. Man darf sie sicherlich nicht überschätzen, insbesondere in der Frage von Krieg und Frieden nicht, aber sie spielen eine zunehmende Rolle, einschließlich des wachsenden Protektionismus.

D.K.

Du hast von zwei Gruppen gesprochen: Einmal der verarmten, relativ handlungsunfähigen Gruppe derjenigen, die im Krisenprozeß sowohl aus dem Arbeitsleben wie auch aus der Arbeitslosenversicherung herausfallen, und zweitens von der Gruppe des Proletariats, das aus Schwäche zu Zugeständnissen bereit ist; Gert Meyers Frage schloß daran an. Jetzt sehe ich noch eine dritte Kraft, die sich zwar nicht so deutlich als soziale Gruppe erkennen läßt, wohl aber als fluktuierende Bewegung sich artikuliert. Sie ist der subjektive Niederschlag weltweiter Krisenerscheinungen in den Köpfen sehr vieler Leute, die sich klassenmäßig nicht genau zuordnen lassen: sie reichen von der Intelligenz bis zum Kleinbürgertum und zur lernenden Jugend, sie reichen auch hinein in Gruppen der Arbeiterbewegung. Dazu gehört auch die sogenannte 'Neue soziale Bewegung', aber nach meiner Erfahrung reicht jene Verunsicherung bezüglich der Ziele viel weiter - bis weit in die Schicht der Manager hinein läßt sich eine Verunsicherung bezüglich der Ziele und Perspektiven des Kapitalismus erkennen. Sie bezieht sich nicht auf die Klassenlage, auf die Auswirkungen des Kapitalismus auf die Klassen, sondern auf seine Auswirkungen

auf die gesamtgesellschaftliche Formationsspezifität - etwa auf die Strukturierung der Bedürfnisse durch den Markt, auf die Zerstörung der Umwelt usw. oder auf die Auswirkungen auf die Völker der Dritten Welt. Die Sympathie mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, die ich für eine ganz bedeutende politische Kraft halte, wird ja nur zum Teil getragen von den organisierten Arbeitern, sie wird in ganz breitem Maße getragen von den eben skizzierten Bewußtseinshaltungen in anderen sozialen Gruppen. Wie schätzt Du die Bedeutung dieser inneren subjektiven Verunsicherung in den Köpfen zum Teil sogar der Protagonisten des Kapitalismus ein?

J.K.

Ich würde sagen, sie ist absolut bedeutungslos an sich, aber sie kann die größte Bedeutung haben, wenn wir diese Schichten aufgrund ihrer Verunsicherung, wie es uns z.B. in der Friedensbewegung gelungen ist, für weitere, auch für soziale Bewegungen gewinnen. Eine verunsicherte Bevölkerung kann zwar auf der einen Seite leicht durch die herrschende Klasse und eine ihr gemäße Ideologie - man denke an die Propaganda des 'Nationalsozialismus' in Deutschland - manipuliert werden. Auf der anderen Seite ist sie ein ganz außerordentlich wichtiges Reservoir für uns. Aber dazu ist eben eine höhere Qualität unserer Propaganda notwendig. Ich meine, wenn man sie gewinnen will, nicht für den Sozialismus, das ist ein langer Weg, aber gegen die herrschenden sozialen Zustände, dann muß man lernen, wirklich effektiv Propaganda zu treiben. Schauen wir uns die katholische Kirche an, die ja in dieser Beziehung eine jahrhundertelange Tradition hat und als erste eine 'Propagandaabteilung' gegründet hat. Auch die herrschende Klasse hat eine lange Tradition, da sie ja zuerst gegen den Feudalismus, dann gegen uns kämpfen mußte. Wenn man Lenins Reden liest, wenn man die sowjetrussische Presse der 20er Jahre liest, dann versteht man, was effektive Propaganda ist. Aber wir in den sozialistischen Ländern haben sie weitgehend verlernt, weil wir glauben, wenn wir die Wahrheit sagen, dann genügt das. Wir müssen jedoch feststellen, daß wir in den kapitalistischen Ländern mit unserer Presse, unserem Rundfunk und Fernsehen aus den sozialistischen Ländern nur ungenügend ankommen. Man muß doch überlegen, wie relativ wenige Menschen in den kapitalistischen Ländern durch unsere Propaganda interessiert oder gar begeistert werden. Dagegen ist die organisatorische Arbeit, die die Kommunisten überall in der Welt leisten, beispielsweise in der Friedensbewegung, ganz großartig. Nehmt die englische Partei. Eine ganz schlechte Propaganda. Aber sobald es darum geht, sagen wir: gegen

die amerikanische Intervention in Mittelamerika aufzutreten, kann sie viele Menschen, auch einen beachtlichen Teil der Intellektuellen, ja die Mehrzahl der Nobelpreisträger für organisierte Aktionen gewinnen. Das ist ein ganz merkwürdiges Phänomen. Und müssen wir uns nicht zumindest klar darüber sein, daß gerade auch diese wichtige 'Schicht', die Du erwähnt hast und die - besonders auch innerhalb der jungen Generation - eine große gesellschaftliche Bedeutung hat, von uns, und damit meine ich uns Kommunisten überall in der Welt, gewonnen werden muß? Wir müssen viel größere Anstrengungen machen, um sie in sozialer Beziehung zu gewinnen. Für den Frieden gelingt es uns schon in hohem Maße, aber das ist natürlich auch leichter, weil es sich um eine Frage handelt, die jeden, die Menschen aus allen Klassen, direkt angeht. Auch etwa für die Krebsbekämpfung Propaganda zu machen, ist nicht schwierig. Doch für soziale Ziele gelingt es uns noch nicht in der Weise, wie es erforderlich ist und wie es uns gelingen müßte.

G.F.

Gegenstand unseres Gesprächs waren bisher weniger die Grenzen des Kapitalismus als vielmehr mögliche Grenzen der aggressivsten Kräfte im gegenwärtigen Monopolkapitalismus, und wir sind nun bei der Frage auch nach den Grenzen der Wirkungsmöglichkeiten der Volksmassen angelangt. Dazu möchte ich einiges fragen und auch als These formulieren, und ich hoffe sehr, daß es fehlerhaft ist und widerlegt wird.

Es gibt ein Wort von Engels, nach dem es in der Politik (nicht in der Gesellschaft, sondern in der Politik) letztlich nur auf zwei Faktoren ankomme: das Militär und die Volksmassen. Du hast ausgeführt, daß das vielleicht gar nicht so entscheidend ist, was gegenwärtig in den Metropolen geschieht, sondern vor allem auch das ganz wesentlich ist, was sich in dem Bereich abspielt, der -vielleicht schon längst fälschlicherweise - Peripherie genannt wird.

Vielleicht sollten wir die Entwicklung seit Kriegsende, genauer seit 1947, einmal unter diesem Engels-Wort 'Volksmassen und Waffen' und unter dem, was Du gesagt hast, 'Metropolen und angebliche Peripherie' betrachten. Wir hatten den ersten kalten Krieg, der offen 1947 ausbricht, der Mitte der 50er Jahre in seine Krise gerät und spätestens 1961, mit der Präsidentschaft Kennedys, zu Ende geht. Er ist als West-Ost-Konfrontation in erster Linie hier in Europa geführt worden und gerät an sein Ende, als Kennedy zwei Dinge erkennt: erstens ist er als Rüstungswettlauf für den Westen in der damaligen Situation, seit dem Gleichziehen der Sowjetunion in der Nukleartechnik und auf dem Gebiet der Interkontinen-

talraketen, nicht mehr gewinnbar; und zweitens müßte die entscheidende Auseinandersetzung zwischen dem Imperialismus und dem, was er unter Kommunismus verstand, in der Dritten Welt ausgetragen werden. Das heißt, das Ende des ersten kalten Krieges ist identisch mit einer Verschärfung der imperialistischen Offensive in der sogenannten Dritten Welt, etwa in Vietnam. Beides schießt zusammen in dem Namen Kennedy. Betrachten wir diesen ersten Einschnitt 1961, dann ist das zwar ein Datum der Hoffnung, es ist aber für unsere Frage nach der Rolle der Volksmassen in den Metropolen auch Ausgangspunkt neuer, eigentlich doch etwas deprimierender Überlegungen für uns. Das Ende des ersten kalten Krieges ist wesentlich herbeigeführt worden durch die Macht der sowjetischen Waffen und zweitens durch die Bewegung der Volksmassen in der Dritten Welt. Die Volksmassen in Westeuropa haben seit 1947 mehrere große Niederlagen hinnehmen müssen.

Dann haben wir die Periode der Entspannung von 1961 bis in die 70er Jahre hinein. Nach fließenden Übergängen sehen wir den Ausbruch offensichtlich eines zweiten kalten Krieges in dem Augenblick, da der Westen sich Hoffnungen machen kann, die Waffenparität aufgehoben zu haben, indem er meint, überlegen zu sein und mit Überlegenheit drohen zu können. Und in diesem Augenblick, Ende der siebziger Jahre, verbinden die beiden Bereiche, die in den fünfziger Jahren noch getrennt waren oder zumindest weit auseinander lagen, nämlich die Auseinandersetzungen in der Dritten Welt und der Ost-West-Konflikt, sich wieder. Die Reagan-Administration geht offensichtlich davon aus, daß sie die Dritte Welt nur niederhalten kann, wenn sie die Sowjetunion waffentechnisch neutralisiert. Das muß nicht unbedingt in einen Krieg führen, aber man stellt diese neuen Mittelstreckenraketen auf und hat damit ein Drohpotential gegenüber der Sowjetunion, das, wenn es wirkt, vielfache Funktionen haben kann. Schon taucht in der Presse bei uns, etwa in der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung', wieder die Parole von einer Neuordnung Europas auf. Immer wieder macht das Wort von der Selbstbestimmung und Wiedervereinigung des deutschen Volkes die Runde. Das sind Nebenkriegslinien einer vielleicht etwas provinziellen Strategievariante, aber eindeutig ist, daß man den Ost-West-Konflikt nun wieder entfacht. Einmal, weil man meint, waffentechnisch überlegen zu sein, und zweitens, weil man merkt, man kann die Dritte Welt nicht, wie Kennedy sich das offensichtlich gedacht hat, isoliert niederhalten, sondern man muß zugleich auch den Osten neutralisieren und in einer gewissen Weise kleinkriegen, wenn man die Volksmassen in der Dritten Welt besiegen will. Das ist die neue Periode, in der wir stehen, und hier stellt sich allerdings die Frage, mit der Du Deine

vorherige Ausführung beendet hast: Was ist eigentlich die Subjektrolle der Volksmassen bei uns in den imperialistischen Metropolen?

Du hast ein nicht sehr positives Bild gezeigt. Du sagst, wir haben eine wachsende Schicht, die Sozialwissenschaftler bei uns als marginalisierte bezeichnen; wir haben auch absolute Armut. Wir sehen Gewerkschaften, die zu großen Zugeständnissen bereit sind und hinter denen auch die gewerkschaftlich organisierten Massen stehen, denn solche Zugeständnisse resultieren nicht allein aus der Politik der Führung. Auch dafür haben unsere Gesellschaftswissenschaftler ein Wort gefunden - der neue 'Korporatismus'. Und dann sagst Du, daneben steht unsere Propaganda, die Propaganda der Mobilisierung der Volksmassen, die, wenn man genauer hinsieht, in den letzten zwanzig Jahren eigentlich nur erfolgreich gewesen ist, wenn sie an eine der beiden zentralen Konfliktlinien in der Weltarena angeknüpft hat. In der Friedensbewegung werden Marxisten wieder erfolgreich, nicht indem sie als Marxisten auftreten, sondern indem sie den Stand des Wettrüstens und die imperialistische Offensive auf dem Gebiet der Waffentechnik angreifen. Zweitens gibt es ein Anknüpfen an die Volksbewegungen in der Dritten Welt - eine große Massenbewegung war bei uns der Kampf gegen den Vietnamkrieg. Dies sind die beiden Formen breiterer Massenaktionen gewesen.

Jetzt verweist Du auf die Rolle der Propaganda für die Mobilisierung der Volksmassen. Aber Propaganda ist nur dann erfolgreich, wenn sie reale Anknüpfungspunkte hat. Kann die Tatsache, daß die Propaganda nur auf diesen beiden Feldern erfolgreich ist, etwas mit dem realen Zustand der Volksmassen bei uns, der durch Propaganda nicht einfach veränderbar ist, und auch etwas mit der Verschiebung der Konfliktfelder zu tun haben?

J.K.

Du hast ein sehr klares Bild von den großen Linien der Weltpolitik seit dem zweiten Weltkrieg gezeichnet. Wenn wir aber an die Problematik 'Volksmassen und Waffen' sowie an die von 'Metropolen und angebliche Peripherie' denken, dann scheinst Du mir einer Täuschung zu unterliegen. Auch stimme ich nicht mit Deiner These überein, daß die Volksmassen in den fünfziger und sechziger Jahren keine sehr erfolgreiche Rolle im Klassenkampf gespielt haben. Bleiben wir zunächst bei dieser These. Sie haben zwar im allgemeinen keine riesigen Streiks geführt, aber sie haben auch ohne Streiks eine wesentliche Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse durchgesetzt. Das war eine echte, stille Konzession der herrschenden Klasse an ihnen möglich erscheinende Aktionen der Werktätigen. Ich würde also nicht sagen, daß die Werktätigen im Klassenkampf in den fünf-

ziger und sechziger Jahren nicht erfolgreich waren, da allein die Furcht vor einem offensiven, offenen Klassenkampf die herrschende Klasse in einer Zeit steigender Produktion und steigender Profite veranlaßt hat, nicht unbeachtliche materielle Konzessionen an die Werktätigen zu machen. Was nun die jüngste Zeit und die nächste Zukunft betrifft, so bin ich überzeugt, daß die Demontage des sozialen Netzes, die steigende Zahl von Arbeitern, die aus den Leistungen der Arbeitslosenversicherung herausfallen und auf andere Formen der Unterstützung angewiesen sind, die ihren Lebensstandard senken, sowie die Versuche der Unternehmer, keine Reallohnsteigerungen zuzulassen, zu einer starken Wandlung der Situation führen können und werden. Ich bin nicht pessimistisch, sondern nur vorsichtig in der Beurteilung des künftigen Massenwiderstandes auch in den imperialistischen Ländern.

Zweitens würde ich sagen, Du hast völlig recht, daß die beiden Fragen, die die Massen in den siebziger Jahren besonders berührt haben, einerseits die Friedensbewegung und andererseits die Ereignisse in der Dritten Welt, wie zum Beispiel der Vietnamkrieg, waren. Deine Beobachtung gilt natürlich auch heute noch in starkem Maße. Aber warum nennst Du diese beiden Fragen einerseits mit Recht zentrale Fragen und sagst dann andererseits, daß unsere Arbeit 'eigentlich nur erfolgreich gewesen ist', wenn es sich um diese Fragen handelt. Du mußt doch feststellen, daß sie gerade in zwei zentralen Fragen erfolgreich war.

F.D.

Das Problem kann noch zugespitzt werden. Unter westlichen Marxisten gibt es ja gegenwärtig ein sehr intensiv diskutiertes Thema: die Krise des Marxismus. Das hat es schon öfters gegeben. Das zunächst einmal Paradoxe an dieser Diskussion ist, daß das Thema Krise des Marxismus in einer Zeit der Krise des Kapitalismus in den Vordergrund gerückt wird. Der Inhalt dieser Diskussion ist doppelt bestimmt. Auf der einen Seite wird eine theoretische Krise des Marxismus behauptet: der Marxismus sei heute sozusagen mit dem Rüstzeug der Klassiker nicht mehr in der Lage, die Widersprüche des Kapitalismus als System auch von globalen Problemen adäquat zu begreifen. Und das verknüpfe sich mit einer praktischen Krise des Marxismus: in seiner Fixierung auf die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung sei er nicht mehr in der Lage, eine progressive Lösung dieser globalen Probleme, die der Kapitalismus erzeugt, strategisch zu definieren. Ich halte die Formel von der Krise des Marxismus für falsch, weil sie uns wegführt von einer Strukturanalyse des Kapitalismus und seiner ökonomischen Entwicklungsgesetze und uns auch von einer Klas-

senanalyse wegführt. Auf der anderen Seite scheint ein reales Moment dieser Diskussion darin zu bestehen - dies ist in unserer Diskussion bereits angesprochen worden -, daß sich die progressiven Bewegungen in den kapitalistischen Ländern erstens sozial nicht ausschließlich aus der Arbeiterklasse rekrutieren, daß zweitens die politischen Themen, die diese Bewegungen aufwerfen - die Ökologieproblematik, die Frauenfrage, die Frage Krieg und Frieden -, Probleme sind, die von diesen Bewegungen nicht als Klassenfragen, sondern als Gattungsfragen aufgefaßt werden, daß sie als 'universalistische Werte', wie dies genannt wird, in den Vordergrund gerückt werden, wodurch die Marxisten oft in die Defensive gedrängt werden. Aufgabe der Marxisten wäre es, immer auch den Klasseninhalt dieser Bewegungen herauszuarbeiten.

J.K.

Völlig richtig!

F.D.

Einige Vertreter dieser neuen sozialen Bewegungen und auch ehemalige Marxisten aus der Intellektuellengeneration der sechziger und siebziger Jahre, die früher den Standpunkt der Kritik der politischen Ökonomie vertreten haben, verlangen nun, endgültig vom Proletariat Abschied zu nehmen, was etwa André Gorz bereits vor langer Zeit gefordert hat.⁹ Sie sagen, Marx bringe uns nicht mehr weiter, damit könne man die Probleme, die sich gegenwärtig zuspitzen, weder theoretisch noch politisch bewältigen. Es stellt sich hier nicht nur die Frage der Propaganda, sondern auch die Frage von Veränderungen im Denken der Schicht der Intellektuellen in einer Zeit der Krise des Kapitalismus. Welche Antwort geben Marxisten auf diese Herausforderung, die in dieser Diskussion über die Krise des Marxismus steckt?

J.K.

Ich bin ja bei unseren Gesellschaftswissenschaftlern der DDR nicht sehr beliebt, weil ich immer wieder von der außerordentlichen Mittelmäßigkeit unserer Gesellschaftswissenschaften spreche. Ich gebe gerne zu, daß ich das Kind mit dem Bade ausschütte, aber ich halte das für eine richtige Art, Probleme zu behandeln. Marx hat unendlich viele Kinder mit dem Bade ausgeschüttet, und er hat dadurch wirkliche Klarheit in eine ganze Reihe von Problemen gebracht. Differenzierungen kann man später anbringen. Ich bin darum auch der Meinung, daß wir, was die Analyse der ökonomischen und ideologischen Verhältnisse im Kapitalismus betrifft, und das

gilt meiner Ansicht nach auch für eine ganze Reihe von Marxisten in den kapitalistischen Ländern, nicht schnell genug mit gewissen Wandlungen mitkommen.

Wir nehmen zahlreiche reale Probleme - sei es die Frauenfrage, sei es die Bevölkerungsentwicklung in den Entwicklungsländern, seien es zahlreiche Probleme der Jugend in der kapitalistischen Welt - nicht genügend auf, weil wir nicht begreifen, daß es ganz dringende Probleme sind, die wir rezipieren und vom Klassenstandpunkt aus behandeln müssen. Wer hat denn das große Buch über die Frau geschrieben? Es war August Bebel, und der hat das Problem vom Klassenstandpunkt aus behandelt und darum einen ungeheuren Einfluß auch bei zahlreichen Frauen gehabt, die nicht Sozialistinnen waren oder sogar antisozialistisch dachten.¹⁰ In dieser Weise müssen wir - hier und bei Euch - unsere Wissenschaft weiterentwickeln. Nur allmählich haben wir begriffen, wie man, etwa auch gegenüber den Grünen, argumentieren muß, nämlich indem man sagt: Ihr habt völlig recht, dies sind in der Tat schwerwiegende Probleme, aber wir müssen sie eben vom Klassenstandpunkt bzw. vom Standpunkt der Kriegsgefahr aus betrachten. Das halte ich für ganz wichtig. Und was ich über unsere ungenügende Propaganda sagte, gilt auch gegenüber den Fragen, die Du aufgeworfen hast, sie gilt auch ganz stark für die sozialistischen Länder. Ich meine auch, wir sollten bei uns viel mehr kritische Fragen aufnehmen, sei es das Schlangestehen vor den Geschäften oder seien es andere Ärgerlichkeiten, die natürlich manchmal unsere Fehler sind - wer macht keine Fehler? -, die aber zum ganz großen Teil auch durch die Welt-situation hervorgerufen werden. Neulich habe ich erst geschrieben, daß ich früher einen Haß gegen den Kapitalismus hatte, weil er die Arbeiterklasse unterdrückte und meine Genossen ins Gefängnis warf oder ermordete. Und heute habe ich einen ganz starken zusätzlichen Haß, weil er uns daran hindert, den Sozialismus in der Weise und in der Geschwindigkeit aufzubauen, wie wir es wollen. Und wenn wir auch bei uns die Propaganda in der Weise entwickeln und Mängel, Fehler und Schwächen, die es zweifellos bei uns gibt, 'propagandistisch' diskutieren, im Sinne einer Klassenfrage, einer Frage des Weltkampfes der Systeme und der Kriegsgefahr, so würde das uns und Euch außerordentlich helfen. Deine Argumentation ist also ganz richtig, und das Traurige ist, daß wir die einzelnen Probleme oft zu spät begreifen. Es wäre viel besser gewesen, wenn wir sie früher aufgenommen hätten - die Frauenfrage, wie sie in der Welt des Kapitals vor allem von den 'Feministinnen' gestellt wird, die Ökologieproblematik, auch die Fragen, die Du aufgeworfen hast, die soziale und psychische Verunsicherung. Wir müssen eine systematische, eine klas-

senmäßige Erklärung dieser Fragen versuchen. Natürlich, gelegentlich geschieht dies, aber wenn wir uns unsere Presse in der kapitalistischen Welt ansehen, was ich häufig tue, dann finde ich oft davon noch sehr wenig, wenn auch weit mehr als in unserer Presse, die Euch doch auch in der Argumentation helfen sollte.

2. Umfang und Funktion der Arbeiterklasse

G.M.

Es handelt sich aber nicht nur um Propaganda und überzeugende Analyse und Argumentation. Es gibt auch wichtige Strukturveränderungen innerhalb unserer Arbeiterklasse, die wir untersuchen müssen; wenn wir zu einer Aussage über das Verhältnis von 'alten' und 'neuen' sozialen Bewegungen gelangen wollen. Ich zähle nur drei auf.

Das erste Problem hast Du bereits in den zwanziger Jahren erörtert- es ist der zunehmende Anteil von Angestellten gegenüber der Arbeiterklasse, die bei Dir vor allem mit den Industriearbeitern in Großbetrieben identisch ist.¹¹ In absehbarer Zeit werden wir in der Bundesrepublik mehr Angestellte als Arbeiter zählen, d.h. nach Deiner Terminologie mehr 'Kleinbürger' als Arbeiter. Was hat das für Folgen für die Ausbreitung des Marxismus?

Zweitens bemerken wir eine wachsende Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse durch den beschleunigten Rhythmus der Technologieerneuerung gerade auch in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Ein kleinerer Teil der Arbeiterklasse entwickelt sich zu Spezialisten mit entsprechendem Bewußtsein, ein großer Teil wird dequalifiziert, andere Gruppen fallen aus dem Arbeitsprozeß heraus, pauperisieren, werden marginalisiert. Das hat auch weitreichende Folgen für die Entwicklung des politischen Bewußtseins, weil hier nicht mehr das alte Facharbeiterbewußtsein und -selbstbewußtsein dessen Basis abgeben kann.

Ein dritter Punkt ist der immer noch vergleichsweise hohe Lebensstandard der westdeutschen Arbeiterklasse seit den fünfziger Jahren, über die wir gerade gesprochen haben. Damals wurde ein in der Geschichte der Arbeiterklasse noch nie dagewesenes materielles Lebensniveau erreicht, das mit der Realisierung zahlreicher Formen individualisierten Konsums einherging. Die Arbeiter möchten natürlich nicht, daß dieses mühsam erworbene Lebensniveau sinkt, sie strengen sich individuell sehr an, daß es erhalten bleibt. Das kann aber bedeuten, daß sie politisch abstinenter werden. Diese Fragen reichen also auch in den politischen Bereich hinein.

J.K.

Zunächst einmal zur Differenzierung in der Arbeiterklasse, die ein außerordentlich kompliziertes Problem darstellt. Ihr wißt, daß Lenin einerseits von der Arbeiteraristokratie, andererseits von der großen Masse der

Arbeiter gesprochen hat. Er hat mit Recht gesagt, daß der Opportunismus den Nährboden in der Arbeiteraristokratie findet. Aber gleichzeitig sehen wir auch, daß die wahrhaft revolutionären Kräfte nicht selten gerade aus der Arbeiteraristokratie kommen: denkt an die Metallarbeiter im Vergleich zu den Textilarbeitern oder an die Bergarbeiter, die heute in England schon nicht mehr zur Arbeiteraristokratie gehören, aber immerhin noch verhältnismäßig viel besser als die große Masse der Arbeiter bezahlt werden. Die Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse kann selbstverständlich auch einen abgestuften Nährboden für Opportunismus abgeben. Trotzdem sagen wir nicht, daß die 'Klassenkampfneigung', um es einmal primitiv auszudrücken, bei den bessergestellten Arbeitern geringer sei und weniger Bedeutung habe als bei den niedriger gestellten Arbeitern.

Was nun die Angestellten betrifft, so finden wir eine laufende Annäherung in der Lebenshaltung und vielfach auch in der Ideologie zwischen einem großen Teil der relativ gering bezahlten Angestellten und großen Teilen der Arbeiter. Der Unterschied war früher weitaus größer, allein schon in der Sprache, worauf Thälmann hingewiesen hat: Jeder Bankangestellte mußte hochdeutsch sprechen können, aber kein Kumpel brauchte es.¹² Heute ist hier vieles anders geworden, auch Heiraten zwischen beiden Gruppen sind viel häufiger als früher.

Die 'Klassenkampfneigung' hängt sicherlich in gewissem Umfang auch von dem, im Vergleich zu früher, relativ hohen materiellen Lebensniveau ab. Sie ist meiner Ansicht nach aber auch wesentlich eine Frage der Taktik und Strategie der herrschenden Klasse. In unseren Geschichtsdarstellungen spielt sich der Klassenkampf meistens auf einem Schlachtfeld ab, auf dem es nur eine Seite gibt, nämlich die Arbeiterklasse. Nicht genügend untersucht wird die Taktik und Strategie der herrschenden Klasse, die ja auch für die Arbeiterklasse ganz entscheidend ist. Gott sei Dank macht die herrschende Klasse auch Fehler, und das hilft uns natürlich. Leider ist sie aber in sehr, sehr vielen Fällen aufgrund ihrer reichen Erfahrung außerordentlich schlau und klug.

Aber es gibt Verhältnisse, unter denen sie - von ihrem Klassenstandpunkt aus gesehen - zu einer falschen Strategie gezwungen ist. Nehmen wir die ungeheure Rüstung heute, die die herrschende Klasse einfach zwingt, entweder eine wilde Inflation zuzulassen (und dagegen hat sie sich in der letzten Zeit entschieden) oder die Lage der Werktätigen auf die verschiedenste Weise zu verschlechtern. Sie hat dies zunächst mit steigender Arbeitslosigkeit praktiziert, und jetzt geht sie ans soziale Netz. Und die Einschnitte in dieses Netz treffen sowohl die Arbeiter wie die Angestellten, da gibt es - im Unterschied zumeist zu den Beamten - keine strukturellen Unter-

schiede. Heute wird die herrschende Klasse, wenn sie ihre politischen Ziele der Übereinstimmung verwirklichen will, zu Maßnahmen gezwungen, die keine taktischen Differenzierungen im Kampf gegen die Werktätigen erlauben, die allgemein die Werktätigen und zum Teil sie selber treffen. Ich meine zum Beispiel, um das letztere zu erklären, daß Franz Josef Strauß völlig recht hat mit seinem Widerstand gegen die Kürzung des Mutterschaftsgeldes, denn das ist eine Maßnahme, die das Geburtenniveau drücken wird, woran doch kein Militarist Interesse haben kann. Und allgemein: Gestern trat im Bundestag eine Sozialdemokratin - die Sozialdemokraten sind ja oft prächtig in der Opposition, im Gegensatz zu ihrer Haltung an der Macht, wir brauchen nur an den NATO-Raketenbeschluß zu denken oder an Mitterand, als er noch nicht Präsident war - gegen Norbert Blüm auf, der erklärt hatte, daß in der letzten Zeit 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Sie fragte, wie man eine solche Rede halten könne, wenn in der gleichen Zeit 300.000 Menschen arbeitslos geworden sind. Also die herrschende Klasse steht vor außerordentlichen Schwierigkeiten, die wir gegen sie ausnutzen müssen.

F.D.

Da wir das Problem der Arbeiterklasse und ihrer Entwicklung diskutieren, würde ich gern eine Frage anfügen. Du vertrittst eine sehr enge Definition des Begriffs Arbeiterklasse und zitierst wiederholt Lenin, der sagt: Arbeiterklasse sind die Arbeiter der Großbetriebe. Ich will das Problem gleich zuspitzen: die gesamte Entwicklungstendenz etwa seit Ende der sechziger Jahre geht dahin, daß der Anteil der Arbeiter in den Großbetrieben stark zurückgeht, wobei dieser Prozeß natürlich starke regionale und sektorale Differenzierungen aufweist. Wir beobachten von strukturellen Krisen erfaßte Bereiche, in denen mit einem weitgehenden Verschwinden von Fraktionen der alten Arbeiterklasse zu rechnen ist. Das ist historisch nicht neu. Früher galt dies etwa für die Uhrenindustrie, heute gilt es für die Stahlindustrie. Wir stellen auch eine Stagnation des Kerns des industriellen Proletariats in den noch in den fünfziger und sechziger Jahren stark expandierenden Bereichen der Investitionsgüterindustrie - Metallverarbeitung, Maschinenbau, Elektrotechnik u.a. - fest. Auf der anderen Seite hat die Zahl der sogenannten Zirkulationsarbeiter des Kapitals im Bereich der Dienstleistungen stark zugenommen; dasselbe gilt auch für die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst.

Ich frage mich nun, ob diese enge Definition der Arbeiterklasse, die im Grunde genommen vom produktiven Arbeiter, also vom Produzenten ausgeht, auch für die politische Konzeption des Marxismus, also für seine Aus-

sagen über die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse bei der Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft, noch unter der Voraussetzung gültig sein kann, daß sich erstens der Kern dieser mehrwertproduzierenden industriellen Arbeiterklasse in den achtziger und neunziger Jahren noch weiter reduzieren wird, und daß zweitens dieser Kern, der einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweist und auch, solange er Arbeit hat, materiell relativ privilegiert ist, dann womöglich ein eher 'konservatives' Element in der Arbeiterklasse bildet. Und wenn die Masse der Beschäftigten in den Bereichen der privaten und öffentlichen Dienstleistungen in viel stärkerem Maße den Widersprüchen des Kapitalismus - der Arbeitslosigkeit, den Einschnitten in das soziale Netz u.a. - ausgesetzt ist und auch die Grunderfahrung des Warencharakters der Arbeitskraft im Kapitalismus im Arbeitsprozeß selbst mitvollzieht, müssen wir sie dann nicht auch in unseren Begriff der Arbeiterklasse miteinbeziehen? Die Diskussion darüber, daß der Kern der Arbeiterklasse in der Masse der Werktätigen und natürlich auch in anderen antimonopolistischen Schichten Bündnispartner gewinnen muß, wird bereits sehr lange geführt. Aber wenn dieser traditionelle Kern der Arbeiterklasse schwindet, sind dann nicht zentrale Aussagen des Marxismus überholt?

J.K.

Erstens würde ich sagen, daß im Weltmaßstab die Arbeiterklasse natürlich zunimmt. Das ist ganz offensichtlich. Zweitens ist es völlig richtig, daß die Arbeiterklasse, wie sie Lenin definiert, in den imperialistischen Ländern schrumpft. Frage: bedeutet das notwendig eine Schwächung des Klassenkampfes der Werktätigen überhaupt? Was ist denn der Sinn der Lenin'schen Bestimmung der Arbeiterklasse? Lenin meint, und geht damit auf Marx und Engels zurück, daß nur die Arbeiterklasse eine Klasse ist, die aus ihrer gesellschaftlichen Position heraus konsequent revolutionär sein muß. Das hat natürlich eine große Bedeutung insofern, als man von der heute so stark wachsenden Zahl der Angestellten und sagen wir auch der unteren Intelligenz nicht erwarten kann, daß sie plötzlich zu einer konsequent revolutionären Klasse wird. Aber durch ihre objektiven Arbeits- und Lebensverhältnisse gezwungen, werden diese Schichten natürlich stärker bereit sein, sich uns anzuschließen.

Wir sehen also zwei Bewegungen: Auf der einen Seite eine gewisse Schrumpfung der Zahl der Industriearbeiter in den imperialistischen Ländern und auf der anderen Seite eine wachsende untere Mittelschicht, die aufgrund der relativen, teils auch absoluten Verschlechterung ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Position eher geneigt ist, unser Bündnispartner zu wer-

den. Ich bleibe dabei, daß die Arbeiterklasse, egal ob sie in den imperialistischen Ländern größer oder kleiner wird, die Avantgarde, den Motor der Revolution stellt. Sie wird immer groß genug sein, um diese Rolle auszuführen. Wir brauchen nur daran zu denken, wie klein sie in Sowjetrußland war, als sie diese Rolle gegenüber der Riesenmasse des Kleinbürgertums der Bauern einnahm. Durch die Wandlung der Situation des Kleinbürgertums der Angestellten u.a. können die strategischen Positionen der Arbeiterklasse günstiger, ihre Erfolge größer werden. Früher dachten wir, daß diese Schichten ins Proletariat fallen würden, aber heute erkennen wir, daß im Gegenteil ein Teil der Arbeiter und der Arbeiterkinder in diese Schichten aufsteigt. Darin sehe ich jedoch keine prinzipielle Notwendigkeit, unsere Grunderkenntnisse über die Rolle der verschiedenen Klassen in der Gesellschaft zu modifizieren.

F.D.

Eine kurze Zusatzfrage, die den Definitionsstreit betrifft. Lenin hat in seiner Schrift: 'Die große Initiative' drei Bestimmungen der Klasse gegeben, die Du auch in Deinen Schriften zitierst. Erstens: Verkauf der Arbeitskraft, also Warencharakter der Arbeitskraft. Zweitens: Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. Drittens: Art der Erlangung sowie Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum.¹³ Wenn wir diese drei Bestimmungen akzeptieren, gehören dann nicht doch die Verkäuferinnen in den Warenhäusern zur Arbeiterklasse und nicht zur unteren Mittelschicht?

J.K.

Die Bestimmungen, die Lenin 1919 gegeben hat, sind meiner Meinung nach außerordentlich allgemein, und ich würde sie nicht in Gegensatz zu der Definition der Arbeiterklasse stellen, die er in zahlreichen anderen Schriften formuliert hat. Es ist für uns natürlich bedauerlich, daß er die Gedanken über das Verhältnis von Klassen und Schichten an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt hat - genau wie ja auch der dritte Band des 'Kapital' bei der Behandlung des Klassenproblems mitten im Text abbricht. Das ist meine Antwort, von der ich aber glaube, daß sie Dich nicht befriedigt.

D.K.

Für viele sind Fragen nach der Definition der Arbeiterklasse ja wirklich akademische Fragen. Ich möchte das in einer provozierenden Frage zusammenfassen: Du hast davon gesprochen, daß im Weltmaßstab von einer Zunahme der Arbeiterklasse ausgegangen werden muß. Dennoch sind entscheidende Veränderungen des Imperialismus in den letzten Jahrzehnten

nicht von Klassenbewegungen ausgegangen, also nicht von diesem Wachstum der Arbeiterklasse im Weltmaßstab. Ich denke an andere Bewegungen - nationale Befreiungsbewegungen -, bei denen die Arbeiterklasse (schon gar nicht eine revolutionäre Arbeiterpartei) nicht die führende Kraft ist. Besonders deutlich zeigt sich das zum Beispiel bei Revitalisierungsbewegungen wie der islamischen Revolution, die sich auch gegen den Imperialismus wendet. Oder denken wir an den 'Antiamerikanismus' als Antiimperialismus, der sich in Europa ausbreitet, der sich von Veränderungen im Alltagsleben nährt, auch von der Abwendung von der Kulturindustrie oder von Teilen der Musikkultur in der Bundesrepublik - hin etwa zu deutschsprachigen Formen der Musikkultur usw. Ist es nicht eine Fetischisierung der Arbeiterklasse, wenn wir immer noch daran festhalten, daß sie die entscheidende Kraft politischer und sozialer Veränderungen sei?

J.K.

Natürlich wäre es eine Fetischisierung und mehr, wenn man behaupten würde, die Arbeiterklasse wäre heute im Weltmaßstab die einzige revolutionäre Kraft. Ich habe zunächst nur gesagt: Die Arbeiterklasse wächst im Weltmaßstab. Aber ich habe nicht gesagt, daß die antiimperialistischen Bewegungen, die antikolonialistischen und nationalen Bewegungen im allgemeinen und überall von der Arbeiterklasse getragen werden. Nach meiner Ansicht sind diese Bewegungen das erste Stadium einer Befreiung vom Monopolkapital bzw. des Versuchs einer Befreiung vom Monopolkapital. Und weiter meine ich, daß im Lauf der Zeit und der Entwicklung in diesen Ländern die Arbeiterklasse eine führende Rolle übernehmen wird. Verstehst Du? Das, so glaube ich, bestätigt sich auch schon in einigen Ländern - besonders dort, wo wir, die sozialistischen Länder, eine wirksame Entwicklungshilfe geben, nicht so sehr oder vor allem in materiellen Gütern, sondern in der Gestaltung der Infrastruktur, im Erziehungswesen, in der technischen Ausbildung usw. Das heißt: Wir müssen heute diese Bewegungen in der Dritten Welt als Übergangsbewegungen - einfacher: als Bewegungen weg von der Monopolherrschaft bzw. vom Kolonialismus verstehen. Und zugleich müssen wir sehen, daß diese Länder nur dann eine konsequente Linie des Fortschritts nehmen können, wenn in ihnen eine Arbeiterklasse heranwächst, die die politische Führung übernimmt.

3. Untergehende Gesellschaftsformationen

D.K.

Das scheint mir eine ganz wichtige Modifizierung zu sein. In den fünf Bänden Deiner 'Geschichte des Alltags des deutschen Volkes' hat mich ein Gedanke besonders berührt - besonders auch in bezug auf die Gegenwart: die Frage nach den untergehenden Gesellschaftsformationen und nach der Art und Weise ihres Zerfalls, nach dessen Auswirkungen auf das Leben der Menschen im Alltag. Wir können heute nicht ohne Teilnahme über den Zerfall des Feudalismus lesen, weil wir uns in Prozessen zu befinden scheinen, in denen sich mit der Gefahr von Katastrophen, mit vielfältigen Prozessen der Zerstörung der Niedergang des Kapitalismus andeuten könnte. Ich möchte Dich daher fragen: Hältst Du es für sinnvoll, dieses Thema des Zerfalls von Gesellschaftsformationen intensiver zu bearbeiten? Daran schließt sich eine weitere Frage an: Kann man heute vom Zerfall des Kapitalismus sprechen, und welche politischen Konsequenzen ergeben sich daraus?

J.K.

Ich habe gerade mein neues Buch über untergehende Gesellschaftsformationen abgeschlossen. Dort behandle ich den Untergang des Römischen Reichs, den Untergang des deutschen Feudalismus, den 'positiven' Untergang des englischen Feudalismus und den amerikanischen Imperialismus. Im Vorwort schreibe ich, daß ich sehr froh darüber bin, daß wir in der DDR seit mehr als einem Jahrzehnt vergleichende Revolutionsforschung betreiben, aber ich glaube, daß es ebenso notwendig ist, vergleichende Untergangsstudien zu machen. Ich komme dabei auf eine Reihe von Ähnlichkeiten und eine Reihe von Verschiedenheiten. Ich habe noch nicht sehr viele solcher Untergänge untersucht, wir befinden uns ja erst am Anfang dieser Untersuchungen. Ich glaube aber, man kann sagen: Die größte Verschiedenheit zwischen allen Untergängen und dem des Kapitalismus besteht darin, daß im untergehenden Kapitalismus die Produktivität ständig weiter steigt. Sie beschleunigt sich nicht in ihrem Tempo. Wenn man Perioden von 30 bis 40 Jahren zusammennimmt, dann ist dieses Tempo in den vergangenen 150 Jahren, für die wir es statistisch untersuchen können, etwa gleichgeblieben. Sowohl im Römischen Reich als auch im deutschen Feudalismus geht aber die Produktivität im Untergangsstadium laufend zurück. Beim Untergang des englischen Feudalismus machen wir die Beobachtung, wie dessen Auflösung schnell durch das beginnende Wachstum des Kapitalismus durch-

drungen wird. Wir finden daher in den feudalen Teilen, Gebieten, Sektoren eine sinkende Produktivität, dort aber, wo - so im 16. Jahrhundert - das kapitalistische Element stärker wird, eine steigende Produktivität. Darum 'positiver' Untergang.

Schon Lenin hat darauf hingewiesen, daß 'sterbender' oder 'faulender' Kapitalismus keineswegs einen Rückgang der Technik bedeutet. Dennoch - wir haben schon darüber gesprochen - ist die Entwicklung der Technik unglaublich ungleichmäßig geworden; erstens innerhalb eines Landes, wenn wir an militärische und zivile Technik denken, und zweitens zwischen den Ländern. So ist nach meiner Meinung der ungeheure allgemeine Aufschwung der Technik in Japan der vergleichsweise geringen Rolle der Militärtechnik zuzuschreiben.

Kommen wir zu den Ähnlichkeiten. Da ist zunächst einmal der wachsende Bürokratismus - übrigens auch in den USA. Denken wir an das Problem des 'Papierkrieges'. Vor einigen Jahren fand in den USA eine sehr interessante Untersuchung statt, aus der sich ergab, daß jeder Bürger im Jahr etwa drei bis vier Wochen mit dem Ausfüllen von Formularen zubringen mußte, falls er selbst alle Fragebögen ausfüllen würde, die ihm von der Zentralregierung, dem Bundesstaat, der Gemeinde und anderen Organisationen vorgelegt werden. Die Rettung liegt darin, daß es besondere Institutionen gibt - z.B. bei Steuererklärungen -, die diese Aufgabe übernehmen. Daher verbringt der einzelne Bürger faktisch doch nur eine Woche pro Jahr mit dem Ausfüllen von Fragebögen.

Bleiben wir bei den Ähnlichkeiten. Neben der parasitären Bürokratisierung stoßen wir auf die Zersetzung der Ideologie. Dabei darf man freilich unter keinen Umständen bei den Künstlern die Zersetzung der Ideologie und das ästhetische Niveau identifizieren. Wir brauchen nur an Baudelaire zu denken oder an Nietzsches Gedichte. Mitten im zweiten Weltkrieg hat Becher ein Heimatliebe-Gedicht von Nietzsche zitiert, weil es so wunderschön ist. Daran seht Ihr, wie die Ideologie - denn Nietzsche war ganz zweifellos wenn auch kein geistiger Vorgänger des Faschismus, so doch ein Repräsentant spätbürgerlicher elitärer Dekadenz - in einen Gegensatz zu ihrer Form geraten kann und keinesfalls das Niveau der schönen Künste in jeder Beziehung senken muß. Das ist ein sehr interessantes und nicht ganz unwichtiges Problem - meiner Ansicht nach beobachten wir solche Vorgänge auch im untergehenden Römischen Reich. Dort wird die ideologische Zersetzung sehr deutlich in der Frage der Rechtsbildung. Zunächst war der Sklave noch genau definiert - und er spielt ja auch noch zur Blütezeit des Römischen Reichs eine große Rolle. Die Stellung des Kolonen hat man jedoch schon nicht mehr juristisch fixieren können - und natürlich auch

nicht mehr die stark gewandelte Stellung der Sklaven im 4. und 5. Jahrhundert. So gibt es einzelne Gebiete, die einfach im Sinne der Zerstörung zersetzt werden, und andere, in denen gewisse Seiten der alten Verhältnisse noch erhalten bleiben. Häufig beinhalten sie eine besondere Tragik, wie gewisse Zweige der Künste. Dazu kommt natürlich die ganze Problematik der Verwendung der Erkenntnisse, die in der Untergangszeit niemals eine solche Bedeutung hatte wie im Imperialismus: man denke an die 'Rüstungswissenschaft'!

In der Spätzeit des Römischen Reiches beobachten wir auch, daß der Staat eine Fülle von Funktionen übernahm, wie z.B. die Reglementierung der landwirtschaftlichen und der handwerklichen Produktion. Diese Zweige wurden ja fast alle verstaatlicht. Das bedeutet unter einem Sklavenhalter- bzw. Zwangsarbeiterstaat aber gleichzeitig, daß das Mehrprodukt staatlich angeeignet wird. Daher flüchten schließlich die Handwerker aus den Städten aufs Land, wo sie weniger kontrolliert werden konnten. Sie wurden Bauern, die nebenher ihr Handwerk betrieben; das Kunsthandwerk zerfiel völlig, das Handwerk im allgemeinen stark.

G.M.

Die Krise des Feudalismus resultierte aus der Krise des Systems der Leibeigenschaft: bei stagnierender oder gar rückläufiger Produktivität verringerte sich das Mehrprodukt. Im Imperialismus steigt jedoch die Produktivität weiter an. Es gibt große technische Innovationen. Marx hat selbst noch die Elektrizität erlebt - heute wälzen Computerwissenschaft, Informationssysteme, Automatisierung die Struktur der Produktivkräfte um. Dabei handelt es sich stets auch um neue Möglichkeiten, das Mehrprodukt zu steigern, das dem Herrschaftssystem zu seiner eigenen Festigung zur Verfügung steht. Hier haben wir also einen gravierenden Unterschied sowohl zur Krise des späten Römischen Reiches als auch zu der des Feudalismus. Nun hat Lenin darauf hingewiesen, daß ein wichtiges Kriterium für die Lebensperspektive eines gesellschaftlichen Systems seine Fähigkeit sei, die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu steigern. Würde dies bedeuten, daß der Imperialismus doch noch über größere ökonomische und gesellschaftliche Lebensreserven verfügt?

J.K.

Lenin hat die technische Entwicklung im Imperialismus als schwindelerregend bezeichnet, und er warnte nachdrücklich vor dem Glauben, daß die Produktivität zurückgehen muß. Vor allem aber hat Lenin darauf aufmerksam gemacht, daß der Sozialismus eine viel höhere Produktivität ent-

wickeln muß und wird als der Kapitalismus, daß seine Überlegenheit sich letztendlich in einer höheren Produktivität zeigen werde. Doch davon ist heute noch keine Rede. Das ist nach meiner Ansicht zunächst die ganze Tragik unseres Zwangs zur Rüstung. Dazu kommen natürlich noch weitere Schwierigkeiten - etwa daß wir manche Stimulanzen noch nicht im Griff haben. Was aber die weitere schnelle Entwicklung der Produktivität im Kapitalismus betrifft, so führt sie doch im allgemeinen - und in schärfstem Gegensatz zum Sozialismus - zu einer Art Selbstzerstörung seiner Basis, da sie, und gerade gegenwärtig erleben wir das in so erdrückendem Maße, zu einer steigenden Arbeitslosigkeit führt. Während im Sozialismus steigende Arbeitsproduktivität mit steigender Produktion und steigendem Wohlstand der ganzen Bevölkerung einhergeht, ist die Produktionssteigerung im Kapitalismus gedämpft, und ein wachsender Teil der Bevölkerung verarmt.

D.K.

Ich möchte an Deine Bemerkung über das schwindelerregende Wachstum der Produktivität im Kapitalismus anknüpfen. Es ist in der Tat schwindelerregend! Zu Beginn unseres Interviews hast Du davon gesprochen, daß Du eigentlich nur zwei Phasen der menschheitsgeschichtlichen Entwicklung siehst - die klassenlose Urgesellschaft (oder wie immer man dieses Stadium nennen mag), darauf eine Zwischenphase und dann die sozialistische Gesellschaft, in der der Mensch Herr seiner Produktivität und der Verwendung des von ihm erzeugten Mehrprodukts ist. Du hast davon gesprochen, daß er dann erst wirklich Herr des Mehrprodukts und des Wachstums sei. Das Wachstum im heutigen Kapitalismus ist aber gerade deshalb schwindelerregend, weil erstens immer mehr und immer nutzlosere Dinge produziert werden und dabei zweitens in rücksichtsloser Weise die Ressourcen der menschlichen Arbeitskraft und der Natur verschlissen werden. Daher ist es für mich ein herausragendes Krisensymptom unserer Zeit, daß der Kapitalismus für mehr Wachstum die Zerstörung der Umwelt vermehrt und immer weniger echte Gebrauchswerte zu produzieren vermag.

G.M.

Er zerstört auch die Umwelt in der Dritten Welt...

D.K.

Richtig, diese Zerstörungen sind weltweit.

J.K.

Zunächst muß ich gestehen, daß ich den Ausdruck 'schwindelerregend' von

Lenin mehr als mahnend-pädagogischen Ausdruck nehme, denn es ist sehr interessant zu sehen, wie bereits seit dem 18. Jahrhundert ständig von dem 'schwindelerregenden' technischen Fortschritt gesprochen wird. Die englische und französische Presse waren damals voll davon. Aber wenn Du die Produktivität, d.h. die Leistung pro Arbeiter in der Industrie, untersuchst, dann findest Du in den letzten 150 Jahren keine Beschleunigung. Das ist das eine. Was aber den technischen Fortschritt von heute von dem technischen Fortschritt von vor 100 oder 200 Jahren unterscheidet, das ist, daß wir den technischen Fortschritt in mancher Beziehung immer weniger im Griff haben. Das ist aber ein anderes Problem als die Dynamik des technischen Fortschritts. Auch dabei sind wieder zwei Dinge zu unterscheiden. Erstens: Im Kapitalismus hat man den technischen Fortschritt ideologisch und was die Beschäftigung betrifft, nicht im Griff; im Sozialismus besteht da kein Problem. Zweitens: Sowohl im Sozialismus als auch im Kapitalismus haben wir den technischen Fortschritt ökologisch nicht im Griff. Das hat wohl in beiden Gesellschaftsordnungen die gleiche Ursache: nämlich vor allen Dingen die Konzentration auf die Rüstung, wobei uns die Rüstung aufgezwungen ist und im Kapitalismus die Initiative zu dieser wahnsinnigen Rüstung liegt. Würdest Du diese Behandlung dieses Problems akzeptieren?

D.K.

Soweit schon. Aber mich bewegt die Frage, inwieweit wir dieses exzessive Wachstum als Selbstzweck, das der Kapitalismus aufgrund des Akkumulationsgesetzes, nach dem er angetreten ist, produziert, als Krisen- und Untergangssymptom so ernst nehmen müssen, daß wir für die Gesellschaftsordnung, die auf den Kapitalismus folgt, Wachstum als deren Lebensprinzip problematisieren und aufheben müssen.

J.K.

Nein! Das müssen wir nicht. Ich würde auch sagen, daß der technische Fortschritt nirgends auf der Welt Selbstzweck ist. Seine Anwendung geschieht im Kapitalismus entweder aus dem Profitmotiv oder aus dem Rüstungsmotiv. Bei uns vor allem aus den Motiven der Steigerung des Wohlstands, aber auch der Rüstung. Natürlich gab es immer Spielereien mit dem technischen Fortschritt - und die lagen daran, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse eine der herrschenden Klasse nutzbringende Anwendung des technischen Fortschritts verhinderten. Denkt an die Maschinen, die Heron von Alexandria erfand, um Puppen spielen zu lassen, oder an die Dampfmaschine, die im 18. Jahrhundert im kapitalistischen England in den Bergwerken eingesetzt wurde, um das Wasser abzupumpen, an einem hessischen feudalen Für-

stenhof jedoch, um die Fontänen besser springen zu lassen!

F.D.

Mir scheint es völlig unumstritten, daß die Profitproduktion und -aneignung die Triebkraft der technischen Entwicklung im Kapitalismus ist. Ich möchte aber noch ein anderes Motiv ansprechen, das heute im Zusammenhang mit den sogenannten 'neuen Technologien', also den Computertechnologien und ihrer Vernetzung, vor allem von Industriesoziologen (ich denke u.a. an Braverman)¹⁴ diskutiert wird. Es geht um eine Herrschaftslogik, die mit den neuen Technologien verknüpft ist und die natürlich nicht vom Profitmotiv abgetrennt werden kann. Gleichwohl hat diese Herrschaftslogik eine relative Selbständigkeit - das ist auch der Grund dafür, daß es bei uns z.B. eine -zunächst erfolgreiche - Volksbewegung gegen die 'Volkszählung', allgemeiner: gegen die 'Verdatung' der Menschen und gegen die 'Computerisierung' der Gesellschaft gibt. Diese Herrschaftslogik liegt einerseits in der 'Enteignung' von Qualifikationen der Arbeitskraft - der Facharbeiter- wie der Ingenieurqualifikation - also: Steigerung der 'reellen Subsumtion' der Arbeitskraft unter das Kapital bei gleichzeitig erweiterter Verfügung des kapitalistischen Managements über die Arbeitsorganisation. Wenn diese These richtig ist, dann würde sie bedeuten, daß traditionelle Identifikationen mit der Arbeit - wie sie z.B. im 'Produzentenselbstbewußtsein' von Facharbeitergruppen sich artikulieren - aufgehoben werden und damit auch für die Entwicklung von politischem Selbstbewußtsein in der Arbeiterklasse und -bewegung an Bedeutung verlieren.

Zweitens werden durch diese neuen technologischen und organisatorischen Systeme die Sicherheits- und Risikozonen in unserer Gesellschaft ständig ausgeweitet. Funktionsstörungen müssen, da sie angesichts des Vergesellschaftungsgrades weitreichende Wirkungen haben können, unter allen Umständen vermieden werden. Für viele Menschen in der BRD ist es heute schon selbstverständlich, daß sie mit Computerkarten ausgerüstet sind, nicht nur für die Bank, sondern auch, wenn sie den Betrieb betreten oder sich im Betrieb bewegen. Es gibt schon Betriebe, in denen die Türen nur noch mit solchen Karten geöffnet werden können - also eine Form der Rationalisierung, die zugleich eine ständige Kontrolle aller Bewegungsabläufe im Betrieb ermöglicht. Dabei spielen die sogenannten 'Personalinformationssysteme', gegen die sich die Gewerkschaften zur Wehr setzen, eine besondere Rolle: über zentrale Computer wird die Möglichkeit eines riesigen Kontrollsystems über die Beschäftigten geschaffen. Damit können natürlich auch traditionelle Organisations- und Widerstandsformen der Arbeiter im Betrieb neutralisiert oder ausgeschaltet werden.

J.K.

Ich glaube, Du hast völlig recht mit Deiner Argumentation, daß man die Dequalifikation der Arbeiter durch die moderne Technik nicht vom Profitmotiv abtrennen kann. Alles andere ist natürlich vorwiegend eine Herrschaftsfrage. Sicherheit ist eine Herrschaftsfrage. Ich habe immer wieder gesagt: die Naturwissenschaften sind eine Produktivkraft, die Gesellschaftswissenschaften eine Herrschaftskraft. Und Deine Argumentation scheint mir deshalb so wichtig, weil Du zeigst, daß ein Teil der Naturwissenschaften - durch die Sicherheitsüberwachung - auch zu einer Herrschaftskraft geworden ist. Das erscheint mir ein außerordentlich wichtiger Gedanke. Doch auch hier zeigt sich, daß der technische Fortschritt im Kapitalismus nicht 'Selbstzweck' ist.

D.K.

Ich bin mir nicht so sicher, ob das Herrschaftsmotiv wirklich ein zentrales und so bedeutendes Motiv bei den neuen Technologien und Medien ist. Es gibt da eine andere Argumentationsreihe. Sie geht von ökonomischen Überlegungen aus. Um in diesem Geschäft Fuß zu fassen, d.h. Weltmarktanteile von 3 - 5% für die nationalen Datenverarbeitungsindustrien zu erringen und in dem Innovationszyklus mitzuhalten, der heute für eine Produktionsgeneration in diesen Sektoren 6 bis 9 Jahre beträgt, dazu müssen riesige Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen getätigt werden. Darüber hinaus muß der Staat enorme Vorleistungen erbringen, um z.B. die notwendige Infrastruktur ('Verkabelung') für die Vernetzung zu schaffen. Die Computer- und Datenverarbeitungsindustrien preschen derzeit vor, um für den Rest des 20. Jahrhunderts zur Leitindustrie zu werden. Sie wollen diese Märkte erobern - aber ohne jede Rücksicht darauf, ob in der Bevölkerung tatsächlich Bedürfnisse für ihre Produkte vorhanden sind. Diese müssen erst künstlich geschaffen werden. Die großen Unternehmen verwenden dafür ca. 30% ihres Gesamtumsatzes als Werbeetat. Und der Staat muß gezwungen werden, diese gigantischen Vorleistungen zu erbringen. Daran habe ich z.B. gedacht, als ich vorhin davon sprach, daß Wachstum und neue technologische Entwicklungen zum Selbstzweck werden, daß sie - so könnte man jetzt ergänzen - der Gesellschaft von Monopolen aufgezwungen werden. Sicher spielt da auch das Herrschaftsmotiv eine Rolle, aber mir scheint doch, daß das Profitmotiv die Haupttriebkraft dieser Entwicklung ist.

J.K.

Natürlich spielt das Profitmotiv eine entscheidende Rolle. Und wenn erst

künstlich Bedürfnisse für neue Produkte erregt werden müssen, dann doch ebenfalls nicht um des Selbstzwecks der Produktion, sondern um des Profits willen. Auch hängt die Unterstützung mancher dieser Produktionszweige doch damit zusammen, daß sie große militärische Bedeutung haben. Mir ist Dein Begriff des Selbstzwecks immer noch nicht klar geworden - gibt es doch viele Produkte in der kapitalistischen Welt - und leider auch einige bei uns -, die im Grunde gar nicht nötig sind, zum Beispiel bei uns die Produkte des halbjährlichen Wechsels der Mode...

G.M.

Gibt es das auch bei Euch?

J.K.

Natürlich, wenn auch oft mit einem Jahr 'Verspätung'! Der Sinn dieses Modewechsels im Kapitalismus ist doch, ihn zum Bedürfnis zu machen. Also nicht Selbstzweck, sondern Profitzweck. Und der kann nur realisiert werden, wenn Bedürfnisse erzeugt werden - durch Reklame oder auf anderen Wegen. Sonst wäre es sinnlos. Ein Liebesseufzer, den Deine Freundin nicht hört - das nenne ich Selbstzweck, Selbsterleichterung. In der kapitalistischen Wirtschaft ist es dagegen für Absatz und Profit völlig gleichgültig, ob ein echtes oder gemachtes Bedürfnis dahintersteckt. Das kennzeichnet eben die kapitalistische Wirtschaft als Profitwirtschaft. Meinst Du nicht?

D.K.

Der Begriff Selbstzweck ist wahrscheinlich unscharf. Es geht vor allem darum - und das hast Du gerade gesagt -, daß ein Bedarf erzeugt wird, der keinen zusätzlichen Gebrauchswert und keinen echten Genußwert verschafft. Der Bedarf wird um des Profits willen erzeugt - insofern gebe ich Dir recht. Für mich ist aber das entscheidende Problem, daß durch solche Innovationen, die Wohlstand vortäuschen, kein zusätzliches Wohlbefinden geschaffen wird.

J.K.

Da hast Du völlig recht. Aber das ist eine alte Sache. Dennoch darfst Du nicht vergessen, daß das künstliche Wecken von Bedürfnissen auch eine berechtigte Sache sein kann. Wir bemühen uns z.B. vielfältig darum, bestimmte Bedürfnisse zu wecken, weil es vom medizinischen Standpunkt aus, etwa bei der Art der Ernährung, viele neue Möglichkeiten gibt, die Lebensbedingungen zu verbessern. Oder denken wir daran, mit welchem Erfolg wir uns darum bemühen, ästhetische, allgemein kulturelle Bedürf-

nisse zu wecken. Die Bedürfnisweckung kann auch eine wichtige erzieherische Bedeutung haben.

D.K.

Bedürfnisreichtum und universelle Genußfähigkeit sind sicher sehr positive Größen. Wir müssen wohl noch intensiver darüber nachdenken, was sie materiell bedeuten können.

J.K.

Richtig. Und bei 'wir' mußt Du natürlich mich einschließen.

G.M.

Ich möchte noch einen Hinweis zur Frage der 'Sicherheit' und der Kontrolle der Gesellschaft anfügen. Bei uns wurden in den letzten zehn Jahren - unter der alten sozialliberalen Regierung und jetzt noch viel stärker unter der neuen konservativen - die Sicherheitsapparate (Polizei, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz, Nachrichtendienste, Bundeskriminalamt, auch private Polizei und Werkschutz) sehr stark ausgebaut und aufgerüstet. Viele haben davor Angst. Gleichzeitig haben hierdurch aber auch neue Bevölkerungskreise Zugänge zum politischen Handeln gefunden, indem sie sich gegen Bespitzelung, Kontrolle und Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte zur Wehr setzen. Beträchtliche Teile der Intelligenz z.B. wollen nicht tagtäglich überwacht und kontrolliert werden. Das verbessert die Chancen für gemeinsame Aktionen zur Verteidigung demokratischer Rechte.

J.K.

Völlig richtig. Es ist doch erstaunlich, wie es durch diese Widersprüche für uns auch neue Berührungspunkte mit anderen Schichten gibt. Man braucht ja nur an die Bewegung gegen die Volkszählung zu denken, die an sich in gewisser Weise berechtigt ist. Es wäre unsinnig, wenn man sich überhaupt gegen eine Volkszählung wenden würde.

G.M.

Gibt es auch bei Euch solche Bewegungen?

J.K.

Nein.

4. Der Bürgerliche Staat - Milchkuh und Gendarm?

F.D.

Ich möchte noch einmal auf das zentrale Thema zurückkommen, das wir in diesem Abschnitt diskutieren: die Problematik untergehender Gesellschaftsformationen. Wir sollten jetzt ausführlicher über die Rolle des Staates sprechen. Du hast darauf hingewiesen, daß der Staat in den Untergangsphasen zu einem 'parasitären Krebsgeschwür' wird, dem sich alles unterordnet, der aber auch dadurch in seiner Herrschaftsfunktion blockiert wird und den Untergang beschleunigt.

J.K.

Ja, das gilt für den Untergang des Römischen Reiches wie des Feudalismus.

F.D.

Wobei mir die Rolle des Staates im Auflösungsprozeß des Feudalismus schon komplizierter erscheint. Auch die sehr kontrovers geführte Debatte unter marxistischen Historikern über das Absolutismusproblem zeigt zumindest, daß dieser Staat einerseits Geburtshelfer der neuen Produktionsverhältnisse, andererseits Instrument zur Konservierung aristokratischer Herrschaft ist. Aber das soll jetzt nicht unser Thema sein. Betrachten wir die Rolle des Staates im gegenwärtigen Kapitalismus. Es wäre doch gewiß viel zu einfach, dabei nur seine parasitäre Rolle - wie sie auch in den vielfältigen bürokratischen Wucherungen erscheint - zu sehen. Im System der staatsmonopolistischen Regulierung muß der Staat intervenieren, um den gesamten Produktionsprozeß des Kapitals zu sichern. Und zweitens muß er intervenieren, indem er auf das nationale und internationale Kräfteverhältnis der Klassen reagiert. Er wird gezwungen - auch durch die reformistische Arbeiterbewegung -, Aufgaben für die Reproduktion der Arbeitskraft, im Bereich der Infrastruktur, des Bildungswesens, der Sozialpolitik zu übernehmen. Über den Staat wird also der 'Klassenkompromiß' organisiert - und mir scheint, daß von daher auch die historische und politische Rolle der europäischen Sozialdemokratie in den vergangenen Jahrzehnten entschlüsselt werden muß. Den Widerspruch sehe ich also zunächst darin, daß der Staat im heutigen Kapitalismus neben den klassischen Herrschaftsfunktionen, neben der parasitären Rolle auch notwendige Funktionen wahrnimmt, die durch die Vergesellschaftungsprozesse und durch die Klassenauseinandersetzung hervorgebracht werden. Es ist doch - aus dieser Perspektive - sehr interessant, daß heute gerade die Konservativen und 'Neokonservativen' mit der

Losung: weniger Staat! antreten. Natürlich wissen wir: sie wollen mehr 'Ordnungsstaat', mehr Staat in bezug auf die Repressionsgewalt und die Rüstung. Sie wollen aber den - wie sie sagen - 'Bürokratismus' zurückschrauben, und damit meinen sie vor allem Abbau der Sozialpolitik, Aufhebung von wesentlichen Elementen der Bildungsreform usw. Wie siehst Du diese Widerspruchsproblematik im Hinblick auf das Rahmenthema 'untergehende Gesellschaftsformationen'?

J.K.

Ich würde zunächst einmal sagen, daß man unter keinen Umständen die Rolle des Staates für die Bewegung der Wirtschaft überschätzen darf. Es gibt da eine sehr schöne Geschichte von dem amerikanischen Senator R.J. Dole, der zunächst ein begeisterter Anhänger der Wirtschaftspolitik von Reagan war, heute aber einer ihrer entschiedensten Gegner geworden ist. Er erzählt, daß ein Autobus mit den Wirtschaftsexperten von Reagan in einen Abgrund stürzte. Die gute Nachricht dabei war, daß alle tot waren, die traurige Nachricht, daß vier Plätze in dem Bus nicht besetzt waren. Ich teile die Ansicht des Senators Dole. Erstens ist die Reagansche Wirtschaftspolitik, soweit sie vom Staat betrieben wird, untauglich. Zweitens bin ich der Ansicht, daß der Staat zwar Flickarbeit betreiben kann - mit Subventionen z.B.; und er kann natürlich auch bestimmte Industriezweige fördern, die für das Militär wichtig sind. Aber der kapitalistische Staat kann eben keine wirkliche Regulierungspolitik - wie man das nennt - betreiben. Das ist - auch vom Standpunkt der herrschenden Klasse - eine negative Seite des Staates, was nicht bedeutet, daß er nicht sehr viele bürokratische Mittel für seine 'Regulierungspolitik' in Anspruch nimmt und sich immer wieder einbildet, die Wirtschaft lenken zu können. Ich bin der Ansicht, daß der Staatsapparat heute aus zwei Gründen wächst, und das ist einerseits die Militär- und Sicherheitspolitik, andererseits die ihm von den Werktätigen aufgezwungene Sozialpolitik. Wenn heute neokonservative Kräfte gegen die sogenannte 'Staatsbürokratie' auftreten, so wollen sie zunächst bestimmte Maßnahmen der Staatstätigkeit, die der Unfallsicherheit am Arbeitsplatz, der Gesundheit der Arbeiter, der sozialen Fürsorge allgemein dienen, abbauen, um auf diese Weise auch den Staat, sie nennen es die 'Staatsbürokratie', finanziell und personell zugunsten der Rüstung zu 'entlasten'. Zweitens wollen sie bestimmte Regelungen - z.B. beim Verbraucher- oder Gesundheitsschutz, Umweltauflagen etc. - abschaffen, um ihren Profit zu erhöhen. Das geschieht zum Teil heute schon - vor allem in den USA. Solche Maßnahmen bewirken, daß der Staatsapparat in bestimmten Bereichen (ich denke da besonders an das Erziehungs- und Gesundheitswesen)

schrumpft, aber gleichzeitig im militärischen Bereich wächst. In der neo-konservativen Politik, wie sie auch von Reagan im Wahlkampf ganz entschieden vertreten wurde, liegt also ein realer Kern. Denn sie realisiert die Interessen (zumindest eines großen Teiles) des Kapitals, indem sie 'weniger Staat' macht, indem sie die Lage der Werktätigen, aber auch der Verbraucher verschlechtert oder indem sie Schutzvorschriften aufhebt, so daß z.B. medizinische und pharmazeutische Präparate ohne vorherige Prüfung auf den Markt kommen usw. Dieser reale Kern hat aber überhaupt nichts mit der faktischen Größe des Staatsapparates zu tun - denn hier werden ja nur Schranken für das Kapital und die Profitproduktion beseitigt. Der Staatsapparat wächst faktisch und zwar aus Gründen, die ich bereits genannt habe. Das kann natürlich nicht als eine rein 'parasitäre Verselbständigung' betrachtet werden, denn hier handelt es sich ja zum Teil - wie bei Unterdrückungsfunktionen nach innen und Aggressionsfunktionen nach außen - um notwendige Funktionen für die Existenz des kapitalistischen Staates. Diese sind nur insofern parasitär, als die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst parasitär geworden ist. Vom Standpunkt der herrschenden Klasse sind diese Funktionen nicht parasitär - und das ist der im Kapitalismus maßgebliche, herrschende Standpunkt. Das 'Parkinsonsches Gesetz', nach dem jede Bürokratie sich ausdehnt, nachdem sie einmal etabliert wurde, sollten wir wohl nicht für die Analyse dieser Probleme heranziehen!

G.M.

Auf dem Gebiet der bürgerlichen Nationalökonomie und der Wirtschaftspolitik kann man diesen neokonservativen 'Umschlag' ja im Sieg des Monetarismus über den Keynesianismus beobachten. Bei den Gutachten der westdeutschen Forschungsinstitute zur Konjunkturentwicklung und zur Wirtschaftspolitik wird das ganz deutlich, denn die meisten plädieren für einen drastischen Sozialabbau, sie nennen es oft: 'Abbau bürokratischer Hemmnisse.' Siehst Du eine Chance dafür, daß es einen erneuten Umschlag zugunsten einer keynesianistischen Orientierung - damit auch zugunsten einer eher reformistisch-sozialdemokratischen Politikvariante - geben könnte?

J.K.

Ich glaube durchaus, daß eine erneute Wende zum Keynesianismus möglich ist, daß auch wieder Gegentendenzen zur Wirkung kommen können. Man hat es in Frankreich unter Giscard d'Estaing gesehen, wo die Monetaristen einen nicht unbeträchtlichen Einfluß hatten, während das Programm von Mitterrand eher auf keynesianischen Elementen aufbaute. Jetzt haben die Monetaristen auch unter Mitterrand wieder einen ganz großen Einfluß. Aber

es würde mich gar nicht wundern, wenn man wieder einmal mehr zum Keynesianismus neigen würde, bis dann eben die Inflation wieder außer Rand und Band gerät.

D.K.

Ich weiß nicht, wie weit Du die nationalökonomische Diskussion in der Sozialistischen Partei Österreichs verfolgst. Dort versucht vor allem Egon Matzner, ein Konzept des Neoreformismus zu entwickeln, das Elemente des Keynesianismus beibehält, aber doch erheblich darüber hinaus geht, indem er in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den sogenannten 'autonomen Sektor' mit einbezieht. Er arbeitet deutlich die Grenzen des Marktes, aber auch der Staatsintervention heraus. So gelangt er zu einer Synthese von privatwirtschaftlichem, staatlichem und autonomem Sektor.¹⁵

J.K.

Ich glaube, daß es immer wieder Versuche geben wird, solche extrem entgegengesetzten Systeme miteinander zu verbinden. Auch die Idee des Sozialstaates ist ja ein Versuch, den Kapitalismus mit dem Sozialismus zum 'dritten Weg' zu verbinden. Aber 'dritte Wege' müssen immer scheitern, weil sich meistens der reaktionäre Teil des 'dritten Weges' durchsetzt.

F.D.

Ich muß Dir widersprechen. Deine Bewertung der Rolle des Staates in bezug auf die Wirtschaftsregulierung kann ich nicht akzeptieren. Ich stimme Dir zu, wenn Du sagst, daß die staatlichen Interventionen nicht in der Lage sind, die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation, d.h. auch den Krisenprozeß, außer Kraft zu setzen oder nur zu neutralisieren. Mir scheint freilich - und das habe ich auch bei vielen Ökonomen aus der DDR so gelesen -

J.K.

Leider!

F.D.

Ich weiß, das ist ein alter Streitpunkt! Gleichwohl - mir scheint, daß die staatliche Regulierungstätigkeit für den heutigen Kapitalismus höher zu bewerten ist. Nur einige knappe Überlegungen dazu. Heute sind in der BRD ca. 25% aller abhängig Beschäftigten im Bereich des Staates tätig. Nehmen wir diejenigen hinzu, deren Existenz von den 'Sozialeinkommen' abhängt (Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger u.a.), so erhöht sich dieser

Anteil auf fast 40%. Wenn wir jetzt noch dazurechnen, wieviele Einkommen durch die staatliche Nachfrage und durch öffentliche Investitionen (z.B. im Straßenbau oder in der Flugzeugindustrie) entstehen, gelangen wir zu dem Ergebnis, daß wahrscheinlich knapp die Hälfte der Arbeitsplätze und der Einkommen durch staatliche 'Umverteilung' gesichert wird. Das ist aber nur ein Bereich. Denken wir weiter an die ganzen 'Vorleistungen', die der Staat für die private Kapitalverwertung 'produziert' (Infrastruktur, Bildungssystem, Wissenschaftsförderung, Produktivkraftentwicklung usw.). Dieter Kramer hat vorhin mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß z.B. die profitbringende Anwendung der 'neuen Medien' umfassende staatliche Vorleistungen (z.B. Verkabelung) erfordert. Das würde uns nun bei einer ausführlicheren Diskussion auf das Problem der Kapitalverwertung bringen, die auch in erheblichem Umfang durch den Staat organisiert werden muß. Aus all diesen Erwägungen, die ich hier nur andeuten kann, bin ich der Überzeugung, daß der Staat im gegenwärtigen Kapitalismus eine weitaus höhere Bedeutung für die Regulierung des Wirtschaftsprozesses hat, als Du sie annimmst.

J.K.

Ich gebe Dir sofort zu, daß der Staat eine ganz prächtige Milchkuh für diesen oder jenen Teil der Bourgeoisie ist. Das erscheint mir überhaupt keine Frage. Nehmt nur das Beispiel der gegenwärtigen Rüstungspolitik oder auch die Subventionen bestimmter Industriezweige. Auch ist es klar, daß der Staat eine große Wirtschaftsmacht darstellt. Aber das ist etwas ganz anderes als die Rolle des Staates als - sagen wir - Strategie und Regulator der Wirtschaftsbewegung. Noch in den 50er und 60er Jahren waren doch alle Ökonomen begeistert über ihre 'neuen Einsichten': Es ging wirtschaftlich aufwärts, und sie schwebten auf dieser Welle mit, wobei sie sich einbildeten, der Staat, beraten von ihnen, habe diese Aufwärtsbewegung der Welle hervorgerufen. Davon kann aber gar keine Rede sein. Ebensowenig kann der Staat eine Abwärtsbewegung aufheben. Er kann gewisse Korrekturen in der Abwärts- und Aufwärtsbewegung der Konjunktur vornehmen, aber er kann keine Wirtschaftspolitik betreiben, die letztlich über Aufwärts- und Abwärtsbewegungen bestimmt. Daß er zahlreiche Maßnahmen im Interesse bestimmter Kreise der Wirtschaft ergreift oder daß er das Gesamtkapital im Angriff auf die Arbeiterklasse unterstützen kann (z.B. durch Sozialabbau usw.), darüber besteht gar kein Zweifel. Da stimme ich völlig mit Dir überein. Das heißt: die Rolle des Staates als Milchkuh oder als Gendarm entweder im Interesse der gesamten herrschenden Klasse oder im Interesse von Teilen der herrschenden Klasse ist nach meiner Ansicht evident. Aber in der

Ausrichtung, in der strategischen Bestimmung des Wirtschaftsverlaufs, da hat der Staat keine Macht, keine Regulierungskraft. Er kann Hilfestellung geben in dieser oder in jener Richtung, aber er kann nicht regulieren. Das ist meine Auffassung.

F.D.

Ich halte die Bilder von der Milchkuh und vom Gendarm für zu einfach. Im Bild von der Milchkuh z.B. wird die Abhängigkeit des Staates von den privatkapitalistischen Interessen (oder von Kapitalfraktionen) zu stark betont. Gewiß, Subventionen oder Maßnahmen der Investitionsförderung sprechen dafür. Aber entscheidend für den kapitalistischen Staat scheint mir nun doch seine relative Selbständigkeit, die notwendig ist, um das Gesamtsystem zu sichern. Das heißt, der Staat muß auch im ökonomischen und sozialen Bereich immer wieder Maßnahmen treffen, die den Interessen von Einzelkapitalen widersprechen.

J.K.

Richtig! Sie widersprechen den Interessen von bestimmten Teilen des Kapitals, weil nämlich die Interessen der übrigen Gruppen stark genug sind, um ein zu starkes Melken des Staates durch spezielle Gruppen zu verhindern. Der Staat muß oft im Gesamtinteresse des Kapitals handeln und erwägen, inwiefern es angebracht ist, Spezialinteressen innerhalb der Klasse der Kapitalisten entgegenzukommen oder nicht. Aber dabei handelt es sich nicht um eine Regulierungskapazität des Staates, sondern um die - formulieren wir es einmal so - differenzierten Melkfähigkeiten und Melkmöglichkeiten einzelner Teile des Monopolkapitals.

F.D.

Ich möchte unseren Meinungsstreit in dieser Frage fortsetzen. Aufgrund der Regulierungsfunktionen, die der Staat im heutigen Kapitalismus auch für die sozialen Beziehungen und die Reproduktion der Arbeitskraft gewonnen hat (natürlich sind sie ihm auch durch Klassenkämpfe und das Kräfteverhältnis der Klassen aufgezwungen), wird doch heute in der Arbeiterbewegung die 'Staatsfrage' mit neuen Akzentuierungen diskutiert. Wenn es richtig wäre, daß der Staat auch im entwickelten Kapitalismus der Gegenwart seinem Wesen nach Gendarm und Milchkuh ist, dann hätte sich an den strategischen Konstellationen, wie sie z.B. Lenin während des ersten Weltkrieges reflektiert hat, in der Tat kaum etwas verändert. Es gäbe überhaupt keinen Grund, die klassischen Vorstellungen über die Errichtung der 'Diktatur des Proletariats' und die Zerschlagung des alten Staatapparates zu proble-

omatisieren. Wenn wir aber die Entwicklung der strategischen Debatten in den Kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern während der vergangenen drei Jahrzehnte betrachten, so stellen wir fest (natürlich gibt es da erhebliche Differenzierungen), daß die Frage nach den demokratischen Übergangsformen zwischen Kapitalismus und Sozialismus vielfach neu gestellt und diskutiert worden ist. Das hängt nach meiner Überzeugung auch mit der gewandelten Rolle des Staates zusammen. Er sichert eben nicht nur die Reproduktion des Kapitals, sondern hat auch zahlreiche soziale Funktionen übernommen. Natürlich sind sie ihm aufgezungen, und wir wissen, daß sie heute unter Krisenbedingungen verteidigt werden müssen. In der Perspektive des Übergangs zum Sozialismus in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern sind das aber Funktionen, die wir nicht zerstören werden, sondern die wir weiterentwickeln und demokratisieren. Damit wird auch der Staatstätigkeit ein anderer Inhalt gegeben.

J.K.

Das ist natürlich der Grundgedanke des Gradualismus der Sozialdemokratie der Weimarer Zeit und der 'sozialen Partnerschaft'. Gradualismus wird heute auch von manchen Kommunistischen Parteien vertreten. Doch bisher hat er, soweit er probiert wurde, etwa durch Beteiligung von Kommunisten an bürgerlichen Regierungen, niemals zum Erfolg geführt. Natürlich kann man sich eine länger dauernde revolutionäre Bewegung vorstellen, die mit der Beteiligung von Kommunisten an bürgerlichen Regierungen beginnt und mit der Verdrängung des bürgerlichen Elements an der Spitze der Regierung endet. Aber eine solche Entwicklung hat es im imperialistischen Staat noch nicht gegeben, und sie würde meiner Ansicht nach auch den Lehren der Klassiker widersprechen.

G.F.

Ich glaube, Frank rebelliert vor allem gegen das sehr einfache Bild von der Milchkuh und dem Gendarm. Könnte es nicht sein, daß Du Dich sehr stark vom gegenwärtigen Beispiel der USA, auch von England faszinieren läßt? Denn hier erleben wir ja in zwei sehr dramatischen Fällen den Versuch, den Sozialstaat drastisch zu beschränken, den Versuch einer - wie es genannt wurde - 'neokonservativen Konterrevolution'. England ist vielleicht deshalb ein lehrreiches Beispiel, weil hier der relative Erfolg des 'Thatcherismus' mit einer Schwächung der Labour-Party verbunden ist. Das sind zwei Dinge, die zusammengehören. Was die USA angeht, so hat der Ökonom J.K. Galbraith gerade in einem Interview gesagt, man solle doch nicht glauben, daß das, was Reagan derzeit unter Anleitung von Milton Friedman betreibt,

tatsächlich die vollständige Abkehr vom Sozialstaat bedeute. Das sei auch in den USA überhaupt nicht zu realisieren.

Marx hat - wenn ich es recht sehe - die Bilder Milchkuh und Gendarm nicht verwendet. Seine Analyse des Bonapartismus z.B. würde sich wohl auch schwer in diesen Bildern fassen lassen. Er sagt dort, daß der Staat im Interesse der französischen Gesamtbourgeoisie agiert, aber: er hat ein eigenes Gewicht. Die alte überkommene Exekutive entfaltet in gewisser Weise eine Eigentätigkeit. Könnte es nicht sein, daß in der Entwicklung des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Monopolkapital Veränderungen eingetreten sind, die uns dazu zwingen, die Instrumentalisierung des Staates durch das Kapital differenzierter zu beschreiben? In Schweden z.B. gab es 1976 einen Regierungswechsel, wobei sich am 'Modell' des schwedischen Sozialstaates und der Staatseingriffe unter der neuen bürgerlichen Regierung kaum etwas verändert hat. Inzwischen ist die sozialdemokratische Administration zurückgekehrt. Vergleichen wir die Bundesrepublik mit der Weimarer Republik, dann haben wir doch trotz aller Anstrengungen zum Sozialabbau noch längst nicht den Punkt erreicht, der z.B. 1924/25 mit dem radikalen Beamtenabbau (wo man von den Kommunen bis zum Zentralstaat einfach ganze Teile des Staatsapparates ausgeschaltet hat) vollzogen wurde. Oder: wir sind heute noch weit entfernt von jenem 'Abbau des Staatsapparates', wie er z.B. unter Brüning (1930 - 1932) betrieben wurde. Die bürgerliche Presse scheint an solche Vorbilder zu denken, wenn sie heute gelegentlich fragt: wo bleibt eigentlich die Wende? Denn: die Politik der konservativen Wende-Regierung in der BRD geht diesen konservativen Journalisten noch längst nicht weit genug. Für sie haben wir immer noch viel zu viel Interventions- und Sozialstaat, zu wenig Markt, zu wenig Ordnungsstaat.

Diese historischen Beispiele scheinen mir nun doch eine Modifikation der Staatstätigkeit anzudeuten. Diese hat - so meine ich - auch etwas damit zu tun, welche Rolle die Sozialdemokratie im jeweiligen nationalen politischen System wahrzunehmen vermag. In den USA, das wissen wir, spielt der Sozialdemokratismus westeuropäischer Prägung auch historisch keine Rolle. In England ist die Sozialdemokratie erheblich geschwächt. Schweden und die BRD sind aber, so scheint mir, noch Länder mit einer intakten Sozialdemokratie. Den Begriff 'intakt' verstehe ich so, daß die Sozialdemokratie und große Teile der Gewerkschaften immer noch Einfluß auf die soziale und ökonomische Staatstätigkeit ausüben, daß sie - zumindest derzeit noch - Schranken für das Umschwenken der Konservativen auf ein noch radikaleres Modell der 'Wende' setzen.

Frank Deppe hat vorhin den Absolutismus erwähnt. Dazu gehört ja auch, daß der Feudalismus seine Sterbeperiode dadurch verlängert hat, daß er

Teile der aufstrebenden Klasse, des Bürgertums, auf der Ebene des Staates integriert hat. Könnte es nicht sein, daß in unserer Epoche der Kapitalismus seine Lebensdauer dadurch verlängert, daß er relevante Teile der Sozialdemokratie integriert und das heißt auch: Sozialpolitik, soziale Schutzgesetze, Formen von Mitbestimmung u.a. realisiert? Damit kämen wir auch zur Eingangsfrage dieses Abschnittes zurück: wenn wir die beiden Faktoren Sozialstaatsapparat und Sozialdemokratie berücksichtigen, sind wir dann überhaupt berechtigt, vom Kapitalismus als einer untergehenden Gesellschaftsformation zu sprechen?

J.K.

Zunächst möchte ich folgendes sagen: wenn Marx vom Bonapartismus spricht, so spricht er nicht von der Selbständigkeit des Staates. Er spricht vielmehr von einem gewissen Gleichgewicht der Klassenkräfte, die der Herrscher zur Festigung seiner 'Hausmacht' ausnutzt. Die Macht der herrschenden Klasse reicht in Frankreich zeitweilig nicht mehr aus, um sich erfolgreich mit der Opposition, deren Kern die Arbeiterklasse bildet, auseinanderzusetzen. Ein ähnliches Problem haben wir beim Absolutismus, worauf vor allem Friedrich Engels aufmerksam gemacht hat: auf der einen Seite die Adeligen und auf der anderen Seite das oppositionelle Bürgertum. Und auf diese Gegensätze stützt sich die relative Verselbständigung des 'Staatsapparates' im Sinne von 'L'Etat c'est moi' des Herrschers.

Ein ganz anderes Problem aber ist die Verselbständigung des Staates im Sinne der Verselbständigung der Staatsbürokratie gegenüber den führenden Politikern. Jeder englische Minister beschwert sich z.B. darüber, welche Schwierigkeiten er hat, spezielle Maßnahmen gegen die Staatsbürokratie durchzusetzen. Diese Probleme gibt es gelegentlich sogar auch in den Ländern: die Partei- und Staatsführung kann ihre sozialistischen Beschlüsse nicht so leicht mittels des Apparates von Partei und Staat durchsetzen, wie sie es wünscht. Die führenden Politiker fühlen bei solchen Gelegenheiten die Trägheit, aber auch die Stärke eines Apparates. Am deutlichsten wird das noch in den Memoiren englischer Politiker angesprochen, natürlich vor allem von Labour-Leuten, die mit konservativen Apparaten besonders große Schwierigkeiten hatten. Du hast die Frage gestellt, ob die Sozialdemokratie mit Hilfe des Staates gewisse Maßnahmen 'gegen die Bourgeoisie', richtiger, gegen die Parteien der Bourgeoisie durchsetzen kann. Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Selbstverständlich kann sie das! Aber nur, solange sie auf dem Boden der herrschenden Klasse, auf dem Boden des Kapitalismus steht - und auf diesem Boden steht sie sowohl in der BRD als auch in Schweden. Natürlich handelt es sich dabei nicht um Maßnahmen,

Maximalprofite für die herrschende Klasse herauszuschinden, sondern um Maßnahmen zugunsten der Werktätigen, Hilfsmaßnahmen für deren Leben, denn ihre Existenz und Wirksamkeit beruht auf dem Vertrauen der Masse der Werktätigen in ihre Führung. Das wird Dir sehr klar z.B. bei einer Untersuchung der Linie vieler amerikanischer Gewerkschaften. Deren Führer müssen von Zeit zu Zeit einen Streik auslösen, auch damit die Werktätigen genügend Vertrauen in die Führung der Gewerkschaften haben. Aber das ändert doch an der Grundlage ihrer Gewerkschaftspolitik, der Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse, überhaupt nichts. Ich selbst habe das im Hauptquartier der amerikanischen Gewerkschaften in den 20er Jahren miterlebt. Der 'business unionism', wie man ihn auch nannte, vertrat die Auffassung, jeder sollte seinen 'gerechten Anteil am Kuchen der Gesellschaft' haben, die Unternehmer ihren Teil und die Arbeiter ihren Teil. Und darüber muß verhandelt werden. Das waren die 'Business-Verhandlungen'. Da mußte auch mal das Kampfmittel des Streiks eingesetzt werden. Ich erinnere mich auch gut daran, daß damals der Präsident der Eisenbahnergewerkschaft sein außerordentlich hohes Gehalt damit begründete, daß er ja schließlich mit dem Präsidenten der Eisenbahngesellschaft 'geschäftlich' zu verhandeln hätte und daß er als 'business-man' finanziell mindestens so gut gestellt sein müßte wie die Eisenbahnmagnaten.

Das hat auch etwas zu tun mit der heutigen Frage des kapitalistischen Sozialstaates. Lenin würde sagen: nicht wenige Arbeiter erhalten heute einen Brocken -ja, einen bisweilen reichlichen Brocken - vom Nationalprodukt. Aber das ändert nichts an der Ausbeutung und nichts an der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Du erinnerst Dich, wir haben eingangs von der Rolle der SPD in bezug auf die amerikanischen Mittelstreckenraketen gesprochen. Als sie an der Regierung war, war sie dafür, jetzt in der Opposition ist sie dagegen. Denkt doch auch an die völlige Wandlung der Labour-Party in England, die z.T. echte Forderungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse - z.B. nach einseitigem Abbau der Nuklearrüstung - stellt, jetzt wo sie in der Opposition ist. Ich bestreite auch nicht, daß eine sozialdemokratische Partei erstens nicht wenige ihrer Mitglieder zeitweise im Staatsapparat unterbringen kann. Und daß zweitens die Sozialdemokratie an der Regierung weniger schädlich für die Werktätigen ist. Das hat aber überhaupt nichts mit der Funktion des Staatsapparates oder mit dem Staatsapparat als Milchkuh und Gendarm zu tun. Es wird dann etwas weniger Milch an die herrschende Klasse gegeben. Und den Werktätigen fließen, wie Lenin sagen würde, ein paar mehr Tropfen zu. Aber das ist eine Frage der Taktik und keine Frage der Strategie! Oder bist Du anderer Auffassung, Georg?

G.M.

Seine Frage war doch, ob - ähnlich wie unter dem Absolutismus - über den Staat 'frisches Blut' absorbiert wird, um das Überleben des 'Ancien Regime' zu verlängern, und ob heute ähnliche Mechanismen, die sich über die Rolle der Sozialdemokratie vermitteln, von Bedeutung sind.

J.K.

Ja, entschuldigt. Darauf bin ich noch nicht eingegangen.

G.F.

Die Sozialdemokratie ist bei uns mit dem Regierungswechsel von 1982 nicht aus dem Staatsapparat verdrängt. Während auf der zentralstaatlichen Ebene sich der liberalkonservative Block der 'Wende' stabilisiert, haben wir auf der Ebene der Länder und Kommunen teilweise einen Prozeß der Konsolidierung, auch der Erholung der Sozialdemokratie, die ja gerade dort in den 70er Jahren ihre schwersten Einbrüche erlebt hat. Die - sagen wir - 'Innenausstattung der Macht' (das ist eine Redewendung von Peter Glotz) bedarf also nach wie vor der SPD. Das ist nun doch auch ein wesentlicher Unterschied zur völligen Ausschaltung auch der reformistischen Arbeiterbewegung im Jahre 1933 in Deutschland. Da liegt - wie mir scheint - der 'qualitative Sprung': erst wenn die sozialdemokratische Komponente der Macht vollständig ausscheidet, wird der Staat in 'reiner Form' Gendarm und 'Bourgeoisieapparat'. Bei unseren Liberalen fungiert der Kampf gegen die Sozialdemokratie ja als Kampf gegen die Bürokratie. Das heißt: die Sozialdemokratie ist noch präsent, und ihre Präsenz modifiziert offensichtlich auch das Funktionieren der Herrschafts- und Machtausübung.

J.K.

Zunächst ist klar, daß der Absolutismus aufkam durch eine 'Zähmung' des Adels mit Hilfe des Bürgertums. Aber sobald der Adel so gezähmt war, wurde das Bürgertum beiseite geschoben. Was nun den Bonapartismus betrifft: er wurde bald nach dem Sieg von Napoleon III. schwächer und hörte mit seinem Sturz auf. Dann wurde eine reine Bourgeoisieherrschaft im klassischen Sinn etabliert.

F.D.

Nach dem Zwischenspiel der Pariser Kommune.

J.K.

Richtig, nach dem Zwischenspiel der Kommune. Nun aber zu Deiner Frage

nach der Verlängerung der Herrschaft des Kapitalismus durch die Einbeziehung der Sozialdemokratie in den Staat. Gewiß beschleunigt die reine, ungehemmte Herrschaft des reaktionärsten Teils der Bourgeoisie den Untergang des Kapitalismus. Aber es erscheint mir doch zweifelhaft, ob man sagen kann, daß die Führung der Regierung durch die Sozialdemokratie diesen Untergang verlangsamt. Der Unterschied liegt auf einer anderen Ebene: die Sozialdemokratie kann nichts gegen die Untergangskräfte tun, während die reaktionärsten Teile der Bourgeoisie den Untergang beschleunigen. Aber die Sozialdemokratie kann ihn nicht aufhalten. Was hältst Du von dieser These?

G.F.

Es bleibt das Phänomen der Integration großer Teile der Arbeiterklasse als Voraussetzung für das Funktionieren des heutigen Kapitalismus. Hier liegt auch ein wichtiger Unterschied zur Weimarer Republik. Damals stand ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse - wenn auch eine Minderheit - zur Kommunistischen Partei. Und die sozialdemokratische Partei war noch nicht in dem Maße staatstragende Partei, wie sie es heute ist. Daher auch die größere Labilität des Kapitalismus in dieser Periode. Heute ist der Kapitalismus zumindest innenpolitisch stabiler, weil von Anfang an die Sozialdemokratie ein herrschaftstragendes Element gewesen ist. Es geht ja nicht nur um die Frage, ob sie den Bundeskanzler stellt oder nicht. Niemals in der Geschichte der BRD gab es die reine Macht des 'Bürgerblocks'. Auch zu Adenauers Zeiten gab es in den Ländern und Kommunen eine weitaus stärkere Präsenz der SPD als in der Weimarer Republik. Auf die damalige Ausnahme Preußen will ich hinweisen, aber nicht näher eingehen. Aber der Durchbruch der Sozialdemokratie in den Verwaltungsapparaten, den großen Städten mit ihren sozialdemokratischen Oberbürgermeistern erfolgt erst nach 1945. In der Weimarer Republik waren sie die Ausnahme, z. B. Herrmann Beims und Ernst Reuter in Magdeburg, Max Brauer in Altona. Die Gemeinden sind aber ein wichtiger Teil der - sagen wir - 'sozialpolitischen Auspolsterung' des kapitalistischen Systems. Und weil die Sozialdemokratie über die Kommunen nach 1945 eine bedeutende Rolle spielt, ist - so scheint mir - die innenpolitische Stabilität des Kapitalismus weitaus stärker als z. B. in der Weimarer Republik.

J.K.

Darf ich darauf direkt antworten? Zweifellos ist die Verankerung der Sozialdemokratie unterhalb der obersten Regierungsebene heute größer als in der Weimarer Republik. Aber erstens bezweifle ich, daß diese sozial-

demokratischen Oberbürgermeister eine antikapitalistische Politik betreiben. Und zweitens kannst Du doch gerade in der Gegenwart am Beispiel Bremen die ganze Hilflosigkeit ihrer Politik beobachten. Dort stellt die SPD seit vielen Jahren den Landeschef - sie hat gerade wieder einen Wahlsieg errungen -, und doch ist sie völlig hilflos gegenüber den ökonomischen Verhältnissen. An diesem Beispiel kannst Du auch die Herrschaft der Bundesregierung über die Länder und Gemeinden verfolgen; denn ich bin davon überzeugt, daß die Bundesregierung Hamburg oder Bremen ganz anders unterstützt hätte, wenn es dort eine CDU-Mehrheit gegeben hätte; nicht zur Erhaltung der Arbeitsplätze, sondern zur Erhaltung der Werften.

F.D.

Ich habe den Eindruck, daß sich aus Deiner theoretischen Position in diesen Fragen fast zwangsläufig eine politisch 'ultralinke' Position ergibt. Ich will beim Bremer Beispiel bleiben. Bei den progressiven Kräften in der BRD, aber auch in den anderen hochentwickelten kapitalistischen Staaten gibt es gegenwärtig unterschiedliche Auffassungen in bezug auf die Frage des Staates, konkreter: in bezug auf die Frage nach der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Bei den 'Grün-Alternativen' überwiegt die Position 'Ausstieg aus dem Industriesystem' und auch 'Ausstieg aus dem Staat' - und das heißt: Rückzug in dezentrale, selbstverwaltete Einheiten (z.B. Genossenschaften), Lösung von sozialen Problemen nicht über den Staat, sondern durch verschiedene Formen der Selbsthilfe, die nicht dem Zugriff des Staates und seiner bürokratisierten Apparate unterliegen. Das ist eine Variante. Sie wird vor allem von Kräften getragen, die der Arbeiterbewegung fernstehen oder ihren 'Abschied vom Proletariat' genommen haben und auf ein 'Ende der Arbeitsgesellschaft' spekulieren. Auf der anderen Seite kämpfen die progressiven Kräfte in der Arbeiterbewegung, die von zahlreichen gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern (z.B. der sogenannten 'Memorandum-Gruppe') unterstützt werden, für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (auch der Wertindustrie) unter demokratischer Kontrolle, für eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik, für die Verkürzung der Lebens- und vor allem der Wochenarbeitszeit (Kampf um die 35-Stunden-Woche), also für eine Veränderung der Prioritäten der staatlichen Wirtschaftspolitik. Das schließt in erster Linie die Kürzung der Rüstungsausgaben ein, um den Sozialhaushalt zu sichern, die Bildungs- und Wissenschaftsinvestitionen auszuweiten, Projekte alternativer Produktion, ökologisch verträgliche Energien etc. zu fördern. Diese Forderungen richten sich auch an den Staat, der natürlich - das wird ein Marxist niemals übersehen - nach wie vor bürgerlicher Staat ist, und insofern muß man sich in der Tat vor sozialdemokrati-

schen Illusionen hüten. Aber es handelt sich um Kampfpositionen der Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Kräfte gegenüber der herrschenden Politik, die mit dem Rüstungswettlauf die Gefahr eines Krieges heraufbeschwört, die die Arbeitslosigkeit verschärft, Rechte der Werktätigen liquidiert und einen massiven Abbau der sozialpolitischen Sicherungen betreibt. Solche Kampfpositionen auszuweiten, die - auf die konkrete Situation bezogen - mögliche Alternativen im Interesse der Werktätigen aufzeigen und Strategien zu ihrer Verwirklichung angeben: das ist gegenwärtig der Hauptinhalt unserer Politik in der BRD.

Wenn man aber in diesem Zusammenhang nicht über die Kennzeichnung des Staates als Milchkuh und Gendarm hinausgeht, wenn man nur feststellt, daß die Sozialdemokratie eben keine antikapitalistische Politik betreibt, gelangt man dann nicht zwangsläufig zu einer ultralinken Position? Denn alle Zwischenschritte und -positionen müssen dann ja als Formen eines reformistischen Gradualismus erscheinen. Übrig bleibt dann nur noch die abstrakte - und politisch völlig wirkungslose - These, daß man die sozialdemokratischen Illusionen und den kapitalistischen Staat überwinden müsse. Ergibt sich aus Deiner Haltung nicht letztlich die These, daß jeder Versuch, auch mit sozialdemokratischer Beteiligung eine aktive Beschäftigungspolitik zu realisieren, die Wochenarbeitszeit zu verkürzen, die Arbeitslosigkeit herunterzudrücken, die Rüstungspolitik zugunsten der Bildungspolitik zu reduzieren, als illusionär kritisiert werden muß?

J.K.

Nein, keineswegs! Wir müssen doch unterscheiden zwischen dem, was unser Endziel ist, und dem, was auf dem Weg zu unserem Endziel -in oft mühsamen, kleinen Schritten - jeweils zu erreichen möglich ist. Sonst wäre es doch für uns völlig unsinnig, sich z.B. auf der Ebene des kommunalen Parlamentarismus um Mandate zu bemühen. Darum schiene es mir auch grundfalsch, zu sagen, daß es ganz gleich sei, ob ein Konservativer oder ein Sozialdemokrat Bürgermeister oder Regierungschef ist. Das hat aber doch nichts mit unserer grundlegenden Einstellung zum kapitalistischen Staat und unserer Auffassung vom Staat zu tun. Dabei müssen wir auch sehen, daß die Bourgeoisie immer schlau genug gewesen ist, sich in schwierigen Zeiten flexibel zu verhalten, also z.B. statt zur offenen Gewalt zu greifen, ein paar Tropfen von der Milchkuh abzugeben oder die staatsreue Sozialdemokratie an die Regierung zu lassen. Daß dann zeitweise größere Teile der Arbeiterklasse über die Rolle des Staates Illusionen haben, bedeutet doch aber nicht, wie Georg sagt, daß wir es mit dem 'Phänomen der Integration großer Teile der Arbeiterklasse als Voraussetzung für das Funktionieren des heutigen

Kapitalismus' zu tun haben.

Eine solche Auffassung von mir kann doch auch nicht zwangsläufig, wie Frank meint, zu einer 'ultralinken Position' führen. Bin ich doch glücklich über die von Sozialdemokraten erzwungene bzw. durchgeführte Haltung etwa der Regierungen in Dänemark und Griechenland zur NATO und deren offensiver Rüstungspolitik. Stets und überall müssen wir mit Sozialdemokraten zusammengehen, wenn sie auf sozialem oder friedenspolitischem Gebiet auch nur einen kleinen Fortschritt zu bringen wünschen. Ja, ich sage sogar auch, daß sie den Untergang des kapitalistischen Staates aufhalten, wenn sie sich im allgemeinen Friedenskampf in der Frage der Abschaffung der Nuklearwaffen durchsetzen.

Aber das hat nichts mit der allgemeinen Frage der 'Integration großer Teile der Arbeiterklasse' als gegenwärtiger Stütze des kapitalistischen Staates zu tun. Immer ist es dem Kapitalismus gelungen, zeitweise große Teile der Arbeiterklasse durch Manipulationen für seine Ziele zu gewinnen - so etwa 1914, 1936 bis 1943 in Deutschland. Aber zeitweise Täuschung durch Manipulation der Arbeiterklasse ist im Imperialismus kein Phänomen der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, ebensowenig wie sie eine echte Stabilisierung des imperialistischen Staates bringt. Auf der anderen Seite bedeuten Erkenntnis der beschränkten Rolle der gegenwärtigen sozialdemokratischen Parteien für den Fortschritt und Illusionslosigkeit über ihre Stellung zum kapitalistischen Staat keine 'ultralinke' Ideologie.

5. Zur politischen Funktion des Alltagsbegriffs

G.M.

Wir möchten nun zur Diskussion des Alltagsbegriffs übergehen. Deine fünf Bände zur 'Geschichte des Alltags des deutschen Volkes' sind für uns in der Bundesrepublik sehr wichtig. Einmal sind die traditionellen Historiker auf Probleme des Alltags ja nur selten eingegangen und haben sich um die Sorgen des von ihnen so genannten einfachen Volkes wenig gekümmert, obwohl sie von diesem einfachen Volk ernährt worden sind. Zweitens sind diese Bücher nicht nur wissenschaftliche Werke, die in Fachbibliotheken lagern, sondern es sind auch Volks- und Lesebücher, die von Schichten gelesen werden können, die sich sonst für historische Themen kaum interessieren. Zuerst wird ein Autor immer gefragt, warum er denn seine Bücher überhaupt geschrieben hat.

J.K.

Das ist vor allem auch durch die Verhältnisse in unserer Republik bedingt gewesen. Ich predige seit mehr als zehn Jahren, daß wir uns mit dem Alltag beschäftigen müssen. In der kapitalistischen Welt sind sowohl von liberalen bürgerlichen als auch von sozialdemokratischen Historikern teilweise ganz prächtige Arbeiten über den Alltag erschienen, und wir hinkten hinterher. Und wenn man immerfort vergeblich predigt, dann ist man natürlich gezwungen, endlich mit eigenem Beispiel voranzugehen, zumal es doch selbstverständlich sein sollte, daß in einem sozialistischen Land die Beschäftigung, auch die historische, mit dem Alltag eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gesellschaftswissenschaftler und insbesondere für die Historiker ist. Ihr wißt, daß in der Sowjetunion in den zwanziger Jahren hochinteressante Untersuchungen über Lebenslage und Alltag sowohl der Industriearbeiter und Angestellten als auch der Bauern erschienen sind. Es wurden umfangreiche statistische Analysen veröffentlicht.¹⁶ Auch kleine Lokalzeitungen haben ausführlich über das tägliche Leben berichtet. Diese reichen Traditionen, die später - besonders seit Mitte der dreißiger Jahre - teilweise verloren gingen, müssen endlich aufgegriffen und weitergeführt werden. Bei uns begann die Belebung mit einer allgemeinen Diskussion um Probleme der Lebensweise. Es gab aber nur wenige konkrete Darstellungen, und darum habe ich diese Geschichte des Alltags begonnen. Eine Geschichte des Alltags eines ganzen Volkes lag noch nirgendwo vor - wohl aber sind etwa in den USA und England, in Frankreich und der Bundesrepublik überaus materialreiche Einzeluntersuchungen zur Geschichte einzelner Dörfer oder einzelner Betriebe, zu wichtigen Spezialaspekten (Wohnungsverhältnisse,

Ernährung, Kleidung u.a.) sowohl in der Feudalzeit als auch im Kapitalismus publiziert worden.

D.K.

Aber es gibt bei Dir keine genauere Bestimmung von 'Alltag'. Du schreibst zu Beginn Deines Werkes, es müsse untersucht werden, wie sich in der Evolution des Alltags der Zündstoff für das Feuerwerk der Festtage, der Revolution, ansammelt. Das wäre eine mögliche Definition von Alltag - wenn man Alltag auf der einen Seite und Revolution als Festtag auf der anderen Seite als jeweils statische und dynamische Geschichtsphasen gegenüberstellt. Aber dem Begriff Alltag haftet etwas Überzeitliches an. Wenn man Alltag hört, meint man, das sei in allen Geschichtsepochen das Gleiche. Dabei müßten doch die Formationsspezifika, die Unterschiede des Alltags verschiedener Epochen herausgearbeitet werden.

J.K.

Dieser Satz über Alltag und Revolution ist ja nur eine der vielen Begründungen und Bestimmungen, die ich dem Alltag und seinem Studium gegeben habe. Ich wollte all die winzigen Bewegungen im alltäglichen Klassenkampf herausarbeiten. Für mich ist ein Musterbeispiel einer Definition des Alltags - ohne daß sie als Definition gemeint war - die Widmung von Friedrich Engels zu Beginn der 'Lage der arbeitenden Klasse in England' an die Arbeiter Englands, wo er sagt, ich habe eure Leiden, eure Freuden, eure Kämpfe erlebt, ich wollte wissen, wie ihr haust, wie ihr lebt, wie ihr gegen eure Unterdrücker kämpft. Die Beziehung auf den Klassenkampf ist also nur eine Seite des Alltags, sie ist nicht allein bedeutsam. Es gibt andere Faktoren des Alltags, die dann auch für den Sozialismus oder (wenn man hierüber Material hätte) für die Urgemeinschaft gelten, in der es keine Klassenkämpfe gegeben hat. Eine strikte Definition des Alltags erschien mir nicht notwendig. Erstens fühlte ich mich nicht in der Lage, Alltag so zu definieren, daß alle hiermit übereinstimmen; und zweitens wissen die meisten Menschen, was man unter Alltag versteht, obwohl dieser Begriff zahlreiche Schattierungen hat. Warum soll man definieren, was jeder versteht?

G.M.

Uns gefällt an Deiner Bestimmung des Alltags, daß sie zum Politischen hin offen ist. Wir sehen den Mangel vieler Alltagsforschungen bei uns in der Bundesrepublik darin, daß sie reduktionistisch vorgehen, nur die aller-einfachsten alltäglichen Verrichtungen fotografieren, so gut man das überhaupt aufgrund der Quellen kann, und die perspektivischen Ziele, die

Hoffnungen, die Zukunftsambitionen der Werktätigen nicht unter den Begriff Alltag subsumieren.

J.K.

Ja, und auch die Träume der Werktätigen gehören dazu, auch die religiösen Hoffnungen: alles das gehört zum Alltag.

G.F.

Gut. Dein Alltagsbegriff ist so weit formuliert, daß er zum Politischen hin offen ist. Mir scheint er allerdings so umfassend zu sein, daß er sich zum Unpolitischen hin öffnet.

J.K.

Natürlich.

G.F.

Das erklärt wohl auch ein bißchen die begeisterte Rezeption der fünf Bände in der Bundesrepublik, die sich ja gegenwärtig in einer Phase der Apolitie befindet. Über die Rezeption in der DDR bin ich nicht gut unterrichtet. Soweit ich sie zur Kenntnis nehmen konnte, scheint sie mir eher gequält zu sein. Ich beziehe da die Äußerungen in der 'Zeitschrift für Geschichtswissenschaft' durchaus mit ein.

In der neueren sozialgeschichtlichen Literatur in der Bundesrepublik ist der Begriff des Alltags enger, aber auch präziser als bei Dir. Die Präzision gewinnt man dort durch Ausgrenzung. Unter Alltag versteht man da: 'Fabrik - Familie - Feierabend' ¹⁷ - so lautet der programmatische Titel eines Sammelbandes bei uns. Partei, Gewerkschaft und Politik kommen da nicht vor. Bei uns in der Bundesrepublik liegt die Faszination des Alltagsbegriffs darin, daß man eine Chance wittert, Politik auszugrenzen. Ich sage das nicht, um zu verurteilen, sondern mit Trauer: viel Hoffnung, die man Anfang der siebziger Jahre ja noch hatte, wird da abgeschrieben oder ins Private, das zuweilen dann noch als politisch bezeichnet wird - ich glaube aber nicht daran -, projiziert. Mich beschäftigt sehr die Entwicklung eines Kollegen, der jetzt Professor in Oldenburg ist, Erhard Lucas.

Er hat innerhalb von acht Jahren drei umfangreiche Bände über den Kampf der Roten Ruhrarmee 1920 veröffentlicht. ¹⁸ Am Ende des dritten Bandes kommt er zu dem Ergebnis, daß in diesem Kampf letztlich die organisierten Formen der Arbeiterbewegung versagt haben. Ihr Versagen bestehe z.B. darin, daß sie nicht den Moment erkannt haben, in dem es notwendig gewesen wäre, sich zurückzuziehen. Was die Organisationen nicht schaffen, ver-

mag bei Erhard Lucas ein Individuum, eine Frau. Das markiert eine für ihn neue Fragestellung, als er am Ende des dritten Bandes darüber nachdenkt, warum nur eine Einzelperson noch zu einer Erkenntnis fähig ist, welche den Organisationen fremdbleibt.¹⁹ Während er an seinen drei Bänden 'Märzrevolution' arbeitete, brachte Erhard Lucas eine Art Modellbuch heraus: 'Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung'.²⁰ Hier beschreibt er zwei Arbeiterstädte der zwanziger Jahre, Hamborn und Remscheid, und zeigt deutliche Sympathien für die Form des politischen Verhaltens, die weniger organisiert ist, nämlich die Hamborner Arbeiterbewegung. Und nun, in diesem Jahr 1983, veröffentlicht Erhard Lucas das Buch 'Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung'²¹, in dem er folgende These aufstellt: Die Arbeiterbewegung habe sich eigentlich immer die falschen Gegenstände ihres Handelns ausgesucht, nämlich den Kampf um die politische Macht. Sie sei damit in einem viel zu engen Sinn politisch gewesen.

Das ist bei Dir nicht drin, Jürgen, ich weiß. Du beschreibst die Bedeutung der organisierten marxistischen Arbeiterbewegung als zentrales Moment von Arbeiterkultur. Aber die begeisterte Aufnahme, die Deine fünf Bände in der Bundesrepublik gefunden haben, beruht doch häufig auf der Hoffnung, Alltag in Gegensatz zu Politik bringen zu können.

J.K.

Also, hör zu: Was die Rezeption hier betrifft, so sind die Nichthistoriker begeisterte Käufer, während, wie Du ganz richtig sagst, die überwiegende Mehrheit der zünftigen Historiker nicht allzu viel von der Sache hält. Immerhin schätzt ein kleiner Prozentsatz, insbesondere an der Universität Leipzig, das Buch wirklich. Vielleicht amüsiert es Euch, daß kürzlich eine Aussprache stattgefunden hat über eine Kulturgeschichte, die hier geschrieben werden soll - eine Kollektivarbeit von ich weiß nicht wie vielen Leuten - und daß dabei gesagt wurde: 'Man kann natürlich an dem fünfbändigen Werk von Kuczynski nicht ganz vorbeigehen.' Man sieht: eine gewisse Anerkennung gibt es also auch bei den zünftigen Historikern. Was die Kritiken in der 'Zeitschrift für Geschichtswissenschaft' angeht, so laß mich zwei Dinge sagen. Erstens: ich habe die Kritiken von Ingrid Mittenzwei, von Wolfgang Küttler und Gerhard Heitz, die in der 'Zeitschrift für Geschichtswissenschaft' erschienen sind, zum Teil schon vorher in meinem Buch in ihren Bemerkungen, die ich zum Teil über eine Reihe von Seiten, die sie speziell für meine Bände schrieben, aufgenommen, mit verarbeitet. Und zweitens: ich halte diese Kritiken für sehr beachtenswert, klug und freundschaftlich kollegial. Das heißt: die Kritik des Buches durch die zünftige Kritik, soweit

sie im Druck erschien, war meiner Ansicht nach letztlich doch auf einem sehr beachtlichen Niveau.

Jetzt zur Politik. Natürlich spielt sie in meinem Alltagsbuch eine große Rolle. Ich finde aber, es sollte Dich nicht stören, wenn sie in materialreichen Untersuchungen bürgerlicher Historiker in der BRD fehlt. Das Material, das sie bieten, ist ganz ausgezeichnet, und wir sollten wahrhaftig in der Lage sein, dieses Material mit politischem Geist zu füllen. Je weniger politischer Geist in den Untersuchungen der Bürger drin ist, desto glücklicher bin ich. Genauso war Lenin glücklich, wenn gute bürgerliche Wissenschaftler Spezialarbeiten vorlegten, ohne philosophisch zu werden. Lenin spricht ja von den wertvollsten Spezialarbeiten, zu denen die bürgerlichen Wissenschaftler noch fähig sind, sobald sie nicht zu philosophieren beginnen. Und so sage ich auch, daß die bürgerlichen Historiker noch zu trefflichen Spezialarbeiten fähig sind, sobald sie die Politik auslassen. Lenin hat zahlreiche dieser ausgezeichneten bürgerlichen Untersuchungen benutzt für seine politischen Ausführungen, und so sollten wir auch in der Lage dazu sein und ruhig einmal ganz offen sagen: Wir sind froh, daß der Autor nicht auf politische Fragen eingegangen ist, denn sonst wäre die Sache schiefgegangen. Das ist doch der entscheidende Unterschied zwischen Arbeiten guter Wissenschaftler in der Bourgeoisie, die immer noch fähig sind, gute Spezialarbeiten zu machen, und guten wissenschaftlichen Arbeiten von Marxisten, z.B. in den sozialistischen Ländern. Anstatt Euch darüber aufzuregen, daß gute nichtmarxistische Historiker unpolitisch sind, solltet Ihr Euch Gedanken darüber machen, welche politischen Konsequenzen Marxisten aus deren Arbeiten ziehen können, wobei diese Konsequenzen ganz gewiß andere sein werden, als diese Kollegen selbst wünschen.

G.F.

Wir haben zur Zeit in der Bundesrepublik nachgerade einen Boom in Alltagsgeschichtsschreibung. Soweit ich sehe, hat er zwei Ursachen: eine technische und eine weltanschauliche.

Zunächst einmal zur technischen Voraussetzung. Es scheint ja, als ob durch neue Hilfsmittel, nämlich die audiovisuellen, die jetzt den Historikern zur Verfügung stehen, die Erschließung des Alltags müheloser geworden wäre. Du hast ja in Deiner Alltagsgeschichte sehr breit Werke der Belletristik herangezogen, weil sie einen leichteren Zugang zum täglichen Leben öffnen als offizielle Quellen, die von Anfang an eine politische Funktion hatten. Dieser Quellentyp, den Du selbst breit genutzt hast, ist in den letzten Jahrzehnten sehr viel ergiebiger geworden - nicht die Belletristik, wohl aber die Information, die wir uns durch Tonbandaufnahmen und Filme oder Videobänder

über den Alltag unserer Generation und der Generation vor uns verschaffen können. So ist eine neue Hilfswissenschaft der Geschichtswissenschaft entstanden, die 'oral history', von der ich allerdings meine, daß wir sie als Hilfswissenschaft hochschätzen und ausbauen, nicht aber für das Ganze der historischen Erkenntnis nehmen sollten, wozu manchmal bei uns eine gewisse Neigung besteht.

Zweitens aber hat die Hinwendung zum Alltag bei uns auch ideologische Gründe. Und da meine ich, Du machst es Dir vielleicht doch ein bißchen zu leicht, wenn Du sagst: die nichtmarxistischen Alltagsforscher sind halt unpolitische Materialsammler, deren Resultate man benutzen kann. Sie verstehen sich durchaus politisch, indem sie ihre Forschungen in den Kontext der gegenwärtigen Diskussion um die sogenannte 'Krise des Marxismus' stellen. Unmittelbare Alltagserfahrung ist für sie eine Widerlegung des Marxismus, weil sie im Alltag eine andere Art von Politik zu entdecken meinen, die nichts gemein habe mit dem historischen Materialismus, mit Partei und Gewerkschaft. Sie kommen damit zu einem nichtmarxistischen Politikbegriff, den sie selbst gar nicht als unpolitisch bezeichnen würden: das Milieu, das Private, erscheint als das eigentlich Politische und damit zugleich als die Negation des bisherigen Politikbegriffs der Arbeiterbewegung. Alltagsforschung erhält damit eine ganz andere Funktion, als sie bei Marx und Engels hatte.

Nehmen wir Engels' Buch 'Die Lage der arbeitenden Klasse in England'. Das ist ja eine Alltagsanalyse. Aber sie ist eng verbunden mit einer begrifflichen Anstrengung, nämlich mit der Entfaltung des Begriffs der Konkurrenz. Aus ihm leitet Engels die Anarchie der Produktion ab und zeigt, was diese Anarchie der Produktion für den Alltag der unmittelbaren Produzenten bedeutet. Das heißt: die Alltagsforschung war Teil der Konstituierung des historischen Materialismus.

Oder nehmen wir das 'Kapital'. Es enthält ja umfangreiche empirische Abschnitte über den Arbeiteralltag, insbesondere über die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produktionsprozess, aber auch im Reproduktionsbereich. Diese Passagen sind keine Illustrationen und auch nicht Selbstzweck, sondern sie sind tragende Elemente in der Tektonik des 'Kapital', dessen logische Struktur ja bekanntlich in der Entfaltung des Begriffs der Ware besteht. In beiden Fällen also, bei Engels und bei Marx, ist Alltag eingeschlossen in die Konstituierung und Entstehung eines theoretischen Systems, er trägt bei zur Begründung des Marxismus. Daraus resultiert folgende Frage an Dich: Welche Funktion in der Weiterentwicklung des Marxismus und in seinem Kampf um seine Geltung würdest Du Deiner Alltagsgeschichte zuschreiben? Oder ganz zugespitzt: Wie werden Theorie und

Praxis des historischen Materialismus sich verändert haben, wenn etwa das von Dir aufgestellte Postulat, die innere Struktur der Arbeiterklasse genauer zu analysieren, endlich einmal durch die Gesamtheit der historischen Wissenschaften realisiert ist? Wie wird dann der historische Materialismus sich verändert haben?

J.K.

Laß mich rückfragen. Zuerst: Du warst es doch, der sagte - und meiner Ansicht nach mit Recht -, daß zahlreiche Alltagsforscher in der BRD sich bemühen, die 'Politik auszugrenzen', wovon bei mir natürlich nicht die Rede sein kann. Sodann: Du sagtest, Alltagsgeschichte ist in der BRD ein Teil des Kampfes gegen den Marxismus. Inwiefern?

G.F.

Nicht des Kampfes gegen den Marxismus, wohl aber funktioniert Alltagsgeschichte innerhalb einer Abwendung vom Marxismus.

J.K.

Inwiefern?

G.F.

Weil man den Alltag entweder als das Gegenteil von Politik überhaupt oder doch von der bisherigen Politik aller Richtungen der Arbeiterbewegung, auch der marxistischen, begreift.

J.K.

Bitte, erklär das noch einmal.

G.F.

Ein großer Teil der linken Intelligenz bei uns ist beeinflusst von einer Theoriebildung, welche die Geschichtswissenschaften tief durchdringt, aber ihren Ursprung zunächst außerhalb hat. Ihre Kernthese lautet, daß Organisation schlechthin - sei dies nun eine Armee oder Gewerkschaft oder Partei - allemal schon Entfremdung bedeutet. Organisation der Arbeiterbewegung sei eigentlich den unmittelbaren Erfahrungen und Erfahrungsmöglichkeiten sowohl des einzelnen Arbeiters wie der Arbeiterklasse fremd, schneide Erfahrung ab. Das entscheidende Buch zu dieser Frage erschien vor zehn Jahren: 'Öffentlichkeit und Erfahrung' von Oskar Negt und Alexander Kluge.²² Seine Grundthese lautet: die bisherige Organisiertheit von Arbeiterbewegung hindere Arbeiter daran, ihren Alltag zur Politik

zu entfalten.

G.M.

Diese Position enthält auch eine Kritik am Leninismus, weil er, so wird argumentiert, davon ausgehe, daß aus den Alltagserfahrungen der Arbeiter keine revolutionäre Politik, sondern nur Trade-Unionismus erwachsen könne und es deshalb Aufgabe der Partei sei, von außen politisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

G.F.

Ja. Alltagserfahrung sei die Widerlegung des Leninismus. Das ist bei uns gängige Meinung in dem Teil der linken Intelligenz, der sich überhaupt mit solchen Fragen befaßt.

J.K.

Ich meine, Ihr übertreibt. Ich kenne zahlreiche wirklich unpolitische Alltagsuntersuchungen in der BRD ohne Spitze gegen den Marxismus-Leninismus. Sodann hängt die Alltagsauffassung mancher Alltagsforscher in der BRD auch damit zusammen, daß wir ihnen kaum ein überzeugendes Beispiel aus unseren Arbeiten in der DDR gegenüberstellen können. Unsere Arbeiten zur Arbeiterbewegung beschränken sich zu oft auf das, was ich die Festtage des Proletariats bzw. seine Trauertage nenne: Massenstreiks, Generalstreiks, die Siege oder Niederlagen, die in großen Schlachten erlitten werden. Es findet sich kaum irgendwo in dieser Art Geschichtsschreibung auch eine Schilderung des alltäglichen Lebens in den unteren Organisationen der Arbeiterbewegung. Das heißt: es bewegt sich in der Regel die Führung, und an Festtagen und Trauertagen bewegt sich die Masse der Arbeiter, und damit hat es sich. Da gibt es keine Schilderung des typischen kleinen alltäglichen Klassenkampfes beider Seiten. Es fehlt der tägliche Kampf der Arbeiter - sei es, sagen wir, daß sie zehn Minuten länger auf dem Klo sitzen, um mit etwas ganz Einfachem anzufangen, oder daß sie bei geringer Arbeitslosigkeit sich häufiger krank melden. Was hat Lenin für Schwierigkeiten mit der Arbeitsdisziplin gehabt, weil in Sowjetrußland oft in der alten Art weitergearbeitet wurde und Lenin klarmachen mußte, daß unter dem Sozialismus natürlich nicht die alltäglichen Arbeitsregeln des Kapitalismus herrschen dürfen. Da aber, im Kapitalismus, ist es eben ein Teil des alltäglichen Klassenkampfes der Arbeiter gewesen, daß sie, wenn nicht Akkordarbeit herrschte, möglichst wenig intensiv arbeiteten. Oder im Feudalismus: Da hatten die Bauern oft jeweils andere Arbeitsgeräte für sich selbst und für die Fronarbeit. Für diese verwendeten sie Werkzeug, das ent-

weder klein oder zerbrechlich war, oder sie schickten, wenn es irgend ging, Kinder und Greise zur Fronarbeit, damit sie ihre eigene Arbeitskraft der Arbeit für sich selbst, auf ihrem Stück Land, vorbehalten konnten. Das, was man begreifen muß, ist doch, daß das tägliche Arbeitsleben und wahrscheinlich auch (das muß man noch viel gründlicher untersuchen!) ein Teil der Freizeit aus einem - oft unbewußten - ständigen Klassenkleinkampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker besteht. Ob dies eine Art des Ausweichens ist vor bestimmten Folgen, ob bewußte Opposition: es gibt tausend Möglichkeiten und Variationen des täglichen Klassenkampfes, die zum Teil einfach automatisch sind, die aber das Leben des Arbeiters, seine ganze Haltung im Betrieb mitbestimmen. Und natürlich muß man dasselbe, wenn man eine Gesamtgeschichte der Gesellschaft schreibt, auch auf der Seite der herrschenden Klassen sehen, und erst aus beidem ergibt sich eine Geschichte der Klassenkämpfe, so wie man sie später einmal schreiben wird: also eine Geschichte sowohl des alltäglichen Klassenkampfes wie der Höhepunkte des Klassenkampfes. Das meinte ich auch, als ich sagte, daß sich im alltäglichen Klassenkampf allmählich der Zündstoff sammelt bzw. von der herrschenden Klasse gelegt wird, der zur Emeute oder gar zur Revolution oder zum Streik oder Generalstreik führt. Darum ist es völlig ausgeschlossen, aus der Handlungs- und Gedankenwelt der arbeitenden Klasse oder des werktätigen Volkes den täglichen Klassenkampf und damit die Politik auszuschalten, wobei es eben durchaus möglich ist, daß der Klassenkampf als solcher überhaupt nicht in die Gedankenwelt der Werktätigen oder doch ihrer Mehrheit bewußt eintritt, sondern so darin enthalten ist, wie sie sich eben auch ins Bett legen oder auf die Toilette gehen, einfach aus den jeweiligen Umständen heraus, ohne riesiges Klassenbewußtsein. Ein Teil der Untersuchung wird dann auch der Frage nachzugehen haben, inwiefern Parteibeschlüsse, ideologische Auffassungen der Arbeiterführung oder auch natürlich der Führung der herrschenden Klasse in das Denken und Handeln der Werktätigen eingehen. Also meiner Meinung nach darf es keine Geschichte der Arbeiterbewegung geben, in der nicht untersucht wird, wie ein Beschluß des Politbüros oder des Zentralkomitees - um es in unserer hiesigen politischen Struktur auszudrücken - unten ankommt und durchgeführt wird. Ich weiß, daß einmal Breschnew im Politbüro einen Zornesanfall kriegte und sagte: 'Diesen Beschluß fassen wir jetzt zum zwölften Male!' Das ist ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, auch so etwas zu untersuchen; denn zum täglichen Klassenkampf gehört ja auch die Verarbeitung des Parteiprogramms, der Parteibeschlüsse einerseits, die Verarbeitung der Manipulation durch die herrschende Klasse andererseits. Auf der anderen Seite gehören zum Alltag der Werktätigen natürlich auch zahlreiche unpolitische Gefühle und

Betätigungen - seien es Gefühle der Liebe oder Gartenarbeit.

F.D.

Ich möchte an diesem Punkt noch ein bißchen weiter bohren. Die Erforschung des Alltags, darin stimmen wir alle sofort überein, ist ein notwendiges Desiderat, um Forschungs- und Kenntnislücken zunächst einmal zu schließen. Das kennzeichnet insofern auch einen bestimmten Stand der historischen Forschung. Jetzt aber meine Frage: Verhilft die Alltagsforschung zu einem besseren Verständnis der Siege und Niederlagen der Arbeiterbewegung, und wenn ja: in welcher Weise? Georg hat davon gesprochen, daß der herrschende Umgang mit der Alltagsproblematik bei uns doppelt bestimmt ist. Es gibt einerseits eine reformistische Linie, die sagt, der Alltag sei prinzipiell unpolitisch, Politik etwas eher künstlich Aufgesetztes, während wir aus der Erforschung des Alltags erfahren, daß die Arbeiter im Grunde genommen nie etwas anderes wünschten als eine schrittweise Verbesserung ihrer alltäglichen Arbeits- und Lebensbedingungen, und das habe für sie letztendlich die Sozialdemokratie in ihrer Politik bis in die Gegenwart geleistet. Zweite Variante des Alltags: Negt/Kluge - die mehr spontaneistische, antileninistische Alltagsdefinition. Da heißt es, nur über die Politisierung der Alltagserfahrungen entstehe revolutionäres Bewußtsein. Dieses werde immer wieder enteignet durch die Existenz von Organisationen. Die Frage ist jetzt: Was erklärt die Alltagsforschung, soweit wir jetzt schon Ergebnisse haben, auch durch Dein Buch, in bezug auf die Siege, auf die Fest- und Trauertage der Arbeiterbewegung? Ich nenne einmal ein paar Streitpunkte: Unsere marxistische Interpretation des Reformismus: ändert sie sich durch neue Erkenntnisse, die wir über die Alltagserforschung und das tägliche Leben der Arbeiter gewinnen? August 1914, Politik der KPD 1930 -1933, Sozialfaschismus: ändert sich unsere Erklärung dieser Phänomene durch historische Forschung über den Alltag der Arbeiterklasse?

6. Erfahrungen der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger Jahre

J.K.

Ich glaube, daß das Studium des Alltags einen Großteil unserer Siege wie unserer Niederlagen, der Ideologie unter den Massen, des Einflusses der herrschenden Klasse usw. erklärt. Überlegt einmal, wie ungeeignet - im Grunde: tragisch ungeeignet - so manche Losungen unserer KPD vor 1933 für arbeitslose Mitglieder waren. Es ist doch schrecklich zu sehen, daß von den damals - sagen wir - 300.000 Parteimitgliedern 250.000 arbeitslos waren. Und dann seht Euch unsere Losungen an, die natürlich an die Arbeiterklasse als Ganze gerichtet waren, aber für unsere Parteimitglieder ganz außerordentlich schwer durchzuführen waren. Sie betrafen doch vor allem auch die 'Arbeit in den Betrieben'. Versteht Ihr: wir mußten solche Losungen machen, weil wir uns an die ganze Arbeiterklasse richteten und weil der größere Teil der Arbeiterklasse - kein riesig großer, aber eben doch der größere Teil - noch beschäftigt war. Wenn man nun untersuchen will, warum wir in den Betrieben so wenig effektiv waren, warum es im Verlauf der Krise so ganz wenige Streiks gegeben hat - dann muß man sich das alltägliche Leben ansehen, auch das unserer Genossen, die ja schließlich ein beachtlicher Teil der Arbeiterklasse waren. Ohne das Wissen, was es bedeutet, arbeitslos zu sein, kann man das nicht verstehen. Ihr müßt doch überlegen: Wenn man aus dem Betrieb rausgeworfen ist, dann hat man noch für ein paar Wochen, vielleicht für ein paar Monate den Kontakt mit den Kumpels in dem Betrieb, aber dann wollen die Kumpels schon gar nicht mehr den Kontakt mit dem Arbeitslosen haben - einfach auch, weil es so, sagen wir, peinlich für sie ist: sie sind beschäftigt, und die anderen sind arbeitslos. Sie haben noch genug zu essen, denn wer im Betrieb voll beschäftigt war, hatte auch während der schlimmsten Krise völlig genug zu essen, da ja auch die Lebenshaltungskosten absanken. Die Arbeitslosen aber fühlten sich als Parias. Denkt an den Roman 'Kleiner Mann - was nun?' von Hans Fallada. Oder nehmt die großen Ehekräche, die gab es doch während der Arbeitslosigkeit. Die Ehepaare waren nicht gewohnt, sich den ganzen Tag zu sehen. Der Ehepartner wurde ein ganz anderer, wenn man ihn den ganzen Tag sah, als wenn man ihn nur morgens und abends erlebte. Es entwickelte sich eine wachsende Neigung zum Suff. Der Alltag der Arbeitslosen ist eben von ihrer bisherigen Existenz, als sie noch beschäftigt waren, grundverschieden. Das hat auch eine drückende Wirkung für den Klassenkampf im Betrieb, der so leicht zur Entlassung führen konnte.

F.D.

Darf ich Dich einmal unterbrechen? Wenn ich an die roten Eine-Mark-Romane denke, die Du auch in der Alltagsgeschichte erwähnst (und Du hast ja selbst an einem Kurzroman mitgeschrieben), an Klaus Neukrantz: 'Barrikaden am Wedding', Willi Bredel: 'Maschinenfabrik N & K', wenn ich mir dann noch ansehe, was jetzt auch Lokalforschungen der jüngsten Zeit herausgefunden haben, dann könnte sich aber doch, was die politische Arbeit der KPD angeht, ein anderes Bild ergeben. Gerade in der Zeit 1930 - 1933 hat doch die KPD genau auf das Problem, das Du jetzt ansprichst, reagiert, indem sie an der Politisierung des Alltags im Wohnbezirk, an den Stempelstellen, in den Auseinandersetzungen um Wohnungskündigungen, wo die Leute rausgeflogen sind, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen konnten, teilgenommen hat. Immerhin gab es doch eine Vielfalt von Organisationen, nennen wir sie einmal Kulturorganisationen, also von den Freidenkern bis hin zu anderen Organisationen, die aktiv wurden in einer Situation, in der im Grunde genommen fast alle Lebensbereiche, auch der Alltag, aufs höchste politisiert waren. Da haben wir es doch nicht nur mit einer Partei zu tun, die die Massen, auch die Arbeitslosen, zur proletarischen Revolution oder zum Kampf gegen den Faschismus und - leider - 'Sozialfaschismus' aufgerufen hat, sondern hier war doch zugleich dieses Bewußtsein dafür vorhanden, daß der Alltag und die Alltagserfahrung außerhalb der Arbeit eine ganz große Rolle spielen. Wenn das so ist, dann muß ich aber doch sagen, daß die Kritik, die KPD habe in dieser Zeit die Alltagsproblematik vernachlässigt, nicht stimmt.

J.K.

Nein, natürlich hat sie das nicht. Ich muß ganz schlecht formuliert haben. In der 'Roten Fahne' kannst Du ganz ausführliche Schilderungen des Alltags lesen. Ich wollte ja nicht von einer Vernachlässigung des Alltagslebens, sei es der Arbeitslosen, sei es der Beschäftigten, durch die Partei sprechen. Ich wollte auf die Schwierigkeit hinweisen, Losungen für die ganze Arbeiterklasse durch eine Partei zu entwickeln, deren Mitglieder zum größten Teil arbeitslos sind, also eine Partei, die kaum mehr in den Betrieben verankert ist, die höchstens zugelassen wird draußen am Tor, um Flugblätter zu verteilen, worum wir uns ja stark bemüht haben. Denke auch daran, welche Gefahr es für die Beschäftigten bedeutete, aufgrund unserer Flugblätter in den Betrieben Propaganda zu machen. Darum geht es mir. Es war gar nicht die Schuld unserer Partei, daß so viele ihrer Losungen bei den Parteimitgliedern nicht im Sinne praktischer Aktivität ankommen konnten, weil es Losungen für den Betrieb waren und sie selbst arbeitslos waren. Doch

selbstverständlich mußte die Partei, das war kein Fehler, auch Losungen für die Werktätigen im Betrieb geben. Etwas ganz anderes ist aber die Frage der Realisierung solcher Losungen durch Parteimitglieder. Wenn man das untersucht und das alltägliche Leben der Parteimitglieder, die zum größten Teil arbeitslos waren, kennt, dann versteht man aufgrund des Studiums des Alltagslebens auch in der Partei, warum so viele Losungen, die wir hatten, nicht in den Betrieben ankommen konnten. Sie konnten durch ein Flugblatt reingebracht werden, aber es war ein ganz anderes Leben, das die Kumpels in den Betrieben führten, als arbeitlose Genossen. Diese Bemerkungen von mir sollten nur ein Beispiel dafür sein, um zu zeigen, wie wichtig es ist, das Alltagsleben zu studieren - gerade auch im Zusammenhang mit den Losungen der Partei für die Betriebsarbeiter, die - fast möchte man sagen: für einen anderen Kreis bestimmt waren als für die Genossen von 1932.

G.M.

Auf der anderen Seite haben wir die Arbeit der KPD unter den Arbeitslosen. Da war es doch auch deshalb sehr wichtig, sich um diese Arbeitslosen zu kümmern, weil hier die ganz rechten Gruppen, Nazis, SA usw., durch die Auswirkungen der Krise im Alltag bei Millionen von Menschen Fuß fassen wollten und auch konnten. Von heute aus gesehen, muß man doch sagen, daß Vieles von den damaligen Aktivitäten der Arbeiterorganisationen beispielhaft war. In der Bundesrepublik haben wir heute weit über zwei Millionen Arbeitslose nach der offiziellen Statistik. Nehmen wir diejenigen hinzu, die nicht in der Statistik stehen, aber tatsächlich arbeitslos sind, dann sind das über drei Millionen. Ich glaube, daß das politische Niveau dieser drei Millionen Menschen bislang niemals die Chance hatte, das politische Niveau der Arbeitslosen der zwanziger Jahre zu erreichen.

J.K.

Ja, es ist viel geringer als in der Weimarer Zeit. Allerdings bedeutet politisches Niveau damals ebenfalls sehr Unterschiedliches. Dazu gehörte zweifellos Verständnis für die Kommunistische Partei. Definieren wir 'politisches Niveau' allerdings nur im Sinne von Aktivität, dann müßten wir ja wohl auch die von den Nazis Verführten dazunehmen. Es bestand eine ganz andere - nennen wir es: Politisierung, auch bewußte Politisierung, eine unendlich viel tiefere Politisierung als heute sowohl in England wie in der Bundesrepublik, in Frankreich und in den USA.

G.M.

Um so wichtiger wäre es, daß auch heute die linke politische Aktivität unter

den Arbeitslosen zunähme, weil sonst die Gefahr eines weiteren Rechtsrucks durch die Tatsache der Massenarbeitslosigkeit immer größer wird.

J.K.

Ja, diese Gefahr wächst. Sie ist natürlich lange nicht so stark wie damals, aber die äußersten Rechten haben jetzt durch die Arbeitslosigkeit mehr Möglichkeiten, als sie vorher hatten - insbesondere wenn sie aus Kreisen des Kapitals finanziert werden.

D.K.

Was die Chance einer Politisierung des Alltags in der Weimarer Zeit angeht, haben wir aber doch letzten Endes die Tatsache eines Sieges des Nationalsozialismus auch auf diesem Feld: es gelang ihm ein Einbruch in weite Teile der kleinbürgerlichen, teilweise auch der Arbeiterbevölkerung: sie tolerierten ihn oder unterstützten ihn durch ihr Wahlverhalten usw. Da habe ich in Deinen Büchern sehr viele Ansatzpunkte gefunden, wie man aus dem Alltagsleben, aus den Alltagswünschen, der Alltagssituation nachvollziehen kann, daß sich zwischen der Politik der Kommunistischen Partei und den täglichen Herausforderungen, den täglichen Problemen etwa auch der Frauen der werktätigen Bevölkerung eine Kluft, ein Bruch auftut.

J.K.

Ich glaube, daß Du nur in gewissem Maße recht hast. Natürlich muß man auch sehen, daß wir einen grundlegenden strategischen Fehler gemacht haben mit der These des Sozialfaschismus. Wir haben die sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von uns abgestoßen, indem wir ihre Führung - die selbstverständlich rein opportunistisch, aber ebenso selbstverständlich bürgerlich-demokratisch war - als Hauptstütze des Faschismus betrachteten und erklärten, gegen sie müsse der Hauptstoß gerichtet werden. Diese unsinnige Unterscheidung zwischen dem Hauptfeind, dem Faschismus, und dem Hauptstoß, den wir gegen die Führung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften richten wollten, bestand praktisch bis zum letzten Tag. Sieh Dir einmal an, was der Genosse Thälmann 1932 in der 'Roten Fahne' über die Antifaschistische Aktion schreibt: sie wendet sich nach seinen Ausführungen gegen die faschistischen Mordbanden, eine Losung, von der sich wohl der überwiegende Teil der Nazis nicht getroffen fühlte - und gegen die Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, eine Losung, von der sich der Großteil ihrer Mitglieder getroffen fühlte. Eine solche Strategie war ein ganz ernster Fehler, der praktisch bis zum Schluß durchgehalten wurde und erst durch die Erfahrungen der schlimmen

Zeit des Faschismus durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wirklich und grundlegend korrigiert wurde. Und Du mußt Dir sagen, daß die ganz überwältigende Mehrheit der Genossen, mich eingeschlossen, völlig der Parteiparole folgte - nicht aus Disziplin, sondern weil wir sie für richtig hielten. Das ist doch eine ganz erstaunliche Sache, wie hier sich ein Beschluß der Partei, der falsch war, bis ganz unten durchsetzte. Ganz umgekehrt wie das Parteiprogramm von 1875, das Marx und Engels mit Recht unerhört kritisierten und das unten völlig richtig ankam, nämlich nicht gemäß dem Text des Programms, sondern so, wie Engels sagt: die Arbeiter wie die Bourgeoisie verstanden das Programm nicht so, wie es auf dem Papier stand, sondern so, wie es eigentlich sein mußte. Ein wundervolles Beispiel für Beschlüsse oben und ihr Ankommen unten.

G.M.

Diese Linie hatte eine Massenbasis innerhalb der Kommunistischen Partei. Woran lag das?

J.K.

Sie hatte übrigens auch in der Kommunistischen Internationale eine Massenbasis. Und natürlich kann man es sehr gut verstehen, warum so viele von uns, warum praktisch wir alle diese Linie verfolgten. Wenn noch zusätzlich Fehler gemacht wurden, dann bestanden sie darin, daß wir oft auch einfache Sozialdemokraten für einen Sozialfaschisten hielten. Warum haben wir solche Fehler gemacht? Ganz einfach, weil die Linie der führenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, die sich selbstverständlich gegen den Faschismus richtete, doch für den imperialistischen Staat eintrat, auch wenn dieser immer reaktionärer wurde. Und schließlich führte sie auch faktisch zum Kompromiß mit dem Faschismus, nachdem die Faschisten ihre Herrschaft errichtet hatten: als die Gewerkschaften am 1. Mai 1933 mitmachten (und am 2. Mai erledigt wurden), als die SPD am 17. Mai 1933 im Reichstag der Außenpolitik der Nazis zustimmte (und im Juni erledigt wurde). Erlebten wir doch auch 1932 schon das Beispiel in Preußen: als Braun und Severing von dem Faschistenfreund Papen abgesetzt wurden, wurde lediglich das Reichsgericht angerufen. Damit hatte die SPD völlig die Klassenkampflinie verlassen. Aber das bedeutete noch nicht, daß sie auch den Antifaschismus aufgegeben hätte. Wenn wir diesen Unterschied nicht später begriffen hätten, wie hätten wir etwa seit 1935 eine richtige Politik beispielsweise gegenüber den Teilen der Kirche machen können, die antifaschistisch waren, aber selbstverständlich eine Klassenlinie gegen uns hielten? Wir erleben ja auch heute, wieviele Klassengegner, ja ausgespro-

chene Antikommunisten mit uns zusammen für den Frieden eintreten.

G.F.

Ich möchte das, was Du eben gesagt hast, einmal mit dem Forschungsstand bei uns in der Bundesrepublik vergleichen. Wir haben bei uns eine Interpretationsrichtung, die davon ausgeht, daß die Parolen der KPD, auch die Sozialfaschismusthese, ein Stück Enteignung von Arbeiterbewußtsein gewesen seien; sie hätten mit dem realen Leben der Massen nichts mehr zu tun gehabt, seien lediglich etwas gewesen, was die Parteiführung beschloß, schlimmer noch, was das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale verordnete. Man spricht dann schnell von einer Fernsteuerung jenseits des realen Lebens im Deutschen Reich und jenseits des realen Lebens in der Arbeiterklasse. So weit zur bei uns dominierenden Interpretation der kommunistischen Politik. Dann gibt es noch zwei Interpretationen zur Sozialdemokratie. Die erste lautet: Das, was Braun und Severing gemacht haben, stimmte doch im wesentlichen überein mit den Wünschen und der Mentalität des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse. Die zweite Interpretation heißt: Die Parteiführung war praktisch verstaatlicht, abstrakt republikfixiert, operierte nur auf den Ebenen des Parlaments und der Exekutive und versäumte es, trade-unionistische Tendenzen, die in der Mitgliederschaft vorhanden waren, weiterzuformen. Sie bewegte sich jenseits der Bedürfnisse des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse. Das sind - für KPD und SPD - die drei Interpretationen über das Verhältnis von Arbeiteralltag und Politik bei uns in der Bundesrepublik. Was ist Deine Interpretation im Vergleich dazu?

Wir haben vorhin darüber gesprochen, daß es die Kommunistische Partei einschließlich ihrer Führung sehr gut verstanden hat, die spontanen Reaktionen des unbeschäftigten Teils der Arbeiterklasse zu artikulieren und zu organisieren: in der Erwerbslosenbewegung, auch in der antifaschistischen Bewegung und der Bewußtwerdung über die Sondersituation, in der man ist, nämlich: arbeitslos zu sein. Wenn man die Möglichkeit hat, lokale Quellen der kommunistischen Bewegung vom Ende der Weimarer Republik zu studieren, dann ist man eigentlich erstaunt und auch entsetzt über das Maß an Spontaneismus, Disziplinlosigkeit, Wirrköpfigkeit bis hin zu völlig unkoordinierter Gewalttätigkeit in den untersten Einheiten der Kommunistischen Partei und gerade auch in der Erwerbslosenbewegung. All das ist die reale Bewußtseinslage eines Teils der Arbeiterklasse gewesen, nämlich ihres arbeitslosen Teils. Die Politik der Führung ist im Grunde Ausdruck dieses Zustandes gewesen. Sie befand sich nicht im Widerspruch zu diesem mentalen Zustand der Partei. Allerdings hat die Führung ein übriges getan.

Sie hat Konsequenzen aus dem Zustand eines Teils der Arbeiterklasse, nämlich des unbeschäftigten, gezogen, und sie hat diese Konsequenzen als Losungen für die gesamte Arbeiterklasse umgesetzt, sie also auch an den beschäftigten Teil der Klasse gerichtet. Die Quintessenz dieser Losungen war: Kampf um Rätedeutschland, Kampf gegen Faschismus und gegen Sozialfaschismus. Wir hätten also eine weitgehende Identität zwischen einem Teil der Klasse und der Führung der Kommunistischen Partei. Das würde die Enteignungsthese, wonach die Politik der Parteiführung und der Komintern sich jenseits des Arbeiteralltags auch der Unbeschäftigten bewegt hätte, widerlegen. Wie aber sieht es beim beschäftigten Teil der Arbeiterklasse aus, wenn man so verfährt, wie ich es eben getan habe? Man könnte dann annehmen, daß die Politik der sozialdemokratischen Führung sich in so starkem Widerspruch zur realen Bewußtseinslage und zur realen Alltagssituation des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse nicht befunden hat. Du sagst ja selbst in Deiner 'Geschichte des Alltags des deutschen Volkes', daß die ADGB-Führung und die SPD-Führung tatsächliche Führer des von ihnen vertretenen Teils der Arbeiterklasse gewesen sind. Wenn man so verfährt, wie ich es eben versucht habe, dann beschreibt man eine Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse, die in sich stark polarisiert gewesen ist. Beide Pole finden ihren Ausdruck in den jeweiligen Parteiführungen. Jede Parteiführung erhebt allerdings den Anspruch, für die ganze Klasse zu sprechen und die ganze Klasse anzusprechen. Die sozialdemokratische Führung hat die Kommunistische Partei ja nie als einen legitimen Teil der Arbeiterklasse angesehen, sondern als den Ausdruck von Verführung der Arbeiterklasse, hat Einheit der Arbeiterklasse immer nur auf ihrem eigenen Boden für möglich gehalten. Wenn das so ist, wenn die reale Polarisierung der Arbeiterklasse sich in einer Polarisierung der Arbeiterbewegung ausdrückt - wie hätte dann eine Politik organisatorisch aussehen müssen, die wirklich für die gesamte Arbeiterklasse spricht und den Alltag der gesamten, in sich aber polarisierten Arbeiterklasse artikuliert?

J.K.

Erstens bin ich unbedingt dagegen, dem Terrorismus innerhalb der kommunistischen Bewegung irgendwie einen größeren Anteil zu geben. Selbstverständlich gab es einzelne Fälle. Zumeist aber handelte es sich nicht um Terrorismus, sondern um einzelne Aktionen gegen Faschisten, die entweder vorher oder zur Zeit des Zusammenstoßes gegen unsere Parteimitglieder terroristisch vorgingen. Wir sind z.B. unbedingt gegen den Zwischenfall am Bülowplatz gewesen, als zwei Polizisten erschossen wurden. Wir sind als Partei dagegegengewesen, wie wir immer gegen individuellen Terror waren.

Aber wir waren nie gegen die Abwehr faschistischer Überfälle. Zweitens muß ich noch sagen, daß es falsch wäre anzunehmen, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale seine Linie in bezug auf die Haltung zur Sozialdemokratie der KPD aufgezwungen hätte. Etwas anderes ist es in der Frage der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) und bei der Bildung 'eigener' Gewerkschaften gewesen. Hier gab es durch den Genossen Fritz Heckert und andere berechtigten Widerstand, sie wurden vom Gegenteil überzeugt. Wir sind heute keineswegs mehr der Ansicht, daß die Linie der RGO, in der ich auch voller Zufriedenheit und Beglückung gearbeitet habe, richtig war. Da gab es tatsächlich Meinungsverschiedenheiten mit der Komintern bzw. mit dem EKKI, aber diese haben sich durchgesetzt.

Ganz anders steht es mit der Sozialfaschismus-These, die voll von uns gebilgt wurde, mit Ausnahme von solchen, die dann aus der Partei herausgingen bzw. ausgeschlossen wurden, den 'Rechten'. Diese These ging uns in Fleisch und Blut über.

Drittens: Die Kampflosungen der Partei direkt gegen den Faschismus, bis zur Generalstreikslosung Ende Januar 1933, scheinen mir auch heute noch im allgemeinen richtig für die gesamte Arbeiterklasse zu sein. Das gilt insbesondere für unsere positiven Lösungsvorschläge und unsere Wirtschaftsprogramme, allgemein für unseren ideologischen Kampf gegen die 'Theorien', Thesen und Losungen der Faschisten.

Viertens muß man sehen, daß unsere Partei durch ihre Losungen, durch ihre Politik einen zunehmenden Teil der Arbeiterklasse bei den Wahlen gewann. Wir waren zum Schluß fast so groß wie die Sozialdemokratie, und wenn die Wahlen im März 1933 legale Wahlen gewesen wären, hätte es mich gar nicht gewundert, wenn wir stärker geworden wären als die Sozialdemokratie.

Fünftens: Es besteht gar kein Zweifel, daß unter den beschäftigten Arbeitern die Sozialdemokratie mit ihren Losungen weit, weit stärker war als wir. Es gab eben noch keine revolutionäre Situation, in der die herrschende Klasse nicht mehr weiter kann und die Masse der Werktätigen nicht mehr bereit ist, weiterzuleben wie bisher. Unter diesen Umständen war es der Sozialdemokratie möglich, ihre Politik zwar nicht bei den Wahlen, aber im alltäglichen Klassenkampf bis zum Schluß im Verhältnis zu den Kommunisten durchzusetzen. Wir brauchen nur daran zu denken, wie gering die Streikaktivität war. Anders war es mit Demonstrationen, besonders am Sonntag, aber schon Demonstrationen durch Verlassen des Arbeitsplatzes gab es praktisch kaum - ich meine jetzt große Massendemonstrationen zur Arbeitszeit. Der Druck der Arbeitslosigkeit spielte noch eine zu große Rolle, d.h. das Risiko des Arbeitsplatzverlustes, das zu nehmen natürlich eine

Notwendigkeit ist, wenn man einen Streik oder gar einen Generalstreik macht oder noch weiter geht. Wir hatten also noch keine revolutionäre Situation, und deshalb konnte die sozialdemokratische und Gewerkschaftsführung, gegen die wir überdies noch den Hauptstoß gerichtet hatten, unseren Generalstreik-Vorschlag, als wir uns Ende Januar an sie wandten, von ihrem reformistischen Standpunkt aus ablehnen und sich damit durchsetzen. Das heißt nicht, daß die große Masse der Arbeiter nicht begeistert einer Generalstreiklösung gefolgt wäre, wenn diese gemeinsam von KPD und SPD ausgegeben worden wäre. Faktisch wissen wir nur aus dem kleinen Ort Mössingen²³ in Württemberg von einem Generalstreik am 31. Januar 1933, und zwar auf einer Linie, die im Grunde der Parteilinie insofern widersprach, als die Partei sich hier einerseits als eine Art ländliche Elitegruppe fühlte und zugleich andererseits ihren Schwerpunkt im Konsumverein hatte. Im übrigen Reich aber scheiterten die richtigen Losungen unserer Partei Ende Januar 1933, die aber gehandicapt waren durch den einen großen Fehler: durch die seit Jahren übliche Losung gegen die Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die nicht wegen ihrer unter Klassenkampfgesichtspunkten falschen Linie kritisiert wurde, sondern der eine sozialfaschistische, den Faschismus subjektiv und objektiv stützende Linie vorgeworfen wurde. Ich glaube, daß uns das bei Aktionen ganz stark an Einfluß gekostet hat, nicht bei Wahlen. Wahlen sind eine andere Sache. Da merkt individuell niemand, welche Stimme man abgibt. Darin zeigt sich, was für Möglichkeiten wir im Grunde gehabt hätten, wenn wir in allen Hauptbeziehungen die richtige Linie gehabt hätten. Und man muß - sechstens - noch etwas sagen: Während viele Sozialdemokraten sich von unserer Linie abgestoßen fühlten, hielten viele Intellektuelle, die von unserer Linie oft genauso angegriffen waren, trotzdem in gewisser Weise zu uns. Ihr braucht nur an die Attacke von Johannes R. Becher zu denken, der 1932 Heinrich Mann der Unterstützung des Faschismus anklagte, weil dieser - völlig richtig in dieser Situation - sagte: 'Unsere Akademie der Künste ist unpolitisch, wir nehmen Leute aus allen Kreisen auf'. Becher erklärte dazu, das sei eine Losung des Nationalsozialismus und öffne diesem Tor und Tür. Dennoch: Nie hat Heinrich Mann geschwankt in seiner Linie. Nie hat er sich etwa auf die Sozialdemokratie zubewegt oder wäre gar zu einem Antikommunisten geworden. Ich meine: Das ist auch eine erstaunliche Sache, die man sehen muß und die auch zum täglichen Leben, diesmal der Intelligenz in der Weimarer Republik, gehört. Es ist auf der anderen Seite völlig klar, daß ein großer Schriftsteller wie Heinrich Mann die Anklage, zu den Faschisten zu gehören, ganz anders, nämlich souveräner von sich weisen kann als die

Führung einer sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften oder gar ihrer Führung treu ergebene Genossen und Kollegen. Diese hatten eben eine durch und durch opportunistische Führung, die bereit war, um ihrer Existenz willen alle Klassenkampfprinzipien im Grunde aufzugeben.

G.F.

Inwieweit war diese Führung Ausdruck des Bewußtseins der Arbeitermassen?

J.K.

Die Wahlen zeigen, daß diese Haltung nicht der Ausdruck der, nennen wir es: Gefühle der überwältigenden Masse der Werktätigen war. Aber das konkrete Leben des Alltags machte die große Masse der Beschäftigten bereit, der politischen Linie der Anpassung von SPD- und Gewerkschaftsführung im Alltag des Betriebes und des Familienlebens zu folgen, weil sie fürchteten: auf der anderen Seite steht die Entlassung.

F.D.

Wir haben in dieser Situation also einen gespaltenen Arbeiteralltag in dem Maße, wie die Klasse gespalten ist in ihrer sozialen Grunderfahrung: Arbeitslosigkeit - Beschäftigung.

J.K.

Aber wir haben auch eine weitere Spaltung, und zwar die Spaltung zwischen dem, was man politisch allgemein für richtig hält und was im Alltag durchzuführen unmöglich erscheint. Das merkst Du genau an den Wahlen, wo unsere allgemein-politische Linie von mehr und mehr Millionen Arbeitern gebilligt wurde, während die praktische Durchführung dieser Linie im Betrieb nicht möglich war aufgrund der Alltagssituation, wie sie die übergroße Masse der beschäftigten Arbeiter empfand. Das ist eine zweite ungeheuer wichtige Spaltung, die wir sehr oft im Leben der Menschheit finden, daß Sachen für richtig gehalten werden, ohne daß man sich traut - um es einmal primitiv auszudrücken -, die Konsequenzen für den Alltag zu ziehen; das ist eine Spaltung zwischen Alltagspolitik und dem, was man ungefährliche Politik, wie Stimmabgabe bei geheimen Wahlen, nennen kann.

F.D.

Ich möchte das durch eine Frage ergänzen. Es gibt ja das bekannte Zitat von Lenin, daß aus sich heraus die Arbeiterklasse nur zu einem trade-unioni-

stischen Bewußtsein kommen kann. Auf unser Problem in dieser Zeit bezogen heißt das, daß Alltagserfahrung, sehen wir auf die Gesamtheit der Klasse, über trade-unionistisches Bewußtsein nicht hinauskommt. An dieser Stelle setzt ja nun Lenins Parteitheorie und die von ihm formulierte Notwendigkeit der Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung ein. Wie siehst Du - natürlich kann man das nur historisch konkret beantworten - die Vermittlung von Alltagsbewußtsein als Ansammlung von Zündstoff - Du nennst das selbst so - hin zu den politischen Organisationen, den Parteien und Gewerkschaften?

J.K.

In allen Revolutionen handelt ein großer Teil der Massen emotional, eben weil sich so viel Zündstoff angesammelt hat. Erst im Laufe der Revolution und der nachrevolutionären Situation wird bei vielen aus der Emotion ein politisches Bewußtsein. Darin besteht ja die ganze revolutionäre Genialität von Lenin: er sieht, daß die Bauern 'mit den Füßen abstimmen', indem sie die Front verlassen. Die Umwandlung von Emotion in politisches Bewußtsein geschieht dann im Laufe der Revolution und unter dem Druck des Bürgerkrieges, die das Bewußtsein zu steigern vermögen, aber vor allem durch eine wundervolle Agitation, Propaganda und Erziehungsarbeit der Partei in der ganzen Zeit, man kann sagen, vom ersten Tag der Revolution an und schon vorher. Du siehst immer wieder in den Äußerungen Lenins etwa zur Presse und zu ihrer Aufgabe, daß bei der Umwandlung des sich langsam ansammelnden Zündstoffs zum Generalstreik und noch weitergehend zur Revolution die Emotion in der großen Masse eine ganz starke Rolle spielt, weshalb ja auch Lenin immer den Begriff der 'Avantgarde' benutzt für die, die wirklich bewußt führend sind, ob unten oder oben. Gerade auch unten gehört ein gewisser, ein relativ beachtlicher Teil zur Avantgarde, sonst funktioniert es nicht. Da gilt eben die alte Losung: wo ein Genosse ist, da ist die Partei und da ist das bewußte Element der Revolution. Aber das Entscheidende nachher ist die Frage der Erziehung durch Agitation, Propaganda und auf jede andere Weise. Es wird nie gelingen, vor der Revolution die Masse der Werktätigen zu bewußten Revolutionären zu machen, also werden sie es erst im Laufe des revolutionären Prozesses und der 'nachrevolutionären' Zeit, die ja in Wirklichkeit auch revolutionierend sein muß.

G.M.

Es handelt sich also um sehr differenzierte Übergänge im Bewußtsein der Werktätigen gerade in der Krise.

J.K.

Und zwar im Alltag.

G.M.

Langdauernde Arbeitslosigkeit kann in tiefe Identitätskrisen führen, und diese Krisen können sich dann in verschiedener Weise lösen, auch faschistisch.

J.K.

Richtig. Das Wichtige bei der Emotion ist, daß sie in verschiedene Richtung gehen kann.

G.M.

Sie kann sich auch durch - wie Du sagst - Agitation politischer Parteien in revolutionärer Richtung entwickeln. Da wären ja auch differenzierte sozialpsychologische Studien über den Übergang des vorpolitischen Ich in ein anderes, politisches Ich anzustellen. Es gab schon Ende der zwanziger Jahre entsprechende Versuche, damals etwa vom Frankfurter Institut für Sozialforschung, von dem viele von uns gelernt haben. Meinst Du nicht auch, daß der Alltag der Werktätigen gerade in solchen Umbruchslagen verstärkt mit Hilfe von sozialpsychologischen Kategorien erforscht werden müßte?

J.K.

Natürlich. Und eine der entscheidenden Fragen für die Sozialpsychologie ist auch die Art der Agitation und Propaganda. Untersucht einmal eine ganze Reihe von Organen kommunistischer Parteien in der ganzen Welt auf die sozialpsychologische Ausrichtung. Da werdet ihr finden, welcher großer Mangel heute oft besteht.

D.K.

Ich wollte noch einmal einen Moment auf die Kultur kommen. Du hast ja deutlich unterschieden zwischen emotionalem Zugang und analytisch-rationalen Zugang.

J.K.

Wobei das natürlich nicht scharf abgegrenzt ist. In den großen Massen spielt das Emotionale eine größere Rolle, ohne daß ich behaupte, daß sie überhaupt nicht rational-politisch denken.

D.K.

Gerade da setzt meine Frage ein. Die Erfahrung lehrt, daß sehr viele

Bewußtseinsinhalte für die arbeitende Bevölkerung - aber nicht nur für sie, auch für uns als Intellektuelle - viel stärker vermittelt werden durch Erlebnisse als durch Analyse. Beispiel: Internationalismus. Ich habe die Biographie eines Arbeitersportlers in der Hand gehabt, der sicher nicht sehr viel über Internationalismus gelesen hat, aber zu Fuß von Spandau nach Wien gelaufen ist, um dort teilzunehmen an einem großen internationalen Fest der Arbeitersportbewegung. Das war für ihn ein internationalistisches Erlebnis, das er nie vergessen hat und das ihm höchst intensiv internationalistisches Bewußtsein vermittelt hat. Ein anderes Beispiel: In der Zwischenkriegszeit, aber auch in unserer Gegenwart ermöglichen uns ästhetische Ausdrucksformen oft genug einen sehr intensiven Durchblick. Wie mit einem Blitzlicht werden da Dinge erhellt, die uns mit der Analyse erst sehr langsam oder überhaupt nicht klar geworden sind. Wie schätzt Du die Bedeutung kultureller Ausdrucksmittel in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein?

J.K.

Wenn sie originell sind, Neues bringen und Neues ausdrücken, schätze ich sie sehr hoch ein. Also nehmen wir die Friedenstaube von John Heartfield, die von dem Bajonett durchstochen wird. Das ist ein Werk, das uns immer wieder bewegt. Auf der anderen Seite stimme ich völlig mit Otto Rühle überein, wenn er sagt: Es gibt viele Darstellungen, die im Laufe der Zeit immer weniger wirken. Ich glaube zum Beispiel, daß die Friedenstaube von Picasso heute in ihrer Wirkung ungeheuer überschätzt wird, während man diese durchstochene Taube von John Heartfield in ihrer Wirkung auch heute noch gar nicht hoch genug schätzen kann. Es geht einem durch Mark und Blut, wenn man sieht, wie diese Taube auf dem Bajonett aufgespießt ist. Dagegen ist die friedliche nette Taube von Picasso ein Symbol, von dem ich sagen würde: gut, sie ist ein Symbol, aber sie kann einen nicht mehr zur Emotion bringen. Sie ist eine Marke, eine sehr hübsche Marke vielleicht, aber sie verliert an Wirkung dadurch, daß sie emotional nicht wirken kann. Und es gibt doch viele Kunstwerke, die wahrlich emotional wirkten, wenn wir an die letzten hundert Jahre denken. Beginnend, sagen wir, mit Honoré Daumier oder mit der Oper Aubers 'Die Stumme von Portici', die ja schließlich 1830 in Brüssel eine Revolution wirklich ausgelöst hat - nicht hervorgebracht natürlich, aber immerhin ausgelöst. Wenn wir hören, es sind 50.000 Menschen in Chile umgebracht worden, so finden wir das schrecklich. Aber wenn wir einzelne Schicksale dargestellt bekommen - sei es in der Schönen Literatur oder durch Bilder oder durch einen Film -, dann ist es viel leichter für uns, das zu erfassen, was in Chile vorgeht, und uns zu Taten anzuspornen.

Das ist ja der ungeheure Vorteil, den die Schöne Literatur, die von Individuen handelt, vielfach gegenüber der gängigen gesellschaftswissenschaftlichen Literatur und natürlich der Statistik hat. Wir hören von hundert Millionen Kindern, die hungern. Aber ein paar Bilder von hungernden Kindern, die ihre dünnen Arme nach einem Napf ausstrecken, wirken viel stärker auf uns als die bloße Nachricht von Zahlen. Ich bin überzeugt, daß - wenn wir von ganz wenigen Historikern absehen - die Schöne Literatur und die bildende Kunst ganz anders wirken und vielleicht auch ganz anders wirken müssen als allgemeine Theorien, die jedoch unbedingt notwendig sind für die Ausrichtung der Politik.

Aber auch in politischen Reden kann man Einzelbilder geben, die erschütternd sind. In dem 'Dialog mit meinem Urenkel' ²⁴ erzähle ich eine Geschichte, die ich von der Genossin Varga hörte. Sie war mit der Krupskaja sehr befreundet. Als die Krupskaja schon sehr krank war, besuchte die Genossin Varga sie noch einmal. Sie sprachen über vieles in ihrem Leben und Wirken, und zum Schluß sprachen sie darüber, was in den letzten Jahren aus der Partei Lenins geworden sei. (Dies war im Jahr 1938.) Und beide fingen an zu weinen, und damit sahen sie sich in dieser Minute zum letzten Mal. Und nun setze man dagegen eine rationale allgemeine Analyse der Stalinschen Führung des Parteiapparats, mit all den furchtbaren Dingen, die passiert sind. Dagegen ist doch so eine Schilderung, wie die von der Genossin Varga, die man auch in einem nichtliterarischen Werk bringen kann, ungeheuer beeindruckend.

Das ist die große Stärke mancher bürgerlicher Historiker, insbesondere in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts, gewesen, daß sie mit ihren besten Darstellungen wirklich die Menschen bewegten. Man glaubt, daß der Autor vor Aufregung aufstand, als er etwas niederschrieb, wie er bei der Schilderung lachen und weinen mußte. Hat doch auch Gottfried Keller, als er die letzten Seiten des 'Grünen Heinrich' niederschrieb, dabei geweint. Solche Art der Schilderung, vor allem aus dem Alltag, auch die Schilderung furchtbarer Ereignisse im Alltag wirken eben ganz anders als trockene historische Darstellungen. Und daran fehlt es uns. Wenn man selbst ein bißchen in dieser Richtung arbeitet, merkt man sofort, wie solche Literatur benötigt wird. Ich sehe das an den Reaktionen, an den Briefen etwa, die ich zu meinen Alltags-Büchern erhalte. Wie viele Briefe habe ich bekommen - von Textilarbeiterinnen und allgemein von so vielen Menschen, die nicht Historiker sind, aber auch von Wissenschaftlern, die ebenfalls nicht Historiker sind! Stellt Euch vor: Ein Rentner hat mir geschrieben, daß er sich so festgelesen hatte, daß er sogar vergaß, 'Dallas' anzudrehen. Entschuldigt, daß ich das anführe, aber dieser Brief hat mich natürlich ganz ungeheuer gefreut, weil er

zeigte, daß mir wirklich eindringliche, eindringende Schilderungen gelungen sind. Und das ist so wichtig, auch bei Zeitungen.

G.F.

Vorhin habe ich Dich gefragt, wie Theorie und Praxis des historischen Materialismus sich verändert haben werden, wenn das von Dir aufgestellte Postulat, den Alltag genauer zu erforschen, erfüllt ist. Jetzt merke ich, daß meine Frage zu eng war. Man muß ja auch fragen: Wie wird die Propaganda als ein Teil der Praxis des historischen Materialismus sich verändert und verbessert haben, wenn es gelungen ist, den Alltag darzustellen?

J.K.

Rosa Luxemburg sagte auf dem ersten Parteitag der KPD: Wir sind wieder bei Marx. So können wir, wenn wir den Alltag analysieren und darstellen, ebenfalls sagen: Wir sind wieder bei Marx, Engels und Lenin. Jelena Stasowa hat mir erzählt, wie oft Lenin, wenn er zu einer Rede - sagen wir: vor einer Gewerkschaftsorganisation - fuhr, und wenn er sich überlegte, welches die wichtigsten Punkte sind, doch an irgendetwas anknüpfte, was ihm auf der Fahrt zur Versammlung einfiel und auffiel, an etwas, das er auf der Straße sah. Das heißt: er knüpfte am Alltäglichen an, das ihm auch auf dem Weg zur Versammlung begegnete. Natürlich haben Marx und Engels ganz selten reine Alltagsgeschichte geschrieben. Aber einzelne Kapitel im 'Kapital' über die Heimarbeit oder Engels' 'Lage der arbeitenden Klasse in England': das ist ja ganz stark Alltagsgeschichte. Nie haben sie den Alltag vergessen. Denn der Alltag zeigt, wie sich Gesetze nur tendenziell durchsetzen, daß der Alltag - wie Lenin sagt - unendlich viel reicher und die Praxis viel komplizierter ist als die Theorie. Marx, Engels und Lenin haben immer darauf geachtet, daß man die Theorie als Grundlage und Fundament ansah. Aber sie haben immer auch die Fundamentaltheorie unterschieden von der Praxis der Oberfläche; sie haben einerseits davor gewarnt, die Oberfläche für das Fundament zu halten, aber andererseits auch niemals die Oberfläche vergessen. Denkt doch auch an die verschiedensten Fußnoten von Marx im 'Kapital', wo sehr viel auf den Alltag eingegangen wird, etwa auch an die über eine Untersuchung einer Parlamentskommission über die Gesundheitsverhältnisse der englischen Baumwollarbeiter während des amerikanischen Bürgerkrieges, als ungenügend Baumwolle nach England kam und viele arbeitslos wurden, und ein Arzt mit Recht feststellte, daß die Frauen jetzt viel besser kochen könnten als sonst in der täglichen Hetze, wenn sie beschäftigt sind. Nur, bemerkt Marx, fällt dieses Besserkochenkönnen unglücklicherweise in eine Zeit, in der sie kein Geld haben, um genügend

Lebensmittel zu kaufen, weil sie arbeitslos sind. Versteht Ihr: Das ist ein Blick in den Alltag der Arbeitslosen, ein Blick in die ganze tragische Dialektik der Arbeitslosenverhältnisse, der einfach ein Musterbeispiel für das Alltagsstudium ist.

F.D.

Du hast - ich meine: sehr zu Recht - auf operative Probleme der Geschichtsschreibung hingewiesen. Dazu gehört aber auch die Rezeption Deiner 'Geschichte des Alltags des deutschen Volkes' in der Bundesrepublik. Deshalb abschließend zu diesem Komplex folgende Frage: Was ist Deine Antwort auf folgende Thesen: Der Alltag sei Schlüssel nicht nur zur Erklärung, sondern auch zur Rechtfertigung des Reformismus in der Arbeiterbewegung. Zweitens: Die Erforschung des Alltags erweise die revolutionäre marxistische oder leninistische Richtung in der Arbeiterbewegung als entfremdete Form gegenüber der wirklichen Alltagserfahrung der Arbeiter?

J.K.

Die Antwort ist ganz einfach. Wir studieren den Alltag im Kapitalismus, um einen großen Teil des Alltags der Werktätigen besser verstehen zu lernen und um zu lernen, diesem so oft spontanen Leben eine bewußte, uns bewußte, doch keineswegs immer den Werktätigen bewußte Richtung auf den Kampf gegen das Monopolkapital zu geben. Lenin hat nach der Revolution einmal gesagt, wir müßten uns daran gewöhnen, mit Menschen zu arbeiten, die im Kapitalismus aufgewachsen sind und viele der Auffassungen des Kapitalismus mitgebracht haben. Wir müssen uns auch daran gewöhnen, Menschen, die im Alltagsleben auf tausendfache Weise - sei es durch Groschenromane, durch Film, durch Radio, durch Fernsehen - beeinflußt werden und in einer natürlichen Trägheit verharren, in die richtige Richtung zu lenken, zunächst einmal emotional, aber so weit wie möglich auch operational. Und wir müssen lernen, die Oberflächenerscheinungen zu nutzen bzw. zu bekämpfen in unserer Politik. Viel zu oft versuchen wir, die Werktätigen mit fundamentalen Feststellungen zu gewinnen. Aber sie erleben doch nicht stets nur die fundamentalen Feststellungen, sondern sie erleben vor allem doch auch die Oberflächenerscheinungen des Kapitalismus. Der Kapitalismus sorgt dafür, daß so manche Oberflächenerscheinungen ein farbenfrohes, glänzendes oder zumindest erträgliches Bild abgeben. Hier muß unser Kampf einsetzen. Und darum erscheint mir das Studium des Alltags so wichtig: nicht nur, um zu begreifen, was die Massen denken, sondern vor allem auch, um zu lernen, das Denken der Massen, das wir durch den Alltag erfahren, zu wandeln, auf ein höheres Niveau zu bringen, sie zu

politisieren oder doch zumindest zu emotionalisieren.

G.M.

Aber das wären ja dann Eingriffe 'von außen', sagen die Kritiker.

J.K.

Nein, das sind die Eingriffe der Avantgarde, nicht von außen; der Avantgarde, die aus den Werktätigen, insbesondere aus der Arbeiterklasse kommt. Wir sind ein Teil der Massen, aber wir sind der bewußte Teil von ihnen, wir sind der am klarsten sehende Teil von ihnen. Das sind wir aber nicht von außen her, sondern wir sind ein Teil von ihnen. Das ist das Wichtige. Das muß man gegen die Behauptung sagen, wir wollten von außen Einfluß ausüben. Wir sind ein Teil von ihnen, auch wenn sie zum größten Teil das noch nicht begreifen. Sie müssen lernen, es zu begreifen.

D.K.

Nur müssen wir gelegentlich auch dafür offen sein, uns ein bißchen verunsichern zu lassen in dieser Avantgardefunktion. Auch die Urheber der Sozialfaschismusthese betrachteten sich als Avantgarde. Wir müssen uns bereit zeigen, zurückzufragen und uns verunsichern zu lassen.

G.M.

Und hinzuzulernen.

J.K.

Ja. Sieh doch mal: wir müssen täglich von den Massen lernen, wie Lenin sagt, das Ohr an den Massen haben, an unserer Umgebung, von der wir doch ein Teil sind. Und darum sage ich doch auch, daß Marx und Engels zwar zur Intelligenz gehört haben, aber geformt wurden sie von der Arbeiterklasse, ihren Bedürfnissen, ihrem Leben. Sie wurden bedrängt, politisch weiterzudenken. Und auch wir müssen uns von dem Alltag der Werktätigen bedrängen lassen, unsere - nennen wir es einmal ganz allgemein - Erziehungsversuche oder auch Agitation, Propaganda und Presse danach zu richten, was wir vom Alltag und den Emotionen und dem Denken der Werktätigen lernen können. Wir müssen anknüpfen an dieses Lernen, nicht an eine Theorie. Du mußt in der Erziehung anknüpfen an den Menschen, so, wie Du ihn vorfindest, an die Werktätigen, so wie Du sie vorfindest. Du kannst nicht anknüpfen an den lieben Gott oder an eine Theorie. Aber indem Du an sie anknüpfst und sie fesselst, kannst Du auch theoretisch durchdringen, was sie denken, und sie selbst auch zu theoretischen Überlegungen bringen.

7. Über Kultur und Klassen

D.K.

Wenn wir jetzt über Kultur sprechen, wollte ich beginnen mit dem, was mir am eindrucksvollsten an den fünf Bänden Deiner Alltags-Geschichte gewesen ist, nämlich wie bei der Lektüre deutlich wird, welche Unterschiede des kulturellen Lebens der breiten Schichten der Bevölkerung in den einzelnen Epochen der Geschichte bestehen. Und das finde ich großartig und sehr spannend. Es war für die Kulturgeschichte eigentlich auch ein Desiderat, wie Du bestimmte formationsspezifische Aspekte herausgearbeitet hast, etwa die Unterwerfung von Teilen des kulturellen Lebens und des kulturellen Verhaltens unter die Dynamik des Marktes im 19. Jahrhundert. Du bringst das Beispiel der Veränderung in der Bekleidungsindustrie, die entsteht, wenn die Schneider ersetzt werden durch die auf Vorrat arbeitende Verlagsindustrie. Du bringst andere Beispiele, wie das Leben sich verändert hat. An diesen Beispielen wird die Formationsspezifität der Entwicklung der Breitenkultur deutlich. Aber es sind mir zu wenig dieser Bereiche in Deinen Büchern. Ich hätte es spannender gefunden, wenn Du solche Punkte noch intensiver abgehandelt hättest.

J.K.

Zu Deiner letzten Bemerkung muß ich sagen, daß das an unserer allgemeinen und erst recht an meiner spezifischen Unbildung in bezug auf die Kulturgeschichte liegt. Wir planen ja jetzt in der DDR eine Kulturgeschichte Deutschlands, und ich glaube, danach werden wir vieles klarer sehen. Du hast völlig recht, daß es ungeheuer wichtig ist, die Kultur mit den Gesellschaftsformationen zu verbinden, und zwar sowohl die Frage der Verbreitung der Kultur (ich spreche jetzt noch nicht von Klassenkultur, sondern überhaupt von Kultur) wie auch der Tiefe der Kultur und der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der Kultur. Wir brauchen nur daran zu denken, welche Rolle etwa in der Feudalzeit die religiöse Kultur gespielt hat und wie gering die Rolle der wissenschaftlichen Kultur war; wie sich das mit der Renaissance und mit dem Protestantismus zu ändern begann, und welche Rolle die Wissenschaft insbesondere im Kapitalismus zu spielen begann. Weiterhin die Verbreitung dessen, was wir die politische Kultur nennen können. Dabei bedeutet natürlich das Auftauchen der Arbeiterklasse einen grundlegenden Unterschied im Vergleich zu der Rolle der Werktätigen in der Feudalzeit. Auch dort müssen wir unterscheiden zwischen den Bauern und den Handwerkern. Die Handwerker (ich spreche jetzt von den städtischen

Handwerkern) waren natürlich stark politisch orientiert, insbesondere in ihrem Kampf zunächst gegen den Adel und dann gegen die Kaufleute in den Städten. In der Antike haben wir ja eine außerordentliche Spaltung zwischen den Sklaven und den Freien. Allgemein haben wir natürlich eine Ahnung von solchen Hauptproblemen. Aber schon z.B. das von Dir angesprochene Problem der Modekultur oder der Vermarktung der Kultur, die ja im 20. Jahrhundert einen ganz ungeheuren Umfang erreicht hat, ist relativ wenig untersucht worden. Den Beginn der Vermarktung der Kultur bemerken wir schon in der Zeit der Renaissance, wo die Kultur auch als Aushängeschild der herrschenden Klasse eine beachtliche Rolle spielt. Niemand im Mittelalter war erstaunt, wenn Ritter Analphabeten waren und wenig Verständnis für Kultur hatten. Das wurde anders in der Renaissance. Heute gilt es natürlich als ein Manko, wenn Manager und Unternehmer nicht auch ein bißchen was über Kultur, Angelesenes zumeist, sagen können. Unter Umständen gibt es sogar Großmagnaten des Monopols, die ein echtes Verständnis für Kultur entwickeln und zumindest Kunst mit Verständnis sammeln bzw. sich die richtigen Experten zu suchen verstehen. Aber im ganzen stimme ich völlig mit Dir überein, daß man diese Problematik viel stärker in einer Geschichte des Alltags eines Volkes behandeln muß, als ich es getan habe, und natürlich bist Du als Kulturexperte, entschuldige, wenn ich diesen etwas anrühigen Ausdruck gebrauche, besonders beeindruckt von diesem Mangel in meiner Geschichte des Alltags.

D.K.

Der Mangel ist ja wirklich nur die eine Seite. Die andere Seite ist das Positive. Du hast sehr gut nutzbare Ansätze herausgearbeitet. Aber es gibt einen Punkt, wo ich Probleme habe, wie Du weißt: das ist Deine Einschätzung der Kulturleistung, der Kulturtätigkeit der Bauern. Mir scheint es, daß es dieser eigenen Leistung der Bauern nicht gerecht wird, wenn man sie nur als gesunkenes Kulturgut betrachtet oder wenn man, wie Du es auch gelegentlich tust, einmal von diesem gesunkenen Kulturgut als der verdünnten Ableitung der Kultur der herrschenden Schichten sprichst und daneben etwas setzt, was Du 'Massenkultur der Vorklassengesellschaft' nennst. Das erinnert mich sehr stark an die Theorie von Hans Naumann, die in der Volkskunde der 20er Jahre diskutiert wurde.²⁵ Es war eigentlich eine elitäre Theorie, die das 'Volk', also die bäuerliche Bevölkerung, als eine sehr undifferenzierte Masse betrachtete und davon ausging, daß schöpferische Leistungen nur von der Oberkasse kommen. In den Diskussionen um die Thesen von Hans Naumann wurde darauf hingewiesen, daß selbst, wenn die Bauern Dinge übernehmen, sie diese umgestalten und ihren eigenen Bedürf-

nissen, ihrer eigenen Lebensrealität, ihrer Identität entsprechend aufnehmen und umgestalten. Darin liegt bereits eine eigene schöpferische Leistung. Ganz unabhängig davon, was es darüber hinaus an weiteren eigenständigen schöpferischen Leitungen gibt. Dies zu verleugnen, würde bedeuten, den Bauern keine Geschichte zuzubilligen. Aber sie besitzen eine Geschichte. Sie haben ihre Produktivkräfte entwickelt, sie sind von der Zwei-Felder- zur Drei-Felder-Wirtschaft übergegangen, sie haben neue Pflüge eingeführt usw. Das sind kulturelle Leistungen. Ganz abgesehen von eigenen ästhetischen Ausdrucksmitteln, die sie auch besaßen.

J.K.

Also zunächst möchte ich Dir danken für die freundlichen Worte, daß ich Dir viele Anregungen gegeben habe. Das erinnert mich daran, daß in dieser Woche in der 'Weltbühne' ein Büchlein von mir besprochen wurde unter der Überschrift 'Der große Anreger'. Du hast die Sache sehr genau im freundlichen Sinne für mich getroffen, sicherlich finden sich einige Anregungen, und das ist ja wichtig. Man kann ja nicht gleich alles leisten. Pioniere beginnen sehr häufig mit Anregungen, die dann Klügere ausführen und wirklich fundiert ausarbeiten.

Bei der Frage des Schöpferischen sind wir grundlegend verschiedener Meinung. Die Klassiker haben nie behauptet, daß die Massen schöpferisch in der Geschichte sind; weder bei Marx noch bei Engels findest Du darüber etwas, soweit es um die Klassengesellschaft geht. Lenin betont ausdrücklich das Unschöpferische der Masse vor der Arbeiterklasse, z.B. in der Französischen Revolution, wo er ganz klar und deutlich sagt, daß die Rolle der Massen eine passive und zerstörende war, während die schöpferische Rolle der Bourgeoisie, dem Bürgertum zufiel. Das ist ja auch klar. Jede herrschende Klasse formt die Gesellschaft nach ihrem Bild. Das findest Du ja schon im Kommunistischen Manifest. Und das ist auch die Auffassung, die ich habe. Sie ist heute selten vertreten. Seit dem Auftreten Chruschtschows gegen Stalin, gewissermaßen als Gegenlinie gegen den Personenkult, schlug das Pendel so um, daß überhaupt nur die Massen schöpferisch in der Geschichte waren. Heute ist es so, daß man nicht mehr allein den Massen das Schöpferische in der Geschichte der Klassengesellschaft zuschreibt. Man muß auch meiner Ansicht nach unterscheiden zwischen: Anstoß zum Fortschritt geben und: den Fortschritt selbst vollbringen. Es gibt ein wundervolles Beispiel von Marx dafür im 'Kapital', wo er sagt, daß die großen technischen Fortschritte im vorangehenden halben Jahrhundert den 'Emeuten' der Arbeiter zuzuschreiben sind, denn wenn die Arbeiter durch siegreichen Widerstand sich z.B. höhere Reallöhne oder eine kürzere Arbeitszeit sichern,

dann fühlen sich die Kapitalisten gezwungen, technisch fortzuschreiten, um billiger zu produzieren und auf diese Weise ihren Profit entsprechend zu erhöhen. D.h. der Klassenkampf ist natürlich der Motor des Fortschritts in allen Klassengesellschaften, aber die Richtung des Fortschritts, das Schöpferische wird von der herrschenden Klasse vorgegeben bis hin zum Klassenbewußten Auftreten der Arbeiter. Und das erscheint mir auch sehr natürlich, wenn man sich ansieht, was Marx und Engels unter kulturellen Leistungen verstanden. Im 'Anti-Dühring' z.B. sind es die Leitung des Staates, Leitung der Arbeit, Recht, Kunst, Wissenschaft usw., und das wird ausschließlich der herrschenden Klasse zugeschrieben, weil diese die Mußzeit hat, weil diese das Mehrprodukt für sich verwendet, um die Mußzeit für sich zu haben - also Mußzeit nicht im Sinne von weniger Arbeit, sondern als Möglichkeit zu ganz anderer Arbeit, eben zu schöpferischer Arbeit. Auch im 'Ursprung der Familie' sagt Engels, daß jeder Fortschritt in der Produktion begleitet ist von einem Rückschritt für die Werktätigen. Und wenn der Fortschritt in der Produktion auch einen Fortschritt in der Kultur der Werktätigen bedeutete, dann hätte er sicher nicht so formuliert. In der 'Kritik des Gothaer Programms' sagt Marx ganz scharf und deutlich, daß es ein Gesetz der Geschichte ist, daß wir bei den Nichtarbeitenden, also bei der herrschenden Klasse, eine Akkumulation von Reichtum und Kultur und bei den Arbeitenden eine Akkumulation von Armut und Verwahrlosung haben.

Ich bin überzeugt, daß es falsch ist, zu sagen, daß die werktätigen Massen vor der Arbeiterklasse schöpferisch in der Geschichte auftraten (im allgemeinen - selbstverständlich gibt es immer Ausnahmen, jedes Gesetz wirkt nur als Tendenz). Wenn ich diese Auffassung ganz scharf bekämpfe, bin ich aber auch fest entschlossen, darzulegen, was Marx und Engels und Lenin unter Kultur verstanden und wie vor allem Lenin Kulturleistungen der Arbeiterklasse herausarbeitete. Das ist auch meine Auffassung von Kultur. Aber ich kämpfe nicht gegen diejenigen, sondern liege im Meinungsstreit mit denen, die heute einen weiteren Kulturbegriff als die Klassiker haben, der meiner Ansicht nach praktisch mit 'Lebensweise' übereinstimmt. Heute wird z.B. die tägliche Arbeit, die zur Gewinnung des Lebensunterhaltes notwendig ist, Du sprachst auch davon, als ein Kulturgebiet betrachtet, während Marx und Engels schon dadurch, daß sie zeigten, wie eine wahre Kultur entsteht, sich ganz scharf dagegen ausgesprochen haben. Ihr Ideal und im Kommunismus zu verwirklichender Traum ist die automatische Fabrik, in der die Arbeiter nur noch Wächter und Kontrolleure sind und Reparaturarbeiten machen müssen. Ich sage immer in meinen Vorträgen, man wird dann ein bis eineinhalb Jahre in der Produktion arbeiten müssen,

und dann ist man frei sowohl für kulturvolle materielle Arbeit, Kunsthandwerk usw. wie auch für kulturvolle geistige Arbeit. Aber ich habe nichts prinzipiell dagegen, wenn man von einem engeren und einem erweiterten Kulturbegriff sprechen will. Nur muß man als Marxist dann ganz klar sagen, daß man über Marx hinausgeht, sagen wir aufgrund neuer Forschungen oder Erfahrungen, indem man neben dem engeren Kulturbegriff, so wie ihn Marx und Engels hatten (übrigens auch Goethe und Schiller - Goethe auch in bezug auf Verwaltung, auf die Leitung der Arbeit, er war ja auch Bergbaudirektor), gewissermaßen neben dem, was man heute Hochkultur nennt, einen ganz weiten Begriff der Kultur entwickelt. Aber ich möchte gleichzeitig sagen: Wenn man sich die Arbeit in den Betrieben heute ansieht, sowohl im Sozialismus wie im Kapitalismus, dann merkt man bei der Betriebsarbeit sehr wenig von Kultur. Sie ist oft entweder langweilig oder schwer. Und selbst wenn bestimmte mechanische Griffe gelernt werden müssen, die auch Affen lernen (entschuldige, das soll man mal ganz brutal sagen), so würde ich das nicht als Kultur bezeichnen. Auch Ratten gewöhnen sich an alle möglichen Komplikationen, um an ihr Futter zu kommen. Und das würde ich selbst beim erweiterten Kulturbegriff sehr ungern noch als Kultur bezeichnen. Ganz anders ist das Kulturleben im Betrieb, wenn wir an Gewerkschaftsversammlungen und an Parteiversammlungen, wenn wir an Brigaden bei uns denken: Sie haben ein eigenes Kulturprogramm, d.h. aber nicht, daß sie eine eigene Art der Arbeit haben, sondern sie treiben als Brigaden das, was ich unter Kultur verstehe. Das gehört heute in den sozialistischen Ländern zur Kultur der Arbeiterklasse.

G.M.

Dieter Kramer hat einige Beispiele der Bauernkultur genannt. Weiter könnten erwähnt werden: kunstvolle Be- und Entwässerungssysteme der Bauern in einigen Gebieten; Haus- und Hofformen, die der jeweiligen Wirtschaftsweise ingeniös angepaßt sind; Schnitzereien (etwa an Fachwerkhäusern bei uns im Hessischen - in den Wintermonaten hatten die Bauern ja oft genug Zeit für solche Arbeiten); durchgreifende Verbesserungen bei der Zugtier-Anspannung. Und sie besaßen Kultur im engeren Sinne: Lieder, Musik, Tänze, Feste. Auch der Erhalt der deutschen Sprache, die ja im 18. Jahrhundert von erheblichen Teilen der Oberklasse gar nicht mehr beherrscht wurde, ist neben vielen anderen Dingen den Bauern zu verdanken. Würde man diese bäuerlichen Kulturaktivitäten unter einen weiten Kulturbegriff, wie Du ihn jetzt konzidiert hast, subsumieren können?

D.K.

Darf ich das noch ergänzen: Die eigenen Leistungen der Bauern bezogen sich auch auf Funktionen der Leitung und Organisation des Produktions- und Lebensprozesses. Dir sind 'Weistümer', schriftliche Fixierungen der lokalen Rechtsformen, aus der historischen Wissenschaft ein Begriff. Und was in diesen Weistümern drinsteht, bezieht sich auf die Relation zu der Herrschaft, zu den Herrschaftsinstitutionen, aber es sind gleichzeitig eigene, in für die Bauern günstigen Positionen des Klassenkampfes festgeschriebene Organisationsformen darin enthalten, nämlich Formen der Leitung und Organisation des Lebensprozesses und des Produktionsprozesses. Das scheinen mir höchst schöpferische Leistungen zu sein, die weit über das hinausgehen, was Du 'direkte Überbauvollziehung natürlicher Gegebenheiten' nennst. Denn auch die Bewässerungssysteme, etwa in den wasserarmen Teilen der südlichen Alpen, sind so komplexe Systeme, die so eng verbunden sind mit kulturellen Lebensäußerungen, mit Festen z.B. oder mit sprachschöpferischen Tätigkeiten, daß man nicht einfach sagen kann, es seien nur 'Überbauvollziehungen natürlicher Gegebenheiten'.

J.K.

Zunächst möchte ich sagen, daß es unserer Forschung auf diesem Gebiet der Landwirtschaft noch nicht gelungen ist, festzustellen, woher diese Verbesserungen kommen. Zuweilen wissen wir, daß z.B. Bewässerungssysteme entweder aus der Vorklassengesellschaft überkommen sind oder von den Großgrundbesitzern und nicht von den Bauern stammen. Bei Veränderungen im Anbau wissen wir ganz klar, welche Rolle die Pfarrer spielten bei den Bemühungen, sie aus den Erfahrungen der Feudalherren oder der Klöster bei den Bauern einzuführen. Das heißt, hier handelt es sich meiner Ansicht nach um, z.T. sehr träge eingeführte Verbesserungen, die den Bauern von der herrschenden Klasse vermittelt wurden. Gewisse Regelungen in bezug auf die Ernte und auf Aussaat usw. stammen ja aus der früheren Zeit. Diese Regelungen wurden also vor der Klassengesellschaft eingeführt. Das erkennt man auch schon daran, daß auch später die Großgrundbesitzer an diesen Regelungen teilnahmen. Es waren ja nicht nur Bauern, die den Erntebeginn bestimmten, sondern das war ein allgemeiner Beschluß: jetzt beginnt die Ernte. Ein Großteil solcher fortschrittlichen Veränderungen kommt meiner Ansicht nach von den herrschenden Klassen auf dem Lande und nicht von den Bauern, die hier nur folgen. Zweitens weißt Du ja, daß ich nie die Bauernkultur als Kultur der Bauern bestritten habe, sondern nur als Klassenkultur der Bauern, d.h. als ihre eigene Schöpfung. Und wenn Naumann gesagt hat, daß die Kultur der Werktätigen (ich füge natürlich im Gegensatz

zu Naumann hinzu: vor dem Entstehen und der Entwicklung der Arbeiterklasse) eine herabgesunkene, von Oben herabgesunkene Kultur gewesen ist, dann erscheint mir das eine zum Teil nicht falsche Feststellung. Sie hat, richtig betrachtet, nichts mit elitärem Denken zu tun, denn die herrschende Klasse ist keine Elite, sondern ein wesentlicher Teil der Gesellschaft in der Feudalzeit, insbesondere, wenn man noch ihre ganze soziale Umgebung berücksichtigt. Das ist meiner Ansicht nach auch eine der Begründungen für die historische Notwendigkeit für die Befreiung der Werktätigen von der Herrschaft der herrschenden Klassen: Damit sie ihre eigene Kultur entwickeln können. Und auch wenn wir wahrlich mit Recht sagen, daß die Arbeiterklasse schon im Kapitalismus eine eigene Kultur entwickelte, dann müssen wir immer hinzufügen, daß diese Kultur zwar die wundervollsten Leistungen auf einzelnen Gebieten hervorbrachte, sagen wir in der Politik, sagen wir in der Analyse der Wirtschaft, daß sie aber auf vielen anderen Gebieten einfach abhängig von der Kultur der Herrschenden war. Das hat ja Otto Rühle sehr schön auf einem Spezialgebiet gezeigt. Wir sehen das auch deutlich an der für die Massen z.T. direkt zurechtgemachten Kultur, die ja gar nicht notwendigerweise der Kultur der herrschenden Klasse entsprechen mußte, sondern zurechtgemacht wurde für die Massen. Denkt nur an die Trivialromane, denkt an die Trivialpredigten, deren Form entwickelt wurde, damit die Bauern mit Interesse der ganzen Predigt zuhörten, auch dem Teil, der vom Himmel und von den guten, edlen Herrschenden erzählte. Ich empfinde das Fehlen einer Klassenkultur etwa der Bauern und ihr Angewiesensein auf das Herabsinken der Kultur der Herrschenden als eine der tragischen Erscheinungen der Zwischenzeit zwischen dem Urkommunismus, um einmal ein altes Wort zu gebrauchen, und dem zukünftigen Kommunismus bzw. schon dem Sozialismus. Aber bereits in der Zeit des Klassenbewußtwerdens der Arbeiter unter dem Kapitalismus haben diese z.T. außerordentlich erfolgreich, aber immer auf sehr beschränktem Gebiet versucht, sich eine eigene Kultur zu schaffen.

D.K.

Wenn Du von der Trägheit der Bauern sprichst, dann erinnert das an das 18. Jahrhundert, als die Aufklärer versuchten, mit Klee-Predigten und vergleichbaren Dingen den Bauern neue Produktionsformen aufzuzwingen oder ihnen schmackhaft zu machen. Aber daß die Bauern in Zeiten, in denen der Fortschritt, das Wachstum ihrer Produktion in hohem Maße von den Herrschenden angeeignet wurde, kein besonderes Interesse daran hatten, solche neuen Dinge zu rezipieren, und deshalb als 'träge' erschienen, das ist verständlich. Wenn ich von der Lebendigkeit der Bauernkultur spreche,

denke ich eher an die Zeiten der Renaissance, in denen es den Bauern auch aufgrund der Agrarkonjunktur besser ging und in denen sie Möglichkeiten einer wesentlich deutlicheren Entfaltung ihrer eigenen Lebensform hatten. Da bildeten sie eine kulturelle Lebensform heraus, in der das enthalten war, was wir als Identität von Kultur und Lebensform bezeichnen können.

G.M.

Vielleicht wurden sie erst 'träge' nach der furchtbaren Niederlage im Bauernkrieg, vielleicht waren sie früher viel lebendiger.

D.K.

Das ist ein schwieriges Problem. Ich wollte das jetzt in einem Punkt noch etwas weiterführen.

J.K.

Entschuldige, darf ich jetzt erst antworten, und Du führst dann weiter? Weißt Du, ich habe ja vorher gesagt, daß, wie Marx uns klarmacht, jedes gesellschaftswissenschaftliche Gesetz als Tendenz wirkt, und ich möchte Dir eine ganz großartige Entdeckung meines Freundes Wolfgang Eichhorn, der bei uns im Zentralinstitut für Philosophie der Akademie arbeitet, erzählen. Er hat sie gegen mich vorgebracht, aber ich stimme völlig damit überein. Er fragt: Wie ist das mit den Übergangsperioden? Die Übergangsperiode von der Urgemeinschaft bzw. der teilweisen Sklavenwirtschaft bis zur Feudalzeit in Deutschland ist ja eine Periode, die jahrhundertlang dauerte. In dieser Periode waren die Bauern relativ frei. Sie mußten gewisse Abgaben leisten, aber die muß man immer an die Obrigkeit abgeben, auch wir in unserer DDR an den Staat. Aber man kann nicht sagen, daß ihnen ein beachtlicher Teil des Mehrprodukts geraubt wurde. Freie bzw. relativ freie Werktätige sind aber natürlich immer fähig zu kulturellen Leistungen, und es kann auch sehr gut sein (das muß man näher untersuchen), daß auch in der Anfangszeit des Feudalismus, also nicht in der Übergangszeit, sondern auch zu Beginn seiner Konsolidierung, sagen wir im 9./10. Jahrhundert, von dieser Lebendigkeit noch ein Teil übrig geblieben ist. Die stärkere Unterdrückung setzt ja erst im Lauf der Zeit ein, und darum würde es mich nicht wundern, wenn man die Ausdrücke 'Trägheit' bzw. 'Traditionsgebundenheit', die Marx für die Feudalzeit überhaupt verwendet, für die Anfangszeit bzw. für die Gegenden, in denen die Bauern weniger unterdrückt waren, nicht anwenden kann. Du hast die Renaissance erwähnt. Ja, weißt Du, das Erstaunliche ist doch, daß wir im 15. Jahrhundert eine Doppelbewegung im deutschen Feudalismus haben: auf der einen Seite den Versuch einer stärkeren Unterdrückung,

eines stärkeren Mehrproduktraubs, auf der anderen Seite einen siegreichen Widerstand der Bauern gegen den Mehrraub von Mehrprodukt mit dem Erfolg, daß ihnen ein größerer Teil des Mehrprodukts blieb. Diese seltsame Kombination ist ja auch eine Erklärung für den Bauernkrieg. Auf der einen Seite fühlten die Bauern, sie hatten schon Erfolge, die dann weitergeführt werden mußten, und auf der anderen Seite gab es die stärkere Unterdrückung, gegen die man ankämpfen mußte. Und wenn Du sagen würdest, daß wir in der ersten Zeit der Renaissance eine wiederbeginnende Lebendigkeit unter Teilen der Bauernschaft finden, so ist das nur eine Bestätigung meiner Grundthese und zeigt, wie vorsichtig man bei Untersuchungen sein muß und wie man in der Feudalzeit zeitlich und lokal differenzieren muß. Und es zeigt weiter, wie notwendig viel intensivere Regional- und Lokaluntersuchungen, als sie vorliegen, gebraucht werden.

D.K.

Die volkscundliche Forschung hat herausgearbeitet, wie sehr schöne und reiche Fachwerkhäuser in manchen Regionen zu Zeiten entstanden sind, wo dort Agrarkonjunktoren besonders hohe Preise für die Agrarerzeugnisse realisierbar machten. Da gab es z.B. Teile des deutschsprachigen Gebietes während des 30jährigen Krieges, die nicht vom Krieg berührt wurden und die in dieser Zeit in einer Agrarkonjunktur lebten. In solchen Gegenden sind die schönsten Bauernhäuser, die wir haben, entstanden. Vorher gab es Zeiten der Agrarkonjunktur zwischen den Pestzügen. Du sprachst vorhin davon, daß einerseits die Bauern von seiten der Grundherren in der Renaissance neuen Belastungen unterworfen wurden, daß sie aber andererseits mehr Teile des von ihnen erzeugten Reichtums für sich verwenden konnten. Das hing ja mit solchen Agrarkonjunkturjahren zusammen. Wilhelm Abel ist zwar ein konservativer, wenn nicht gar reaktionärer Forscher, aber diese Sache mit den Agrarkrisen und den Agrarkonjunkturen und ihren Auswirkungen auf das kulturelle Leben und die kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Bauern hat er sehr schön herausgearbeitet.²⁶ Ich hätte mir von Dir als Wirtschaftswissenschaftler auch in den Büchern vom Alltag an manchen Stellen ein bißchen mehr über diese Beziehungen zwischen Konjunktur und Kultur erwartet.

J.K.

Du hast wieder völlig recht. Es kann natürlich sein, daß - wenn eine lang dauernde günstige Konjunktur mit entsprechend größerem Anteil am Mehrprodukt für die Bauern herrscht - sich kulturelle Regungen ergeben. Das erscheint mir ganz sicher. Wobei man natürlich noch unterscheiden muß

zwischen eigenen schöpferischen Leistungen und größerer Aneignung der Kultur der Herrschenden. Was aber die Bauernhäuser betrifft, so ist es doch so, daß wir bis ins 16. Jh. kein einziges Bauernhaus von armen Bauern, also von der großen Masse der Bauern überhaupt besitzen. Die Häuser sind entweder abgebrannt, oder sie zerfielen wegen ihrer Kümmerlichkeit. Die schönen Bauernhäuser sind ja Häuser von reichen Bauern. Und daß die reichen Bauern von der allgemeinen Kultur mehr mitbekamen und auch mit eigenen Anregungen die Handwerker zu besonderen Leistungen motivierten, das scheint mir selbstverständlich. Das sage ich aber auch in meinem Buch. Hier differenziere ich sehr deutlich. Es gibt in Niedersachsen einen Museumsdirektor, der einen Artikel über 'Bauernmöbel' geschrieben und gesagt hat, er gebrauche diesen Ausdruck nicht mehr, weil es Handwerkermöbel sind und nicht Bauernmöbel. Das erscheint mir ein sehr wichtiger Punkt in dem Streit zwischen uns. Daß die Handwerker eine eigene Kultur entwickelten, darüber besteht ja gar kein Zweifel, aber die Handwerker gehörten z. T. zur herrschenden Klasse, und die großen Handwerker, die gehörten doch, denken wir nur an die Renaissance, zu den begehrtesten Menschen der Gesellschaft überhaupt. Ich denke an Benvenuto Cellini und so manche andere.

D.K.

Aber diese Handwerker waren eben von den Bauern in den Dienst genommen, sie arbeiteten für die Bauern, sicherlich, da muß ich Dir recht geben, für reiche Bauern. Und etwa in Gebieten, wo das Anerbenrecht herrschte, da gab es nur reiche Bauern, die anderen waren abhängige Landarbeiter oder mithelfende Familienangehörige. Sicher ist die soziale Zuordnung zur werktätigen Bevölkerung bei den reichen Bauern nicht so einfach.

J.K.

Sie wurden aber in grundlegend verschiedener Weise als Marx und Engels in den Dienst genommen. Marx und Engels entwickelten eine Wissenschaft, die die Wissenschaft der Arbeiterklasse werden konnte und werden mußte, während die Kunst der Handwerker, die von den Großbauern in den Dienst genommen wurden, keineswegs speziell der Bauernklasse dienen mußte. Ich meine, schöne Fachwerkbauten hast Du auch bei Handwerkerhäusern, und die Truhen in städtischen reichen Häusern sind nicht verschieden oder kaum anders als die der Bauern. Also da liegt schon ein Unterschied des Indienstnehmens.

D.K.

Gewiß. Und das scheint mir ein Teil der formationsspezifischen Unter-

schiede zu sein. Ich hätte mich gern mit Dir geeinigt darauf, daß die Kultur der Bauern und die der Arbeiter sich aufgrund der unterschiedlichen Formationsspezifiken grundsätzlich unterscheiden und daß wir ferner innerhalb der Formation einzelne Entwicklungsschritte, -phasen und Umbruchssituationen unterscheiden müssen. Aufgrund solcher Differenzierungen könnte man dann darauf kommen, daß in unterschiedlichen Phasen der Geschichte die Kultur der Bauern in sich unterschiedlich entwickelt und im ganzen wiederum differenziert ist von jener der Arbeiter. Es gibt aber auch einen Punkt, wo ich gern, vielleicht auch erst im nächsten Beitrag, aufgrund des Vergleichs von Bauernkultur und Deiner Interpretation der Arbeiterkultur auch die Arbeiterkultur etwas relativieren möchte.

J.K.

Ich möchte sagen, daß der Wunsch zur Einigung bei mir genauso intensiv ist wie bei Dir, aber auf einer ganz anderen Basis. Ich meine, daß man eben nicht von einer Klassenkultur der Bauern sprechen kann, was nicht bedeutet, daß man nicht von einer Kultur der Bauern spricht, so wie ich sie versucht habe darzustellen, und daß man nicht von einem Formationsunterschied der Kultur der Bauern und der Arbeiter sprechen kann, sondern daß die Arbeiterklasse als Klasse ständig bemüht ist, eine eigene Klassenkultur zu entwickeln. Dabei gibt es, und darüber müssen wir später sprechen, natürlich große Schwankungen, nämlich Zeiten, in denen die Arbeiterklasse geneigt ist, viel mehr von der Kultur der herrschenden Klasse zu übernehmen als eine eigene Klassenkultur weiterzuentwickeln, und andere Zeiten, Blütezeiten des kulturellen Wirkens der Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus, wo sie außerordentlich schöpferisch in der Weiterentwicklung ihrer eigenen Kultur ist.

D.K.

Wir können die Positionen vielleicht erst einmal so festschreiben und dann den Meinungsstreit irgendwann weiterführen. In bezug auf die Kultur der Arbeiter sprichst Du davon, und das finde ich einen sehr guten und sehr wichtigen Gedanken, daß die bloße Existenz der Arbeiterklasse bereits Wirkungen z.B. auf Künstler besitzt, aber auch Auswirkungen auf den gesamten Kulturprozeß. Hinter diesen Wirkungen wird bereits der Anspruch einer neuen Kultur sichtbar. Du sprichst ferner davon, daß die Arbeiterklasse ihre schöpferischen Leistungen nicht nur aus sich selbst hervorbringt, sondern intellektuelle Überläufer für sich in den Dienst genommen hat. Auch dies ist für mich wiederum ein sehr schönes Bild, was die Situation treffend wiedergibt und was endlich die Fetischisierung der

Arbeiterkultur überflüssig macht. Man braucht nicht nur das zur Arbeiterkultur zu zählen, was von Arbeitern selbst kommt. Bei so wichtigen historischen Leistungen muß man immer auch mit dem Übergang aus anderen Klassen rechnen. Diese Vorstellung, daß die bloße Existenz einer Klasse Wirkungen zeitigt und daß Überläufer aus anderen Klassen in den Dienst genommen werden für die Interessen dieser Klasse, ließe sich ja nun auch mindestens für Teile der kulturellen Geschichte der Bauern gebrauchen. Auf der anderen Seite relativiert das für mich natürlich die Arbeiterkultur insofern, als ich dann eigentlich weniger stark die Neuheit und den Anspruch auf Neuheit betonen möchte, als vielmehr das, was Gramsci in seinem Bild von dem Grabenkampf um die Hegemonie in der bürgerlichen Gesellschaft meint. Die Arbeiter führen auf ihrer Seite einen sehr intensiven Kampf um Positionen innerhalb dieses Systems der kulturellen Hegemonie und bedienen sich dazu auch der Überläufer aus anderen Klassen. Sicherlich erheben sie den Anspruch, irgendwann Hegemon zu werden und den gesamtgesellschaftlichen Kulturprozeß in ihrem Interesse leiten zu können. Zunächst aber werden in diesem Klassenkampf nur einzelne 'Elemente', wie auch Lenin sagt, neugeschaffen. Lenin spricht von Elementen einer zweiten Kultur und nicht davon, daß diese zweite Kultur schon voll da ist.

J.K.

Ich möchte zunächst sagen, daß ich nicht der Ansicht bin, daß die Arbeiter nicht ihre eigene Kultur schaffen, sondern was ich meine, ist, daß das, was Du und ich die bloße Existenz der Arbeiterklasse nennen, natürlich zuerst nur auf bestimmten Gebieten, z.B. auf dem der Wissenschaft, die entscheidende Rolle gespielt hat. D.h. Marx und Engels sind nicht denkbar ohne die Arbeiterklasse, und es ist die Existenz der Arbeiterklasse, die sie gefangengenommen hat, in ihren Dienst gezwungen hat. Aber daß dieses Indienstnehmen von Menschen aus anderen Klassen zur Schaffung einer Arbeiterklassenkultur heute in den kapitalistischen Ländern in großem Maße der Fall ist, kann man doch nur von Gebieten sagen, auf denen die Arbeiterklasse aufgrund ihrer Lebensweise nicht fähig ist, selbständig schöpferisch zu wirken. Du hast mit Recht Künstler genannt, Dichter, d.h. im allgemeinen hauptberuflich tätige Kulturmenschen; entsprechende Produktionen kann die Arbeiterklasse im allgemeinen zunächst einmal nicht aus sich selbst hervorbringen. Auf diesem Gebiet siehst Du bis heute die ganz große Rolle der bloßen Existenz der Arbeiterklasse, die diese Künstler gefangennimmt im besten Sinne des Wortes und sie in ihren Dienst zieht. Aber wenn Du z.B. an Politik und politische Organisationen denkst, dann ist doch eine ganz ungeheure initiative Tätigkeit in der Arbeiterklasse zu

beobachten. Wenn Engels im 'Anti-Dühring' sagt, daß Staat und Staatslenkung die Schöpfung und Aufgabe der herrschenden Klasse ist, dann ist die Parallele dazu bei der Arbeiterklasse die politische Organisation, die Du sonst bei keiner unterdrückten Massenklasse, seien es Bauern, seien es Sklaven, findest. Du findest auch nichts an tiefem politischem Verständnis. Die Emotion spielt ja eine ungeheure Rolle in diesen Bewegungen, aber es gibt kein politisches, historisches Verständnis, das in irgendein Denksystem gebracht wurde, es sei denn eine religiöse Formulierung für die Emotionen - das ist aber eine ganz andere Sache. Mit religiösen Formulierungen kann man natürlich nicht den Fortschritt erzwingen. Man kann damit, wie Engels das nennt, höchstens in der Geschichte vorpellen, um dann furchtbar geschlagen zu werden.

Einer der entscheidenden Gründe für die absolute Notwendigkeit des Sieges der Arbeiterklasse ist daher, daß sie befähigt wird, in einem neuen Gesellschaftssystem und in dessen weiterer Entwicklung auf möglichst allen Gebieten kulturell tätig zu sein. D.h. das, was man früher auf dem Gebiet der Wissenschaft einen Polyhistor nannte, auf das gesamte Kulturgebiet verteilt, sollte im Kommunismus jedem Menschen möglich sein, insbesondere wenn er länger lebt als heute. Er sollte im allgemeinen fähig sein, künstlerisch tätig zu sein - nicht notwendigerweise schöpferisch, aber doch soll er mit Freude kunsthandwerklich arbeiten können; und er soll fähig sein, wissenschaftlich zu arbeiten, er sollte auf allen Kulturgebieten im Laufe seines Lebens arbeiten können, so wie gewisse Leute, hervorragende Leute in der herrschenden Klasse, sagen wir in der Renaissance, dies konnten. Sie waren selbst Künstler, Ingenieure, Politiker und vieles andere. Die allgemeine Beherrschung sowohl der Naturwissenschaften wie der Gesellschaftswissenschaften war ja bis ins 19. Jahrhundert eine absolut übliche Sache bei Gelehrten. Wir lesen mit ganz großer Freude etwa Helmholtz' Schriften über Goethe; und Newton verbrachte den größten Teil seiner Lebenszeit mit unsinnigen theologischen Studien und Schriften. Das vergißt man natürlich, aber so war es. Leonardo da Vinci war im Grunde zwar ein ungeheuer begabter, aber nebenberuflicher Maler - das soll man auch sehen. Das sind doch Traumzeiten und Traumgestalten, die uns zeigen, wie es einmal im vollendeten Kommunismus sein wird.

D.K.

Das einzige Problem bei dieser Perspektive ist für mich die Frage, ob wir uns da einem Entfaltungszwang, einem Genußzwang aussetzen. Vielleicht sind wir nicht mehr in der Lage, kontemplativ genießerisch Zeit zu verbringen, sondern haben immer das Gefühl: jetzt muß ich mich wieder entfalten, jetzt

muß ich wieder künstlerisch oder sonstwie tätig sein.

J. K.

Also, wenn ich von meiner eigenen Erfahrung sprechen darf, so ist es doch in den letzten 20 Jahren so gewesen, daß ich mich immer bemüht habe, Sonnabend- und Sonntagnachmittag einen Detektivroman zu lesen und auf diese Weise kontemplativ genießend die Hälfte des Wochenendes zu verbringen. Der Trieb zur Muße wird nicht verlorengehen - einfach deswegen, weil, wenn man hauptberuflich schöpferisch sein kann, dieses kontemplative Bedürfnis ganz stark ist, wie umgekehrt natürlich das Bedürfnis zur Arbeit. Von der spezifischen Arbeit, die man macht, als erstem Lebensbedürfnis kann heute im allgemeinen noch nicht die Rede sein. Irgendeine Arbeit natürlich will der Mensch immer machen, aber Arbeit als erstes Lebensbedürfnis im Sinne der konkreten Arbeit ist heute, auch im Sozialismus, noch eine große Seltenheit. Andererseits habe ich Erich Honecker einmal gesagt, daß ich mit Recht das Gefühl habe, in vieler Beziehung schon im vollendeten Kommunismus zu leben, weil meine Arbeit erstens eine Arbeit ist, die ich ganz furchtbar gern mache, und ich mich ihr zweitens mit solcher Leidenschaft hingebe, daß ich von der Genossin Kuczynski (sie ist rührend zu mir) die Erlaubnis erwirkt habe, daß ich wenigstens beim Frühstück, das bei ihr sehr lange dauert, aufstehen darf, bevor sie fertig ist, und mit lechzender Zunge an meinen Schreibtisch eilen kann. Als gebildeter und höflicher Mensch warte ich selbstverständlich beim Mittagessen und Abendbrot, bis sie fertig ist.

8. Disput über moralische Ökonomie

F.D.

Ich möchte noch zu diesem Komplex Kultur eine Frage stellen. In der Bundesrepublik werden ja die Arbeiten von Edward P. Thompson ²⁷ erstaunlicherweise erst in den letzten Jahren stärker rezipiert. Du hast schon zur englischen Erstausgabe von 'The Making of the English Working Class' etwas geschrieben, und ich möchte das einmal in den Zusammenhang unserer Kulturdiskussion stellen. Wenn ich die Bedeutung der ersten großen Arbeit von Thompson richtig verstehe, geht es ihm darum, den Konstitutionsprozeß der englischen Arbeiterklasse in einer Periode zu analysieren, die gemeinhin von der Historiographie der englischen Arbeiterbewegung als relativ unbedeutende Vorgeschichte interpretiert worden ist. Und Thompson versucht herauszuarbeiten, daß es gewisse, auch kulturelle Elemente in dieser Zeit gibt, wie die Tradition der Dissenters, die methodistische Tradition, den Einfluß des Jakobinismus. Auch bei der Neuinterpretation des Luddismus versucht er, den politischen Kulturelementen im Herausbildungsprozeß der englischen Arbeiterklasse gerecht zu werden, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie nach seiner Meinung 'fertig' ist und wo dann die traditionellen Historiker mit der Geschichte beginnen, also beim Trade-Unionismus, Chartismus usw. in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts. Nun geht Thompson in seiner neueren Arbeit noch weiter zurück, also in das 18. Jh., und seine neuesten, auch auf deutsch erschienenen Arbeiten tragen den Titel: 'Plebeische Kultur und moralische Ökonomie'. ²⁸ Dort vertritt er die These, daß es im 18. Jh. in England eine politisch aktive 'Menge' gibt. Er spricht nicht von Klassen, er sagt, es gibt die plebeische Menge, und diese Menge ist ein außerordentlich rebellisches Element in der Wirklichkeit der englischen Gesellschaft und ein politisch höchst wirksames Element. Er geht sogar soweit, die scheinbare Schwäche des englischen Staates in dieser Periode daraus abzuleiten, daß die herrschende Klasse in einer ständigen Angst vor dieser rebellischen Menge lebte und ihr auch einen gewissen Freiraum überließ. Eben dieser Freiraum ist dann die plebeische Kultur. In diesen Freiräumen äußert sich die plebeische Kultur auf den Märkten, in Ritualen. Thompson sagt, sie habe sogar eine eigene Ideologie, die er moralische Ökonomie nennt. Das ist auch die geistige Triebkraft für den Kampf um den 'gerechten Preis', also auch für das gewaltsame Handeln gegen die Wucherer usw. Mich würde jetzt die Frage an Dich, aber auch an Dieter Kramer gerichtet, interessieren, wie Ihr im Kontext Eurer bisherigen Diskussion diesen Ansatz einer Kulturgeschichte der Volksmenge interpretiert.

D.K.

Zunächst finde ich den Ansatz von Thompson auch sehr interessant, und es wäre gerade für die Volkskunde sehr wichtig, das zu rezipieren, weil formationsspezifische strukturelle Unterschiede der Kulturgeschichte damit überhaupt erst begreifbar werden. Die Volkskunde sprach früher einfach nur von dem Volk und den Oberschichten. Man hatte nie begriffen, daß etwa die Herausbildung von nationalen Märkten und von Industriewarenproduktion strukturell etwas Neues war im Vergleich zur kleinhandwerklichen Produktion. Thompson ist ferner deswegen so interessant, weil er darauf hinweist, daß auch die vorindustriellen Verhaltensformen, Emeuten und revolutionären Aktionen des Volkes mehr sind als das, was er spöttisch Konvulsionismus nennt, und nicht nur aus Konvulsionen des hungrigen Bauches resultieren. Sie sind strukturiert von Traditionen, von kulturellen Lebensformen usw. Er zeigt, daß Massen immer strukturiert sind. Daß es also nicht die Masse gibt, genausowenig wie es das Volk gibt. Auch vorhin in einem Deiner Beispiele spielte das eine Rolle: Massen sind strukturiert, man kann also, so wie auch Rudé²⁹ und Thompson das gemacht haben, mit Hausnummer und Adresse feststellen, wer denn nun zu dieser Masse gehört. Und Du sprachst vorhin von der unschöpferischen Rolle der Massen in der französischen Revolution und bezogst Dich dabei auf Lenin. Thompson wiederum, und mit ihm oder vor ihm Rudé, weisen darauf hin, daß a) diese Massen strukturiert und mit Namen versehen waren und daß b) die Art und Weise, wie sie handelten, von Elementen moralischer Ökonomie und sonstigen kulturellen Traditionen bestimmt war. Deswegen würde man ihre Rolle heute anders einschätzen als nur unschöpferisch. Das gilt etwa auch für die Maschinenstürmer, bei denen sich in der bundesrepublikanischen Diskussion auch eine Neubewertung anbahnt. Man sagt, Maschinensturm ist nicht mehr nur einfach eine hilflose Aktion gegen die neue Technik, sondern Maschinensturm ist eine von Traditionen der 'moral economy' oder von vorindustriellen Wertorientierungen her geprägte Form der im Effekt vergeblichen, aber von der Zielsetzung her planvollen Auseinandersetzung mit dieser neuen Technik. Man mißt diese an Traditionen und Wertvorstellungen der eigenen Gruppe und tut im Grunde das gleiche, was wir heute von den Gewerkschaften bezüglich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien fordern: nämlich die soziale Kontrolle dieser neuen Mittel zu verlangen.

J.K.

Um gleich bei den Maschinenstürmern zu beginnen: die Maschinenstürmer waren keine Arbeiter, sondern waren Handwerker. Die Arbeiter selbst

arbeiteten selbstverständlich friedlich mit den Maschinen, aber die Handwerker, die Handweber, denen ihre Arbeit durch die Fabriken mit den Maschinen genommen wurde, stürmten diese Maschinen. Eine rein reaktionäre, emotionell durchaus verständliche Bewegung. Es ist völlig klar, daß es eine konservative, man kann sagen: feudale Bewegung war.

F.D.

Das sieht Thompson aber anders.

J.K.

Ja, aber nicht in bezug auf die Menschen, die das getan haben. Es waren Handwerker und nicht Arbeiter. Zweitens, zu Thompson selbst, ich finde ihn einen der anregendsten Schriftsteller, die wir heute auf diesem Gebiet haben, und ich bin ja immer der Meinung, daß ein Fehler unter Umständen viel wichtiger, anregender und bedeutsamer sein kann als eine kleine Richtigkeit. Und darum habe ich eine sehr positive Einstellung zu dem, was Thompson leistet. Du hast mit Recht gesagt, daß Thompson keine Klassendefinition gibt, sondern von Plebejern spricht, und ich halte das bei seinem Thema für absolut richtig, weil es eine völlige Mischung der verschiedensten Gruppierungen innerhalb der Städte war, die diese Demonstrationen und Aufstände durchführten. Die Tradition, die Du nanntest, kann sehr gut eine große Bedeutung haben, aber Du mußt Dir sagen, daß es die Tradition der herrschenden Klasse bzw. der Kirche ist. Dissenters und Methodisten hast Du genannt. Das spricht nicht gegen mich, spricht auch nicht gegen die Tradition der Plebejer, sondern spricht nur dagegen, daß dieses Konglomerat von empörten und unterdrückten Menschen eine 'eigene' Kultur entwickelte. Es ist eine, Du kannst sehr gut sagen: englische Tradition sowohl der herrschenden Klasse wie auch, da ja die verschiedensten Dissenters und Kirchenorganisationen immer einen gewissen Massenzulauf hatten, eine Sache, die zur Tradition der Volksmassen wurde. Ich glaube daher nicht, daß Thompson uns in der Diskussion, die Dieter und ich haben, weiterhilft. Wir beide werden mit vielem, was Thompson sagt, übereinstimmen, ohne daß die Grundverschiedenheit unserer beiden Auffassungen dadurch berührt wird. Aber wichtig erscheint mir, daß Du auf diese Sache hinweist. Du kannst nach dem, was Du gesagt hast, diese Emeuten nicht als eine Klasseneigenschaft ansehen - sie zeigen wieder einmal, welche Eigenschaften einer Gesellschaft überhaupt eigentümlich sein können und gewissermaßen überall in allen Klassen und Schichten zum Ausdruck kommen. Dabei erinnere ich mich an ein sehr interessantes Erlebnis in Kuba. Du erwähntest die Nationalisierung des Marktes. Man muß dabei natürlich auch an Faktoren denken, die früher, sagen wir bei Montesquieu oder bei Turgot,

auch bei Engels, eine große Rolle spielten, z.B das Klima. Ihr wißt, daß es in Kuba seit der Revolution gewisse Schwankungen zwischen der Linie der chinesischen Genossen und der Linie von uns gab, und zwar vor allem in bezug auf die Rolle des moralischen Faktors einerseits und die Stimulierung durch Bezahlung nach der Leistung andererseits. Ich war ja oft in Kuba, und ich kam einmal zu einer Zeit, in der man wieder stark das Moralische betonte, und ich hielt es für notwendig, die andere Seite, auch die rein ökonomische Stimulanz, ganz stark zu betonen. Ich sprach in einer Versammlung, und ein junger Mann trat gegen mich auf und sagte: 'Wozu soll ich nach Leistung bezahlt werden?' Das ganze Jahr kann ich mit meiner Freundin an den Strand gehen. Ich habe ein Hemd und eine Hose, die waschen wir aus, und sonst liegen wir ganz friedlich da. Ich bin absolut gegen die Bezahlung nach der Leistung, die erscheint mir ganz unsinnig'. Hier handelt es sich offenbar auch um eine Klimafrage. Ein zweites Beispiel, wieder bezogen auf die Klimafrage: Castro hat einmal, da stand wieder die Bezahlung nach der Leistung im Vordergrund, für die Zuckerernte als erste Preise Reisen in ein sozialistisches Land und als zweite Preise Kühlschränke versprochen. Und natürlich wollten alle einen zweiten Preis haben, weil der Kühlschrank eine viel größere Rolle in den Tropen spielt als eine Reise in ein sozialistisches Land. Auch das zeigt, wie viele Faktoren, neben dem, was Thompson herausgearbeitet hat, eine Rolle spielen. Die Fragen des Einwirkens auf die kulturellen Elemente sind außerordentlich kompliziert, und zwar nicht nur für das Schöpferische, sondern überhaupt für die Bedeutung kultureller Elemente für ein Volk, und auch speziell für die Unterdrückten im Kapitalismus. Nationale Eigenschaften, Klima usw. gehören dazu. Das zeigt nur wieder, wie kompliziert und wie notwendig es ist, diese Fragen zu berücksichtigen, und auch, wieviele Schätze man für solche Untersuchungen bei großen Denkern der Vergangenheit finden kann, z.B. bei Montesquieu.

F.D.

Obwohl bei Montesquieu die Klimalehre auch ausgesprochen reaktionäre Züge trägt.

J.K.

Aber intelligente Züge.

D.K.

Thompson ist ja bei uns deswegen so interessant für die Diskussion geworden, weil er durch seine Hinweise auf die Existenz von Prinzipien der 'moral economy' vor dem Durchsetzen der Marktwirtschaft in allen Bereichen des

gesellschaftlichen Lebens deutlich macht, daß dieses Vorwiegen von alle Lebensbereiche durchdringenden Marktgesetzen nur eine relativ kurze historische Zeitepoche umfaßt. Alle Gesellschaften vorher ließen zwar Elemente des Marktes in ihrem ökonomischen Prozeß wirken, daneben aber auch Elemente, die sich auf Moral, auf Statik, auf Überleben, auf 'sittliche Weltordnung' oder vergleichbare Gesichtspunkte bezogen. Diese Hinweise auf die 'moral economy' spielen auch in der heutigen aktuellen Argumentation in Zusammenhang mit Sozialabbau usw. eine bedeutende Rolle. Man kann darauf hinweisen, daß diese Unterwerfung unter Marktgesetze ja historisch eine ganz junge Sache ist. Wenn die Konservativen den Marxisten vorwerfen, daß sie auf jemanden zurückgreifen, der schon über 100 Jahre tot ist, dann kann man den Marktwirtschaftlern jetzt vorwerfen, daß sie auf Adam Smith zurückgreifen, der noch älter ist, wobei die historische Geltung der von ihm vertretenen Prinzipien aber nur eine höchst kurze Phase der Menschheitsgeschichte umfaßt.

J.K.

Also diese Theorie der 'moral economy' ist natürlich schon von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest enthüllt worden, wo sie über die Feudalzeit schreiben und auf den schönen Schleier hinweisen, der alle Aktivitäten, seien es die verwandtschaftlichen Beziehungen, seien es die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, seien es rein ökonomische Probleme (denkt an die Zinsfrage!) umhüllte. Der Kapitalismus, also die Marktwirtschaft, hat den Schleier der Moral weggerissen. Es ist ganz klar, daß heute, genau wie es im Kommunistischen Manifest dargestellt ist, im Kapitalismus alles entschleierte, alles auf die Frage des Bargeldes reduziert wird, während man früher viel stärker das Bedürfnis einer moralischen oder religiösen Rechtfertigung hatte. Aber deswegen von 'moral economy' als Gegensatz zur Marktökonomie zu sprechen, scheint mir völlig unrichtig. Richtig ist, von einer religiös und moralisch verhüllten Ökonomie und einer nackten Marktökonomie zu sprechen. Was das Statische betrifft, so hat Thompson völlig recht. Das ist ja das, was ich vorher bezüglich des Charakters der feudalen Gesellschaft anzudeuten versucht hatte. Marx hat sehr klar auch im ersten Band des 'Kapital' darüber geschrieben. Selbstverständlich ist das nur als Tendenz wirksam, aber doch eben sehr markant.

D.K.

Es handelt sich aber bei den Dingen, die für Thompson als Elemente der 'moral economy' wichtig werden, nicht nur um eine Verhüllung, um eine

Verschleierung, sondern um ein tendenzielles Außerkraftsetzen marktwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten. Die Zunftordnung z.B., die soziale Sicherung des Zunftarbeiters durch seine Zunft, das Verbot der Beschäftigung von mehr als einer bestimmten Anzahl von Gesellen, das Verbot der Einführung von Innovationen in die Produktion usw. haben wir bisher immer nur als Hemmnis für die Entfaltung der Produktivkräfte betrachtet. Was wir da bisher nur als Hemmnis der Produktivkraftentfaltung betrachteten, wird heute interessant als ein Element der Überlebenssicherung, mit dem eine Gesellschaft das Überleben ihrer Mitglieder zu sichern suchte. Sie tat dies in sicherlich sehr viel Zwang beinhaltenden Formen, z.B. mit Heiratsverboten oder der Einschränkung der Heiratsfähigkeit usw., aber gleichzeitig hat sie Formen gesucht, die ein Überleben ihrer Mitglieder ermöglichten. Das ist vergleichbar mit sehr vielem, was wir heute aus der Diskussion in den Entwicklungsländern kennen. Und von daher hat eine Neubewertung von solchen Elementen der gesellschaftlichen Statik stattgefunden. Sie sind auf der einen Seite Hemmnisse der Produktivkraftentwicklung, auf der anderen Seite aber sind sie überlebenssichernd in bezug auf die Zurückdrängung von tödlichen Marktmechanismen.

F.D.

Darf ich die Frage ergänzen? Ist es nicht auch so, daß in den heutigen sozialistischen Gesellschaften dieses Moment der 'moral economy' insofern eine große Rolle spielt, als ja in diesen Gesellschaften die Sicherung von Grundbedürfnissen - nennen wir die Preise von Grundnahrungsmitteln, die Preise für Wohnungen, das Recht auf Arbeit usw. - auch mit einem, wie ich meine, sehr hohen moralischen Anspruch gesichert werden, aber z.T. ökonomisch gar nicht so effektiv wirken. Das aber ist sozusagen die moralische Überlegenheit dieses Prinzips, daß der Staat auch dafür sorgt, daß diese Grundbedürfnisse zu besonders günstigen Preisen usw. gesichert werden. Das ist ein moralisches Prinzip, während es vielleicht viele Ökonomen gibt, die sagen, das sei ökonomisch sehr ineffektiv.

J.K.

Also, das sind zwei Probleme. Erstens: Ich meine, daß, auch wenn es sich um nicht 'marktmäßige' ökonomische Probleme, sondern um primitivere ökonomische Probleme handelt, die Moral nur ein Schleier ist. Nimm die Zünfte. Niemand unter den bedeutenden Historikern hat je davon gesprochen, daß die Zünfte in ihrer Blütezeit oder zu ihrem Beginn aufgrund ihrer ökonomischen Politik ein Hemmnis der Entwicklung waren. Immer wurden sie als eine progressive, gerade auch ökonomische Schutzorganisation der

Handwerker betrachtet. Erst als die Zeit kam, in der als Folge des Niedergangs ihre Regelungen verschärft wurden und dadurch zur Erhaltung der überalterten Zünfte beitrugen, kann man sagen, daß sich das gegen den Fortschritt richtete. Ähnliches gilt für die gesamte Feudalgesellschaft: Unendlich viele Regelungen, vom Lehen an, sind in der Anfangszeit und Blütezeit des Feudalismus großartig für den Fortschritt gewesen und entwickelten sich dann zu einem Hemmnis.

Eine zweite Sache ist das, was Frank gesagt hat. Daran ist ganz außerordentlich viel richtig. Wir haben z.B. die absolute Sicherheit eines Arbeitsplatzes für jeden eingeführt. Selbstverständlich hat jeder das Recht auf Arbeit. Und das scheint mir, wenn Du willst, höchst moralisch, ist vor allem aber auch ökonomisch höchst effektiv, denn es bedeutet die Nutzung aller Arbeitskräfte. Das, was meiner Ansicht nach eine Verzerrung dieses Prinzips ist, ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes, auf dem man gerade sitzt; das führt nämlich nicht zu einer Stimulierung der Leistung. Wir sind ja noch keine perfekten Menschen, die sich sagen: Entweder leiste ich immer Besseres oder wirklich Gutes auf meinem Arbeitsplatz, oder ich gehöre auf einen anderen Arbeitsplatz, wo ich Besseres leisten kann, aber vielleicht weniger gut bezahlt werde. Das von den Menschen heute zu verlangen, ist unmöglich. D.h., daß eine Reihe von Grundrechten und Grundsicherungen, die wir besitzen, bei nicht richtiger Anwendung, aber nur dann, zu einem gewissen Hemmnis der Entwicklung führen kann.

Anders ist es beim Beispiel mit den Grundnahrungsmitteln. Wir haben doch wie alle führenden Industrieländer, insbesondere auch wie alle durch den Krieg getroffenen Länder eine große Anzahl von alten Menschen, Rentnern. Im Interesse des Aufbaus können wir den Rentnern nicht so viel Rente geben, wie wir wünschen. Unter diesen Umständen war es für uns absolut notwendig (und ich halte das für die größte Leistung, die wir auf wirtschaftlichem Gebiet vollbracht haben), eine absolute Sicherung von sehr niedrigen (unter dem Wert liegenden) Preisen für alle Grundnotwendigkeiten des Lebens einzuführen. Das gleichen wir, entsprechend dem Wertgesetz (also nicht moralisch, sondern ökonomisch) aus durch recht hohe Preise, auch steigende Preise für Waren, die zu einem höheren Lebensstandard gehören. Das kostet uns ökonomisch nichts. Man weist darauf hin, wieviel Subventionen wir geben müssen, damit die Preise für Brot, für Elektrizität, für Miete usw. niedrig bleiben, aber diese Subventionen werden ausgeglichen durch entsprechende Preiserhöhungen bei anderen Waren. Das Wertgesetz setzt sich im Grunde durch, indem eine ganze Reihe Waren unter ihrem Wert verkauft werden und eine ganze Reihe Waren über ihrem Wert. Aber natürlich ist diese Art der Regelung bestimmt durch den 'moralischen' Faktor der

Mindestsicherung eines erträglichen Lebens, etwa für Rentner. Du hast, wenn Du die Verwirklichung dessen, was man heute Menschenrechte nennt, als eine moralische Sache betrachtest, also völlig recht: Bei uns spielt in diesem Sinne die Moral in der Ökonomie eine beachtliche Rolle, jedoch ohne daß dadurch ökonomische Gesetze verletzt werden. Das ist meiner Ansicht nach das grundlegend Neue am Sozialismus, was wir in keiner Klassengesellschaft vorfinden, ganz gleich, ob, wie im Feudalismus, die ökonomischen Motive mit moralischen Formeln verschleiert werden oder ob ihre nackte Realität den Menschen vorgeführt wird.

G.M.

Die Verteilungsprinzipien des Kommunismus nach Marx sind doch vielleicht ähnlich den Verteilungsprinzipien vor der Klassenspaltung. In der alten Dorfgemeinde z.B. hat jeder gemäß seiner Familiengröße Land erhalten, also gemäß seinen Bedürfnissen. Jeder soll leben können, das war das Prinzip der Urgemeinschaft. Die Prinzipien der moralischen Ökonomie im Sinne von Thompson können so auch eingehen in das Grundprinzip der kommunistischen Verteilung.

J.K.

Jeder soll gesichert leben können, richtig. Aber - ist das wirklich eine moralische Sache? Ich stimme völlig mit den Tatsachen, wie Du sie schilderst, überein. Aber sind Moral und Gerechtigkeit dasselbe? Ich weiß es nicht. Wenn Du jedoch entschlossen bist, das moralisch zu nennen, denk ich gar nicht daran, Dir zu widersprechen. Und wenn Du meinst, daß die Moral in der Ökonomie eine große Rolle in der Urgemeinschaft und im Sozialismus bzw. Kommunismus spielt, dann streite ich nicht mit Dir. Ich würde Dich nie attackieren, wenn Du das moralisch nennst, aber ich selbst würde es nie moralisch nennen. Ich halte es dagegen für falsch, das moralische Element, wie Thompson, auf die Feudalzeit zu beziehen oder auf das 18. Jahrhundert, das ja in England schon nicht mehr Feudalzeit war. Wenn er es auf den Urkommunismus beschränkt hätte, hätte ich mir gesagt, es lohnt sich gar nicht, darüber zu streiten.

F.D.

Darf ich noch eines ergänzen. Wenn wir jetzt in der Diskussion diese Beziehungen zwischen dem, was Thompson auch historisch unter moralischer Ökonomie versteht, und dem, was sozialistische Gesellschaften heute tun, hergestellt haben, dann ergibt sich daraus eine Schlußfolgerung: Thompson sagt ja, diese moralische Ökonomie ist eine historisch progres-

sive Triebkraft in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Volksbewegung vor der Konstituierung der Arbeiterklasse. Er sagt das im Unterschied zu bestimmten marxistischen Auffassungen, die das immer als ein rückwärtsgewandtes und im Entwicklungsprozeß der Arbeiterbewegung zu überwindendes Element betrachtet haben. Diese Auffassungen haben auch einen Gegensatz konstruiert zwischen wissenschaftlichem Sozialismus und dieser moralischen Ökonomie als einem unreifen Element im Selbstverständnis, im Handeln und im Bewußtsein von Teilen der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Wenn es aber so ist, daß die Bedürfnisorientierung, die Gebrauchswertorientierung der Ökonomie, das moralische Prinzip, das Gleichheitsprinzip ganz wesentliche Elemente der sozialistischen Gesellschaft sind, dann sind sie doch progressiv - verknüpfende Momente, und wir haben als Marxisten keinen Anlaß, sie nur als unreife Vorformen in der Entwicklung des Bewußtseins der Volksmassen zu kennzeichnen.

J.K.

Man muß meiner Ansicht nach ganz stark unterscheiden zwischen einer unreifen Entwicklung und einer reaktionären Entwicklung. Selbstverständlich waren gewisse unreife Entwicklungen, einschließlich der Ideen der utopischen Sozialisten, fortschrittliche Entwicklungen. Aber zu einem bestimmten Zeitpunkt, als die Entwicklung reif war für die Ideen des Marxismus, wirkten sie und mußten sie reaktionär wirken, weil sie einen Stillstand in der Entwicklung bedeutet hätten. Überlege einmal, wie Marx die utopischen Sozialisten seiner Zeit behandelt, also nicht Fourier und Saint-Simon, sondern ihre Nachfahren. Was sagt er von ihnen? Sie sind ausgezeichnete Kritiker der Zustände, sie sind aber reaktionär in bezug auf ihre Ziele. Aber diese Ziele waren ursprünglich nicht reaktionär. Denk an die Bewunderung von Marx und Engels für Owen, Fourier, Saint-Simon, Cabet und wie sie alle hießen. Ihre Theorien waren nie reaktionär in der Zeit, in der sie entwickelt wurden, sondern sie wurden reaktionär, als sie sich nicht mit der Zeit selbst fortentwickelten.

Nimm z.B. die Marx'sche Idee der Weltrevolution. Das war eine großartige Idee zu seiner Zeit. Aber was ist später der Hauptfehler von Trotzki gewesen? Daß er sagte, ohne Weltrevolution gehts nicht weiter. Diese Idee von Marx und Engels war durch die Entwicklung überholt worden zu einer Zeit, als man erkannte, man kann den Sozialismus zunächst auch in einem Land schaffen und auch eine gewisse Zeit lang weiter aufbauen (wenn auch Lenin nicht vermutet hat, daß die 'Einsamkeit' der Sowjetunion so lange dauern würde). Wenn Lenin z.B. gesagt hätte: Genossen, natürlich sind in den nächsten zwanzig Jahren weitere Revolutionen notwendig, dann wäre auch

diese Idee 1937 überholt gewesen, weil das Festhalten an ihr den weiteren Aufbau in der Sowjetunion gehemmt hätte. Lenin hat das nie gesagt. Aber Marx hat eben mit einer Weltrevolution gerechnet, und diese Idee wurde zu einer überholten Idee, als manche sagten, ein weiterer Aufbau des Sozialismus bzw. ein Sieg der Revolution auf längere Zeit sind nicht möglich ohne Weltrevolution. Heute kämpfen wir für die Vollendung der Revolution in der Welt, aber nicht für die Weltrevolution.

D.K.

In der Perspektive kommt es mir zunächst darauf an, soweit man überhaupt eine Perspektive setzen kann, einen Zustand in der Welt zu sichern, in dem ein alles zerstörender Atomkrieg vermieden wird. Insofern wäre die Idee einer Weltrevolution heute für mich in dieser Form auch eine überholte Idee. Aber ich sehe die viel größere Gefahr, daß es Leute gibt, die die Weltkonterrevolution auf ihr Programm geschrieben haben.

J.K.

Völlig richtig.

9. Kulturentwicklung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik

G.M.

Wir kommen jetzt wieder zu aktuellen Fragen und wollen uns der Kulturentwicklung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik zuwenden. Du hast im fünften Band der 'Geschichte des Alltags des deutschen Volkes' beschrieben, wie in den zwanziger Jahren die Arbeiterklasse sehr eindrucksvolle Kulturleistungen vollbracht hat und deshalb auch zahlreiche Intellektuelle - darunter auch Dich - in ihren Dienst nehmen konnte. Es wurden kräftige Keime einer zweiten Kultur, einer Oppositiionskultur gegen die herrschende Klasse entwickelt. Wenn wir uns jedoch die Zeit nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik ansehen, dann müssen wir zunächst einen Negativkatalog von Faktoren erstellen, die viele Elemente dieser alten Arbeiterkultur zurückgedrängt haben. Ich zähle einige dieser hemmenden Faktoren auf, schicke aber voraus, daß man in den letzten Jahren auch positive Entwicklungen beobachten kann (Stichpunkte: gesteigerte gewerkschaftliche Kulturaktivitäten nicht nur jeweils zum 1. Mai und 1. September; Festivals und Stadtteilstefte; neuere Tendenzen bei den Ruhrfestspielen; Kulturprogramme bei Streiks und Betriebsbesetzungen; Werkkreis Literatur der Arbeitswelt; Marxistische Arbeiterschulen in einigen Großstädten; Arbeiterkorrespondenten für linke Zeitungen, von denen es immer noch einige gibt; Ausgrabungen verschütteter lokaler Traditionen der Arbeiterbewegung durch eine breitere Arbeitergeschichtsschreibung u.a.). Warum hat sich eine zweite Kultur in der Bundesrepublik insgesamt nicht stark entwickeln können? Einmal sind die relativ geschlossenen Arbeiterwohngebiete, die für die 20er Jahre noch charakteristisch waren, im Rahmen der Streu- und Privatsiedlungen mit relativ starker sozialer Durchmischung seit den 50er Jahren weitgehend aufgelöst worden. Die Nachbarschaftskontakte haben sich in diesen Siedlungen verringert. Zur Zeit hat etwa die Hälfte aller Arbeiterhaushalte eigenen kleinen Haus- und Grundbesitz. - Dann sind wichtige Branchen stark geschrumpft, in denen die Arbeiterkultur früher stark entwickelt war. Zwischen 1970 und Mitte 1983 ist die Zahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie von 352.000 auf 237.000, im Steinkohlenbergbau von 250.000 auf 180.000, im Schiffbau von 79.000 auf 53.000 zurückgegangen. - Auf der Basis eines erheblich gestiegenen Lebensstandards, der ab 1950 für die (beschäftigten) Arbeiter bedeutend höher war als jemals zuvor, hat sich deren Freizeitverhalten stärker individualisiert; Stichpunkte: eigenes Häuschen, privates Auto (1960 hatten etwa 8 Prozent aller Arbeiter einen PKW, 1980 etwa 61 Prozent), private (nicht mehr mit

genossenschaftlichen Formen verbundene) Urlaubsreise, insgesamt gestiegener Individualkonsum. - Ein weiterer Punkt ist der viel stärkere Einfluß der bürgerlichen Massenmedien als in den zwanziger Jahren. Es sind neue Medien entwickelt worden: Radio, Film, Fernsehen, Video, Kabel- und Satellitenfernsehen, Unterhaltungselektronik. Diese Medien befinden sich nicht in den Händen der Arbeiterklasse. Früher hat die Arbeiterklasse das Medium Zeitung gehabt, und die Bourgeoisie hat ebenfalls das Medium Zeitung gehabt; es herrschte eine Art 'Waffenparität'. Heute steht dem Monopolkapital eine breite Palette neuer Medien zu Diensten, während die Arbeiterklasse nicht einmal mehr über auflagenstarke eigene Zeitungen verfügt. Nach 1945 konnte die lokale Arbeiterpresse nicht mehr in breitem Maßstab aufgebaut werden. Auch andere Kultureinrichtungen, etwa Buchgesellschaften, haben an Bedeutung verloren: die Büchergilde Gutenberg, die Du aus den 20er Jahren kennst, ist zur Zeit in einer großen Krise. Das proletarische Vereinsleben, obwohl regional (etwa im Ruhrgebiet) durchaus präsent, ist insgesamt zurückgegangen. Die politisch-kulturelle Rolle der Arbeiterkneipen hat sich verringert. Bürgerliche Formen des Sports haben den Arbeitersport überlagert. - Wichtig sind die sozialstrukturellen Prozesse, die wir schon angesprochen haben. Es gibt einen ganz raschen technologischen Wandel, der traditionelle Facharbeiterqualifikationen entwertet und zerstört. Die Folge sind offenbar Polarisierungen im Qualifikationsprofil der Arbeiterklasse, und diese haben direkte Folgen auch für die Arbeiterkultur, für die kulturelle und politische Identität des einzelnen Arbeiters und seiner Klasse. Die Zahl und das soziale Gewicht der Angestellten sind stark gewachsen. Ihre - stärker individualisierten und konkurrenzbestimmten - Verhaltensweisen prägen die Gesellschaft der Bundesrepublik viel stärker als die Gesellschaft der Weimarer Republik. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Angestellten ist gering: gegenwärtig ist etwa jeder zweite Arbeiter, aber nur knapp jeder fünfte Angestellte Mitglied einer Gewerkschaft. - Auf einen weiteren Faktor haben Untersuchungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/Main hingewiesen: Früher hat die Sozialisation von Lehrlingen am Arbeitsplatz auch politische Folgen gehabt. Der Lehrling trat in den Betrieb ein, wurde von seinem Facharbeiter oder Meister ausgebildet und übernahm oft auch dessen politische Verhaltens- und Denkweisen. Durch politische Gespräche, Beteiligung an Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen ist er in die Welt der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen hineingewachsen. Heute dominieren oft außerbetriebliche oder allgemeinbildende Einrichtungen ohne diesen politischen Sozialisationseffekt: 'Wo früher die Übernahme der sozialistischen oder kommunistischen Orientierung des älteren Kollegen für

den Lehrling eine den Normen der Klassenorganisation entsprechende Selbstverständlichkeit war - und es dann nur darum ging, welcher Strömung der Arbeiterbewegung man sich anschloß - ,so ist dies heute selbst hinsichtlich der außerbetrieblichen gewerkschaftlichen Aktivitäten kaum noch der Fall'.³⁰ Zudem erschwert das - durch Krankheit, Verschleiß der Arbeitskraft, vielfältige Belastung am Arbeitsplatz, Streß, Arbeitslosigkeit usw. bedingte - massenhafte vorzeitige Ausscheiden älterer Arbeiter aus den Betrieben die Weitergabe von Arbeitertraditionen an die jüngere Arbeitergeneration. - Weiter: Das Bildungswesen hat sich bei uns besonders in den 70er Jahren unter der sozialliberalen Regierung etwas demokratisiert. Die Folge war aber auch, daß potentielle Führer und Meinungsbildner der Arbeiterklasse aufsteigen konnten und durch das dominante bürgerliche Kultursystem oftmals absorbiert wurden.- Schließlich wären noch politische Gründe anzuführen: etwa die Schwäche und Schwächung der Kommunistischen Partei aus vielerlei Gründen, die mit der ganzen Geschichte der Bundesrepublik zusammenhängen. Du hebst hervor, daß in den 20er Jahren die KPD ein maßgeblicher Träger der zweiten Kultur gewesen ist. Die Kommunistische Partei hat nach 1945 bei uns in Westdeutschland keine vergleichbare Rolle spielen können. Bereits Anfang der 50er Jahre wurde sie isoliert und verfolgt. 1956 wurde sie schließlich, vier Wochen nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, verboten. SPD und Gewerkschaften maßen gerade in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren einer eigenständigen Arbeiterkulturbewegung keine Bedeutung zu. Und wir dürfen auch die besondere internationale Konstellation nicht vergessen, in der sich die Bundesrepublik befand: die dominierende Rolle der USA, die die Amerikanisierung und Kolonisierung vieler Kulturbereiche zur Folge hatte; die massive äußere Frontstellung gegenüber den sozialistischen Ländern, die im Innern mit einer Verdrängung sozialistischer Traditionen einherging.

J.K.

Ich bin mit dem ganzen Trend Deiner Darstellung völlig einverstanden. Es ist der herrschenden Klasse in der BRD weitgehend gelungen, ihre Konzeption von der Gesellschaft, ihre Kulturauffassung in großen Teilen der Arbeiterklasse durchzusetzen, sei es gemeinsam mit - nennen wir sie einmal so - kulturverführten Arbeiterfunktionären, sei es, daß sie speziell für die Werk tätigen geschaffene Kulturmuster gebrauchte. In jedem Fall ist die Arbeiterkultur in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik in einem großen Maße zurückgedrängt worden. Ich meine auch, daß die schöpferische Tätigkeit der Arbeiterklasse ebenfalls zurückgegangen ist. Sie ist ja keineswegs

völlig abhängig von der Verbreitung oder Nichtverbreitung der Unkultur durch die herrschende Klasse. Es hätte durchaus eine ganze Reihe Einzelleistungen von Bedeutung geben können, so wie sie es vor 1914 in reicher Fülle in der Sozialdemokratie und nach 1918 auch in der kommunistischen Arbeiterbewegung gegeben hat.

Das Merkwürdige ist, daß dieser Rückgang sich keineswegs in der Intelligenz und in ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse fortgesetzt hat. Ich glaube nicht, daß die Intelligenz in der Bundesrepublik so bedeutende Gestalten wie in der Weimarer Republik hervorgebracht hat. Das war ja eine ganz merkwürdige Blütezeit, die aber in der Geschichte nicht unbekannt ist. Eine solche Stärke fortschrittlicher Intelligenz wie in der Weimarer Republik gibt es in Westdeutschland nicht. Aber ich würde bestreiten, daß das Engagement der Intelligenz für Probleme, die für die Arbeiterklasse von großer Bedeutung sind, dort geringer ist als in der Weimarer Republik. Die gegenwärtige fortschrittliche Tendenz in der Intelligenz ist doch etwas sehr Erstaunliches. Meiner Meinung nach ist das - insbesondere unter den Wissenschaftlern - auf die völlig neuartige Situation durch die US-amerikanische Aggressivität und die Drohung des Nuklearkrieges zurückzuführen. Man besinnt sich in der Intelligenz auf Grundwerte, die auch für die Arbeiterklasse von fundamentaler Bedeutung sind, die aber in der Arbeiterklasse weniger verankert sind. Man sollte einmal die Zusammensetzung von Friedensdemonstrationen in bezug auf den Anteil der Arbeiterklasse, auch der organisierten Arbeiterklasse, der Angestellten sowie der Intelligenz untersuchen und das Ergebnis mit Demonstrationen der Weimarer Republik vergleichen. Da wird sich meiner Ansicht nach ein erheblicher Unterschied ergeben. Hier stoßen wir auf eine sehr schwerwiegende Problematik für die Vorwärtsbewegung der Arbeiterklasse auf kulturellem Gebiet. Ich glaube, wenn es in der Weimarer Republik eine solche Bedrohung gegeben hätte, wie sie heute durch die Aufstellung von amerikanischen Raketen in der Bundesrepublik besteht, dann hätte es damals unter den Gewerkschaften nicht diese einmütige Ablehnung des Generalstreiks gegeben. Was die ideologische Entwicklung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik angeht, bin ich keineswegs pessimistisch. Problematisch ist zweifellos die lange kontinuierliche Entwicklung in der Richtung, die Du beschrieben hast. Wir haben es mit einer ganz starken ideologischen Zersetzung der Arbeiterklasse durch die herrschende Klasse zu tun. Aber ich glaube, daß die Umstände hier eine Änderung bringen werden mit der Zuspitzung der Verhältnisse, insbesondere mit dem Abbau des sogenannten Sozialstaats. Wir haben die Erfahrung, daß Wandlungen in den Gefühlen und in den Überlegungen der Werktätigen recht schnell vor

sich gehen können. Wenn bislang die Arbeitslosigkeit in dieser Beziehung noch keine starke Wandlung gebracht hat, dann liegt das meiner Meinung nach daran, daß die Dauerarbeitslosigkeit innerhalb der Gesamtarbeitslosigkeit im Vergleich zur Weimarer Zeit noch nicht so hoch ist: Eine große Zahl von Arbeitslosen findet wieder Arbeit, während neue, andere als Arbeitslose hinzukommen. Somit erfolgt die Ausschließung aus der Arbeitslosenversicherung langsamer, als es die bloßen Zahlen der Arbeitslosigkeit, der ständigen Steigerung von Jahr zu Jahr, andeuten können.

G.M.

Das wird sich ändern. Ein Drittel aller Arbeitslosen ist schon aus dem Arbeitslosengeld herausgefallen, und im November 1983 gab es einen dramatischen Anstieg auch von Dauerarbeitslosigkeit. Im Ruhrgebiet, in den großen Städten Dortmund, Duisburg usw. sind derzeit etwa 16 Prozent aller Erwerbstätigen arbeitslos - nach den offiziellen Zahlen. Wir müssen da noch eine erhebliche Dunkelziffer hinzunehmen. Von diesen Arbeitslosen ist teilweise die Hälfte dauerarbeitslos, d.h. mehr als ein bis zwei Jahre ohne Beschäftigung.

J.K.

Das ist schon eine sehr ernste Entwicklung. Als Gegenentwicklung müssen wir natürlich das sehen, was man heute die schwarze Ökonomie nennt, das heißt, daß man irgendwelche Teilzeit- oder Nebenarbeit sucht und nicht selten auch findet. Die Frage ist, wie lange dieser Prozeß andauern kann. In jedem Fall stimme ich Dir zu bei der Schilderung dessen, was sich in den letzten 35 Jahren abgespielt hat. Aber daraus darf man keine pessimistischen Schlußfolgerungen für die Zukunft ziehen.

D.K.

Ich habe einen Punkt als Ergänzung und dann noch zwei Punkte, die man als Frage verstehen kann. In einer Stadt wie Frankfurt/M. sind 20 - 25 % der Bevölkerung Ausländer, darunter Arbeitsemigranten, und diese Gastarbeiter bilden einen bedeutenden Teil der handarbeitenden Industriearbeiterschaft. Wenn wir fragen, was denn die Arbeiterklasse für eine Rolle spielt, etwa in der Friedensbewegung usw., dann dürfen wir diesen ganz hohen Prozentsatz von nur teilweise integrierten Arbeitsemigranten nicht vergessen. Was aber wiederum bei diesen sich bewußtseinsmäßig und in bezug auf ihre neue soziale Identität abspielt, das wissen wir gar nicht so genau. Wir wissen zwar, daß sich z.B. kulturell aus der Verarbeitung ihrer neuen Situation eine ganze Menge auch an schöpferischen Potentialen entwickelt.

Zum Beispiel können wir beobachten, wie eine neue, in ihrer Fruchtbarkeit mit Teilen der Arbeiterkultur der 20er Jahre durchaus vergleichbare Kultur etwa der türkischen Arbeiter entsteht. Aus der Verarbeitung der neuen Lebenssituation ergeben sich kulturelle Herausforderungen, die schöpferisch verarbeitet werden und zum Entstehen dieser neuen türkischen Kultur beitragen. Und diese neue Kultur der Arbeitsemigranten ist nicht nur eine Fortsetzung der nationalen Kultur, sondern beinhaltet auch ganz wichtige Elemente des Internationalismus, eben weil sehr viele verschiedene nationale Gruppen in der gleichen Situation sind. Bei den Portugiesen, bei den Spaniern gibt es ähnliche Entwicklungen, die Italiener haben sie zum großen Teil schon in den 60er Jahren vollzogen. Das wären die schöpferischen Entwicklungen. Gleichzeitig vollziehen sich massive Veränderungen. Die aus den mittelmeeischen, weitgehend noch agrarisch und frühindustriell oder kleinhandwerklich bestimmten Kulturzusammenhängen herausgerissenen Menschen sind jetzt der Industriekultur und Kulturindustrie ausgesetzt. Da entsteht etwa eine türkische Videokultur, die rein kommerziell orientiert ist, aber immerhin dazu geführt hat, daß die türkischen Jugendlichen und erwachsenen Arbeiter den Umgang mit Videogeräten viel schneller gelernt haben als wir Intellektuellen etwa.

Die beiden Fragen, die ich anschließen wollte, beziehen sich auf die grundsätzliche Interpretation der Arbeiterkultur. Dieter Langewiesche³¹ hat darauf hingewiesen, daß in der Arbeiterkultur der 20er Jahre bereits begann, was sich danach besonders intensiv fortsetzte: Neue Medien wie Film, Rundfunk, Fernsehen (Gert hat schon darauf hingewiesen) konnten nicht mehr in der gleichen Weise verarbeitet und angeeignet werden wie die älteren Kommunikationsformen der Zeitung oder des Druckes überhaupt. Daraus hat sich eine strukturell neue Orientierung der Arbeiterkultur bzw. des kulturellen Lebens der Arbeiter und ihrer kulturellen Möglichkeiten ergeben. Die englischen Interpreten der neuen Arbeiterkultur weisen darauf hin, daß wir eine bestimmte Phase der Entwicklung der Arbeiterkultur nicht verabsolutieren, nicht für die Arbeiterkultur schlechthin nehmen dürfen.³² Wir dürfen nicht so tun, als sei das, was in bestimmten Phasen wie etwa der Weimarer Republik oder der Zwischenkriegszeit unter besonders günstigen Bedingungen entstanden ist, Paradigma für Arbeiterkultur überhaupt.

J.K.

Das letzte habe ich nicht ganz verstanden. Was meinst Du damit?

D.K.

Die Konsequenz daraus wäre, daß unsere Vorstellung von Arbeiterkultur

sich ändern muß. Wir dürfen unser Bild davon nicht mehr ausrichten an dem, was in den 20er Jahren geschehen ist, sondern allgemeiner orientieren - wie, das bleibt zunächst noch offen. Bei den englischen Sozialgeschichtlern spielt die Auseinandersetzung mit neuen Medien eine Rolle, aber auch etwa die Art und Weise, wie die Arbeiterjugendlichen sich mit ihrer Lebenssituation auseinandersetzen und sich dabei Subkulturen der Teds, Mods, Skinheads usw. entwickeln. Sie drücken sich in symbolischen Formen, in kulturellen Formen mit symbolischer Überhöhung aus, die mit der 'klassischen' Arbeiterkultur überhaupt nichts mehr zu tun haben, gleichwohl aber in Opposition zur herrschenden Kultur stehen.

J.K.

Ich bezweifle, ob man die Aufnahme von Elementen einer anderen Kultur, wie sie etwa bei den türkischen Arbeitern in der Bundesrepublik stattfindet, als Internationalismus bezeichnen kann. Das bedeutet natürlich nicht, daß ich leugnen will - das wäre ja wirklich Unsinn -, daß sich die Kultur der ausländischen Arbeiter unter dem Einfluß ihrer neuen gesellschaftlichen Umgebung in mancher Beziehung wandelt. Und ich hoffe, daß man später wird feststellen können, daß diese Wandlung dem Fortschritt in ihrem Leben und im Leben ihres Heimatlandes, in das sie wohl später einmal wieder zurückkehren werden - anders wohl als so manche ihrer Kinder - dienen wird.

Daß die Arbeiterkultur in der BRD heute, insbesondere unter den Jugendlichen, sehr viel stärker von bürgerlichen Einflüssen zersetzt ist als in der Weimarer Zeit, nicht zum wenigsten durch die neuen Medien, aber auch durch die sich insbesondere mit der Arbeitslosigkeit verbreitende Frustration und die nicht nur von den Jugendlichen als 'Ausweg' angewandten Gegenmittel, erscheint mir evident.

Aber das bedeutet doch nicht, daß wir den Begriff der Arbeiterkultur verändern müssen. Es scheint mir doch ganz offenbar, daß die Frage der Politisierung der Ideologie der Arbeiterklasse heute genauso dringend steht wie in der Weimarer Zeit. Ob man gewisse Strukturen der Arbeiterorganisationen ändern muß, ist eine taktische Frage und keine strategische Frage der Arbeiterkultur. Was die künstlerische und wissenschaftliche Betätigung der Arbeiter angeht - nicht von Kindern der Arbeiter, die zur Intelligenz werden -, so ist meiner Ansicht nach ebenfalls die Situation keine grundlegend andere als in der Weimarer Republik. Die Möglichkeiten des Aufstiegs von Arbeiterkindern in die Intelligenz darf man überdies auch nicht überschätzen. Der Prozentsatz von Arbeiterkindern an den Universitäten ist noch immer sehr gering und wird wohl jetzt wieder zurückgehen. Also: Ich zögere, von einer Wandlung der Grundprobleme der Arbeiter-

kultur von der Weimarer Zeit zu heute zu sprechen. Allerdings muß ich sagen, daß ich das noch nicht genügend durchdacht habe. Im Augenblick meine ich: Die Grundaufgaben sind genau die gleichen, mit etwas verschiedenem Gewicht. Ich meine, heute steht der Sturz der Macht der Bourgeoisie noch viel ferner als 1930-1933. Die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Probleme, die vor der Menschheit stehen, zu lösen, ist für die große Masse der Menschen viel weniger deutlich als in der großen Krise der Weimarer Zeit. Aber das sind gewandelte Umstände, die keineswegs eine Wandlung der Grundforderungen der Arbeiterklasse, ihrer Grundziele und damit auch ihrer Kultur mit sich bringen müssen.

G.F.

Ich fürchte, Dieter, Du siehst das Ausländerproblem zu optimistisch. Zunächst haben wir es bei dem Phänomen der Ausländerbeschäftigung doch mit dem Grundtatbestand einer sehr tiefgreifenden Spaltung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik zu tun. Jürgen ist auf einiges davon eingegangen. Es bestehen unterschiedliche Arbeits- und Lebensbedingungen. Für die Arbeitsemigranten gelten die Integrationspunkte, die Gert Meyer vorhin genannt hat, überhaupt nicht. Sie haben zum Beispiel keine Eigenheime, haben sehr schlechte Wohnungen. Man wird wahrscheinlich bei türkischen Arbeitern ähnliche Wohnbedingungen finden wie vielleicht vor 1914 bei deutschen Arbeitern, zum Teil schlechtere. Die ausländischen Arbeiter sind eine sozial und politisch sehr verunsicherte Gruppe. Politisch schon deshalb verunsichert, weil sie doch relativ leicht - trotz des EG-Rechts - abgeschoben werden können. Insbesondere können diejenigen rausgeschickt werden, die politisch aktiv sind. Ausländer haben bei uns kein Wahlrecht, noch nicht einmal das Kommunalwahlrecht. Halbherzige Versuche der SPD, das zu ändern, sind gescheitert. Die ausländischen Arbeiter sind Moment einer Hierarchisierung innerhalb der Gesamtarbeiterklasse der Bundesrepublik. Sie sind z.T. die unterste Schicht in den Betrieben selbst. Hier muß man sich ansehen, was 1973 bei einigen Streiks geschehen ist, in denen es offensichtlich gelungen ist, deutsche Arbeiter gegen türkische aufzubringen. Dieses Jahr 1973 ist in vielerlei Hinsicht ein Schlüsseljahr. 1973 hatten wir die größte betriebliche und gewerkschaftliche Aktivität auch von ausländischen Arbeitern, insbesondere Türken. Sie ist im gleichen Jahr ganz massiv gebrochen worden. 1973 wird bereits ein Anwerbestopp für ausländische Arbeiter verfügt.

Also: Es gibt eine Hierarchisierung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern. Aber auch innerhalb der ausländischen Arbeiter gibt es eine Hierarchisierung, die ihrerseits noch mehr zur Ausdifferenzierung der Gesamt-

arbeiterklasse beiträgt. Sozusagen 'oben' stehen die Italiener, die zuerst da waren. 1955 ist zwischen der Bundesrepublik und Italien das erste Abkommen über die Beschäftigung von italienischen Arbeitskräften geschlossen worden, 1960 kam dann die erste größere Zahl von Italienern in die Bundesrepublik. Ganz unten sind die Türken, und die sind in sich noch einmal gespalten in diejenigen, welche legal hier sind, und diejenigen, die 'schwarz' hier sind. Da ist es der herrschenden Klasse zunächst einmal gelungen, den Faktor Arbeiterklasse ganz stark zu spalten. Die vereinheitlichenden Elemente sind schwach.

Drüben in Westberlin ist Neukölln, bis 1920 eine selbständige Stadt. Das war früher einer der revolutionärsten Bezirke. 1918 hatte der Arbeiterrat von Neukölln den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung davon gejagt und sich an ihre Stelle gesetzt. Die soziale Zusammensetzung dieses Bezirks, also was den Arbeiteranteil angeht, hat sich heute gegenüber früher gar nicht einmal so stark geändert. Es ist ein Arbeiterstadtteil geblieben, zugleich wurde es in erheblichem Maße ein türkischer Stadtteil. Ich habe da eine Eckkneipe gesehen, die wirbt mit einer großen Aufschrift auf der Fensterscheibe: 'Deutscher Wirt'. Ich vermute, daß damit Werbung nicht unter deutschen Touristen, sondern unter deutschen Arbeitern, die in Neukölln wohnen, gemacht wird. Die Parole 'Ausländer raus' ist eine Parole, die auch in der westdeutschen Arbeiterklasse wirkt.

G.M.

Zur Kultur ausländischer Arbeiter möchte ich Dieter gegenüber betonen, daß es auch reaktionäre Elemente türkischer Arbeiterkultur gibt, also einen Einfluß konservativer islamischer Strömungen usw.

D.K.

Für mich ist eigentlich das Erstaunliche, daß das, was Du Spaltung der Arbeiterklasse genannt hast, im Zusammenhang mit den ausländischen Arbeitern in verhältnismäßig geringem Maße eingetreten ist. Wenn man bedenkt, was für ein Konfliktpotential da schon seit Jahrzehnten aufgehäuft wird, dann ist es für mich nach wie vor erstaunlich, daß sich das nur selten in konkretem Handeln niederschlägt. Wir wissen alle, daß es eine sehr intensive verbale Ausländerfeindlichkeit gibt. Aber im politischen oder gewerkschaftlichen Handeln scheint das relativ wenig durchzuschlagen. Wir haben das Phänomen, daß Gewerkschaftsführungen relativ zurückhaltend bezüglich der Integration von Ausländern sind. Sie sagen zwar immer, sie seien dafür, aber die eigentlichen Initiativen gehen von den jüngeren Kollegen selbst aus. Sie tragen am intensivsten Aktionen 'Ausländer und Deutsche

gemeinsam' mit. Sie preschen viel weiter vor als die Gewerkschaftsführung. Fälle, wie Du sie aus Westberlin berichtest, wo die deutsche Nationalität eines Wirtes als besondere Qualität hervorgehoben wird, gibt es sicherlich, aber sie sind für mich eigentlich mehr marginale, lumpenproletarisch-kleinbürgerliche Stehbierhallenatmosphäre. Was die Kultur anbetrifft, so ist es in der Tat so, daß es ganz verschiedene Elemente, auch eine konservativ-islamische türkische Variante, gibt; aber es gibt eben auch diese schöpferischen Verarbeitungen des Schicksals der Emigration, die in ihrer Kreativität vergleichbar sind mit Leistungen der Zwischenkriegszeit. Auch diese Leistungen der Zwischenkriegszeit wurden ja nicht von allen Arbeitern gleichmäßig rezipiert. Brecht, Eisler und andere wirkten teilweise stärker bei Intellektuellen als bei Arbeitern. Und schließlich: Eine unterste Schicht der Arbeiter gab es immer. Was die Türken heute sind, waren für Opel-Rüsselsheim z.B. in den ersten Nachkriegsjahren die Leute aus dem Odenwald, und davor waren es die Leute aus dem Taunus. Es gab immer 'Türken' - und wenn es Deutsche waren, die aus Landgebieten kamen; auch bezogen auf sie wurde eine Kluft aufgerissen.

J.K.

Die Diskussion zwischen Euch beiden, Georg und Dieter, zeigt mir, daß ich doch einsichtig gewesen bin, keinen sechsten Band als Fortführung meiner 'Geschichte des Alltags des deutschen Volkes' geschrieben zu haben, denn wenn zwei Kenner der Verhältnisse wie Ihr, die die Wirklichkeit so genau beobachten, solch verschiedenartige Argumente vorbringen, dann zeigt sich, daß man wirklich längere Zeit in der Bundesrepublik gelebt haben muß, um über den dortigen Alltag, insbesondere was die Arbeiterklasse betrifft, schreiben zu können. Der Vorteil, den man hat, wenn man über alte Zeiten schreibt, in denen man nicht gelebt hat, ist doch, daß auch kein anderer Zeitgenosse in jenen Zeiten gelebt hat, weshalb man sich nicht zu scheuen braucht, das Wissen, das man zu haben glaubt, auch niederzuschreiben.

F.D.

Ich stimme mit dem überein, was Georg über die Bedeutung der Arbeitsimmigranten für die Spaltungs- und Hierarchisierungsprozesse in der Arbeiterklasse gesagt hat. Wenn Dieter sagt: es gab immer 'Türken', nur waren das früher die Arbeiter aus dem Odenwald, so halte ich das nicht für zutreffend. Heute beträgt doch in großen Bereichen des materiellen Produktionsprozesses, also in den Montagehallen der Automobilindustrie (um nur ein Beispiel zu nennen), der Ausländeranteil oftmals 70-80 Prozent. Die

Spaltung erfolgt hier einmal aus dem Belastungsgrad der körperlichen Arbeit selbst; zum anderen äußert sie sich in unterschiedlicher Qualifikation und Entlohnung. Unter den Bedingungen der Krise beeinträchtigen solche Formen der 'Segmentierung' in der Klasse natürlich zusätzlich die Herausbildung eines einheitlichen Interesses, eines einheitlichen Willens und einer einheitlichen und eigenständigen politischen Kultur der Arbeiterklasse. Aber Dieter hat mit Recht die Entwicklung von Elementen einer eigenständigen Kultur bei den ausländischen Arbeitern als positiv charakterisiert. Und es ist mit Recht darauf aufmerksam gemacht worden, daß durch die Arbeit der Gewerkschaften und auch von politischen Kräften der Arbeiterbewegung eine Verfestigung dieser Spaltung - wie sie etwa in den USA zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen besteht - verhindert worden ist. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Ausländer ist heute in weiten Bereichen der Industrie genauso hoch wie der ihrer deutschen Kollegen.

J.K.

Sind sie in der gleichen Organisation?

F.D.

Ja. Die Gewerkschaften - und hier besonders die IG Metall, zu deren Organisationsbereich die Automobil-, die Elektroindustrie etc. gehören - haben seit den frühen 70er Jahren große und erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um den Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter zu erhöhen. Nach wie vor sind aber die Ausländer - wie die Frauen - bei den Vertrauensleuten, Betriebsräten und Funktionären unterrepräsentiert. Im Jahre 1973 gab es einen sogenannten 'wilden' Streik bei Ford in Köln. Dabei ist es gelungen (auch durch eine falsche Politisierung des Kampfes durch Maoisten), eine harte Konfrontation zwischen deutschen und türkischen Arbeitern zu erzeugen. Eine schwere Niederlage war die unvermeidliche Folge. Bis in die Gegenwart sind aber solche Spaltungen weitgehend verhindert worden - das heißt: deutsche und ausländische Arbeiter demonstrieren und streiken gemeinsam. Die Gewerkschaften spielen heute eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung mit der - von Neonazis aufgeheizten - Ausländerfeindlichkeit. In vielen Betrieben - bis hin zu den Betriebsräten - fällt die Propaganda gegen die Ausländer, die Behauptung, daß sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, daß sie nach Hause geschickt werden sollen, wenn bei uns Arbeitslosigkeit herrscht usw., immer noch auf fruchtbaren Boden. Die fortschrittlichen Funktionäre müssen hier große Anstrengungen unternehmen, um solchen ideologischen Ten-

denzen entgegenzuwirken. Außerdem muß man bei den Ausländern differenzieren - bei den Türken z.B. gibt es einen starken rechtsradikalen und religiösen Einfluß ('Graue Wölfe'). So werden viele Türken eingeschüchtert und massiv bedroht, wenn sie sich gewerkschaftlich und politisch engagieren.

Wenn wir über die Differenzierung und die Spaltung in der Arbeiterklasse der BRD sprechen, so dürfen wir nicht übersehen, daß es schließlich zwischen den DGB-Gewerkschaften in ihrer gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Orientierung große Unterschiede gibt. Formen des konservativen Denkens in der Arbeiterklasse spiegeln sich so auch in der Politik jener Gewerkschaften wider, die zum rechten Flügel der DGB-Gewerkschaften zu rechnen sind. Ich denke dabei vor allem an die Textil- und Bergarbeitergewerkschaften, an die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, an die IG Bau-Steine-Erden und an die Chemiearbeitergewerkschaft. Offensichtlich besteht hier ein Zusammenhang zwischen einer ausgeprägt sozialpartnerschaftlichen Orientierung und der Tatsache, daß diese Branchen, und damit auch die entsprechenden 'Abteilungen' der Arbeiterklasse schon seit langem von einem Schrumpfungsprozeß erfaßt sind. Die konservativen Einstellungen reflektieren also eine defensive, korporatistische Haltung.

J.K.

Was verstehst Du unter konservativer Richtung?

F.D.

Ich meine damit den 'Block' der Gewerkschaften, die eine extrem sozialpartnerschaftliche Position und Politik vertreten. Es handelt sich dabei auch um diejenigen Gewerkschaften, die sich jetzt im 'Vorfeld' der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zu einer Art Kartell zusammengetan haben, das aus der Linie des DGB ausscheret, indem sie auf das Kooperationsangebot der konservativen Regierung und der Unternehmerverbände (Verkürzung der Lebensarbeitszeit, Vorruhestandsregelungen) sich zubewegen. Man wird allerdings sehen müssen, ob sich bei der Zuspitzung der Auseinandersetzungen im kommenden Jahr nicht noch Teile dieser Gewerkschaften (der Basis wie der Führungsgruppen) mit den Gewerkschaften solidarisieren, die für die 35-Stunden-Woche im Streik stehen. Ich unterscheide also diese Tendenz innerhalb der DGB-Gewerkschaften von den progressiveren Tendenzen, die eine traditionell reformistische Programmatik vertreten, aber zugleich eher bereit sind, ihre Mitglieder für Kämpfe um mehr Lohn, Arbeitsplatzsicherung, gesellschaftliche Reformen u.a. stärker zu mobilisieren.

Dabei komme ich auch auf die Ausländerproblematik zurück. Für die fortschrittlicheren Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist es selbstverständlich, auf diese Frage bewußt zuzugehen, d.h. Organisation von Ausländern, bewußtes Einbeziehen in die gewerkschaftliche und politische Arbeit und auch ein bewußtes Zugehen auf die produktiven Elemente ihrer eigenen Kultur. Bei unseren 1. Mai-Veranstaltungen des DGB ist es z.B. selbstverständlich, daß die Türken oder andere Ausländergruppen einen Beitrag bringen. Kultur und politische Identität gehören also eng zusammen. Dabei wird uns immer wieder bewußt, welch ungeheurer Nachholbedarf - auch für die gewerkschaftlich und politisch bewußten Teile der Arbeiterbewegung der BRD - gerade auf diesem Felde besteht. Hier verknüpft sich unsere Debatte nun wieder mit der Ausgangsproblematik, wie sie Gert angesprochen hat: Zerfall einer klassenorientierten, eigenständigen Arbeiterkultur in der BRD. Mir scheint allerdings, daß wir die Dinge nicht richtig sehen, wenn wir die Geschichte der BRD ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Zerfalls dieser Klassenkultur betrachten. Gibt es nicht doch eine eigenständige reformistische Arbeiterkultur? Gewiß, es handelt sich nicht um eine 'zweite Kultur', wie Du sie in Deiner Alltagsgeschichte definierst. Selbstverständlich ist der Klasseninhalt dieser Kultur weitgehend zurückgenommen. Dennoch spielt sie eine bedeutende Rolle für das Selbstbewußtsein und die Alltagserfahrung eines Teils der Arbeiterklasse der BRD.

J.K.

Darf ich Dich unterbrechen? Würdest Du mit mir einverstanden sein, daß wir das, was Du als reformistische Arbeiterkultur bezeichnest, eine Subkultur der Kultur der herrschenden Klasse nennen?

F.D.

Auf einer sehr abstrakten - sagen wir: fundamental-theoretischen - Ebene der Diskussion und Analyse würde ich Dir sofort zustimmen. Aber uns geht es ja auch um die Bedeutung der 'Oberflächenerscheinung' für die politische und soziale Geschichte der BRD. Und hier möchte ich noch einige Fragen und Differenzierungen anbringen.

Wir beschäftigen uns z.B. in Marburg gegenwärtig mit einem Forschungsprojekt, bei dem wir die Entwicklung und den Wandel von hessischen Arbeiterdörfern in den 50er Jahren, also in der Periode des Kalten Krieges und des sogenannten 'Wirtschaftswunders' analysieren wollen. Natürlich sind wir zunächst auf die allgemeinen Tendenzen des wirtschaftlichen und sozialen Wandels gestoßen. Der relative Wohlstand wirkt sich auch auf die

Gemeinden aus: es wird viel gebaut, Infrastrukturprojekte werden realisiert, die Lebensverhältnisse verbessern sich. Dazu kommt der soziale Strukturwandel: einmal das Bevölkerungswachstum, zum anderen wandeln sich in dieser Periode die meisten der von uns untersuchten Arbeitergemeinden zu Wohngemeinden mit einem starken Angestelltenanteil. Spricht man nun mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister dieser Periode, so fällt das Selbstbewußtsein und der Stolz auf, mit dem er über diese Wandlungen spricht. In der Regel wird darauf hingewiesen, daß das Dorf früher sehr arm war und die Menschen unter elenden Bedingungen leben mußten. Das hat sich durch die Gemeindepolitik in den 50er Jahren verändert: Neubaugebiete, Kanalisation, Straßen, große Versammlungs- und Festsäle wurden gebaut. Sozialdemokratische Landesregierungen haben den Bau von sogenannten Dorfgemeinschaftshäusern gefördert. Wenn über diese Leistungen gesprochen wird, schwingt stets auch ein Element von Klassenstolz mit. Die Transformation dieser Kultur zur Subkultur der herrschenden Klasse vollzieht sich in dem Maße, wie das Bewußtsein, daß diese Erfolge auch Ergebnisse einer Klassenpolitik, von Klassenauseinandersetzungen sind, verlorengeht. Schließlich werden sie als 'Errungenschaften' der Gesellschaftsordnung der BRD und der 'freien Marktwirtschaft' begriffen - und sie werden mit der antikommunistischen Wendung versehen, daß darin auch die Überlegenheit gegenüber der DDR zum Ausdruck komme. So wurde das - von vielen Sozialdemokraten - schon in den 50er Jahren propagiert. Im Ergebnis stimme ich Dir also zu - und doch entdecken wir in diesen Lebensverhältnissen Elemente der Kontinuität einer Klassenkultur, die eben nicht vollständig in der herrschenden Kultur der BRD aufgeht. 'Vor Ort' gibt es auch noch nach dem KPD-Verbot (1956) Aktivitätsspielräume für Kommunisten - ganz anders als auf der gesamtpolitischen Ebene. Und mir scheint, diese Kontinuität, die wir noch viel genauer entdecken und beschreiben müssen, ist zugleich ein wichtiges Element der Geschichte der demokratischen und der Arbeiterbewegung in der BRD, die ja niemals vollständig 'stillgestellt' oder ausgeschaltet wurde. Die meisten der Arbeitergemeinden, die wir untersuchen, haben sich z.B. schon in den 50er Jahren für 'atomwaffenfrei' erklärt. Aus dieser Kultur hat sich also auch immer wieder jenes Widerstandspotential gespeist, das im Kampf gegen die Remilitarisierung, gegen den Atomtod, gegen die Notstandsgesetze usw. mobilisiert wurde. Diese Kontinuität einer selbstbewußten, proletarischen Identität, die selbstverständlich vielfach durch die herrschende Ideologie überlagert und gebrochen wurde, ist aber ein wesentliches Element der Kontinuität der Arbeiterbewegung der BRD in den 50er und 60er Jahren.

G.F.

Im Anschluß an Frank möchte ich noch eine Differenz zwischen Deiner und unserer Betrachtungsweise herausarbeiten - und ich hoffe, daß wir diese Differenz nicht durch einen Formelkompromiß überwinden. Mich hat Deine Antwort auf die Ausgangsfrage von Gert nicht voll befriedigt. Du hast im Zusammenhang mit dem Zerfall einer in einer bestimmten Periode entstandenen selbständigen Arbeiterkultur auf die Normalität des Kapitalismus aufmerksam gemacht. Du verweist auf die steigende Arbeitslosigkeit, auf die Risse im sogenannten 'sozialen Netz' - und bezeichnest dies als einen Zustand der Normalität im Kapitalismus.

J.K.

Nicht als 'Normalität' nach 1945. Die Jahre von 1945 bis zum Ende der sechziger Jahre waren eine Besonderheit. Man muß sich doch vorstellen, daß an dem 'sozialen Netz' fast 30 Jahre lang fast ununterbrochen gearbeitet wurde und daß über Jahrzehnte hinweg nach 1945, im Gegensatz zur Weimarer Zeit, die Arbeitslosigkeit in der Tendenz gesunken ist bzw. niedrig war. Die Wandlung zu den Weimarer Zeiten, zur Normalität des Imperialismus überhaupt erfolgte erst wieder in den siebziger Jahren.

G.F.

Gut, dann will ich das Problem anders formulieren. Mir stellt sich die Frage, ob die Perspektive der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik nicht davon auszugehen hat, daß die Periode von fast 40 Jahren seit 1945 überhaupt nicht rückgängig zu machen ist und daß ganz neue Formen und auch Inhalte von Klassenkämpfen erscheinen werden, die wir überhaupt nicht mehr am Maßstab der Erfahrungen der Zwischenkriegsperiode oder auch des antifaschistischen Widerstandes messen können.

Ich möchte das am Beispiel von Mössingen verdeutlichen. Die Verfasser des schönen Buches über Mössingen schließen ihre Analyse mit dem Generalstreik vom 31. Januar 1933 ab, und sie berichten dann noch kurz über den Widerstand im Umkreis des 31. Januar 1933. In diesem Buch wird eine weitere Arbeit über die Entwicklung von Mössingen nach 1945 angekündigt. Ich bin auf diese Arbeit sehr gespannt. Denn das 'alte, rote Mössingen' existiert nicht mehr. Erstens ist die Gemeinde heute nicht mehr selbständig, und zweitens gibt es dort heute - soweit ich gehört habe - eine CDU-Mehrheit. Im Rahmen des Forschungsprojektes, über das Frank berichtet hat, habe ich ähnliche Erfahrungen gemacht. Einerseits zerfällt die Arbeiterkultur - andererseits tritt etwas an ihre Stelle, das wir - so muß ich offen gestehen - noch nicht genau fassen können. Die Gemeinde, die ich untersu-

che, ist heute - in der Folge der Gebietsreform von 1971 - Stadtteil einer ländlichen Großgemeinde im südhessischen Raum: Breuberg. Der Pfarrer sagt, daß sich dieser Ort, der heute ca. 1.100 Einwohner hat, eigentlich seit 1780 im Niedergang befinde. Das stimmt insofern, als diese Gemeinde im Feudalismus ein Herrschaftsmittelpunkt war. Sie befindet sich am Fuß einer Burg. Die feudalen Behörden wurden nach und nach abgezogen. Diese Prozesse beschleunigen sich Anfang des 19. Jahrhunderts. Erst in der industriellen Revolution wird das Dorf zu einer Arbeitergemeinde. Fast alle sind zunächst Bauarbeiter (Maurer, Weißbinder, Steinmetzen, Zimmerleute u.a.). Sie pendeln bis nach Frankfurt und Mannheim aus - der Ort liegt im Odenwald. Nur am Wochenende kommen sie nach Hause. Zu Beginn unseres Jahrhunderts bauen sie aber in ihrer Freizeit eine Arbeiterkultur auf: die sozialdemokratische Partei, den Arbeitergesangverein und den Arbeiterturnverein. Zwischen 1908 und 1920/22 ist die Gemeinde sozialdemokratisch dominiert. Dann wird sie ein 'kommunistisches Nest'. Noch gibt es keine eigene Industrie - die meisten Arbeiter pendeln nach wie vor als Bauarbeiter nach Mannheim und Frankfurt aus. Der Arbeiterturnverein turnt Sonntagvormittag; der Arbeitergesangverein singt Samstagabend. Zwischendurch passiert wenig. Das aber reicht schon aus, um dafür zu sorgen, daß die KPD mit den Bürgerlichen ständig um die Mehrheit bei den Gemeinderatswahlen kämpft. Das wird natürlich 1933 unterbrochen, setzt sich aber im Grunde genommen bis 1960 fort. Die Gemeinde hat von 1945 bis 1960 einen kommunistischen Bürgermeister - auch noch nach dem Verbot der KPD.

Aber irgendwann vollzieht sich in der Entwicklung dieser Gemeinde ein Bruch - und mir ist noch nicht ganz klar, ob dieser Bruch schon 1933 oder später eingetreten ist. Der kommunistische Bürgermeister ist zunächst sehr erfolgreich. Bis 1955 gelingt es ihm - so nehme ich an -, die Gemeinde durch Selbsthilfe zu rekonstruieren. Seit 1930 ist zum Beispiel das System der Wasserleitungen nicht renoviert worden. Obwohl auch jetzt kein Geld da ist, mobilisiert er die Bevölkerung, die Wasserleitung zu bauen, den Wald aufzuforsten, der zum großen Teil während des Krieges abgeholzt worden ist. Das ist bis in die Mitte der 50er Jahre sehr effektiv. Seit Mitte der 50er Jahre ist aber festzustellen, daß die Nachbargemeinden diese Gemeinde überholen; denn jetzt ist Staatshilfe wichtiger als Selbsthilfe geworden. Damit die Gemeinde sich entwickeln kann, muß Geld von außen kommen, d.h. in der Regel von der Landesregierung.

Die sozialdemokratische Landesregierung hat aber kein Interesse daran, einem kommunistischen Bürgermeister zu helfen. Dazu kommt, daß mit der Landeshilfe zugleich ein Stück lokaler Autonomie aufgegeben werden muß;

denn diese Mittel bekommt man nur, wenn man sich an Landesprogrammen - z.B. beim Straßenbau - beteiligt. Entscheidend aber ist, daß die Gemeinde einen Aufschwung nimmt, wenn sie sich an solchen Programmen beteiligt. Die Gemeinde, von der ich spreche, ist von dieser Entwicklung abgeschottet. Die Gegner des Bürgermeisters behaupten, seine politische Richtung habe ein Interesse daran. Andere sehen darin eine bewußte Aussperrung durch die Landesregierung. Nun hat Frank gerade von dem Stolz gesprochen, mit dem ein sozialdemokratischer Bürgermeister von dieser Zeit berichtet. Aber alle Projekte, die in dieser Zeit realisiert werden (z.B. der Bau von Schwimmbädern), sind durch Eigenaktivität am Ort, durch Selbsthilfe nicht mehr zu schaffen. In Hessen wird dafür wesentlich der - ich sage das einmal grob - 'sozialdemokratische Staat' zuständig. In den anderen Dörfern also findet sich die Arbeiterklasse im sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wieder, der das Geld für diese Projekte gibt. In dem von mir erwähnten kommunistisch regierten Dorf ist das natürlich anders. Aber das führt dann auch dazu, daß die sozialdemokratische Landesregierung im Jahre 1960 den kommunistischen Bürgermeister absetzt - und gegen diesen Akt gibt es kaum Widerstand. Der neue Bürgermeister ist auch ein Arbeiter, aber er ist weder Kommunist noch Sozialdemokrat. Er wird im Dorf sehr geachtet, weil er sehr aktiv ist und weil es ihm in den 60er Jahren gelingt, den Aufschwung des Dorfes zu organisieren. Innerhalb seiner zehnjährigen Amtszeit steigt die Einwohnerzahl von 1.100 auf 1.800. Sein kommunistischer Vorgänger hat immer wieder versucht, ein Gemeinschaftshaus mit den alten Methoden (also durch Selbsthilfe) zu realisieren. Er hat z.B. Feste veranstaltet und den Überschuß - ca. 2000 DM pro Fest - in eine Kasse getan. Aber man hätte - so sagen seine Gegner - bis zum Jahre 2000 warten müssen, um auf diese Weise die Mittel für den Bau des Gemeinschaftshauses aufzubringen. Der Nachfolger wußte, wie man sich an Staatsprogramme anschließt, und die Regierung hat ihn dabei gern unterstützt. Inzwischen wurde ein prächtiges Gemeindehaus errichtet. Der zeitweilige Aufschwung hat die Leute in dieser Gemeinde mit Selbstbewußtsein erfüllt, aber es war eben kein proletarisches Selbstbewußtsein mehr. Inzwischen - aus kleinen Anfängen in den 20er Jahren heraus, forciert in den 30er Jahren - haben sich auch neue Fabriken im Tal angesiedelt, und mit ihnen sind Türken gekommen, die schon einen beträchtlichen Anteil an der Bevölkerung ausmachen. Die heute 40 - 50jährigen wissen kaum noch etwas über die Zeit vor 1960. Nur die älteren Leute können sich noch erinnern.

Vergangene Woche war ich in der Gastwirtschaft, in der der Arbeitergesangverein früher gesungen hat. Die Tochter des damaligen Schriftführers sagte mir: Ja, hier finden Sie noch alte Urkunden vom Arbeitergesangverein

und vom Arbeiterturnverein. Nun, diese Urkunden fand ich - aber sie waren allesamt mit einem schwarz-weiß-roten Band versehen. Das heißt: es waren Urkunden aus der Zeit vor 1900, bevor der Arbeiterturnverein gegründet wurde, als sie noch alle in der Deutschen Turnerschaft waren. Die späteren Urkunden wurden offensichtlich fast alle 1933 vernichtet.

Also, langer Rede kurzer Sinn: die Entwicklung dieses Ortes scheint darauf hinzudeuten, daß es bei solchen Arbeitergemeinden (und damit auch in der Entwicklung von Klassenstruktur und Klassenbewußtsein der Arbeiter) zwei historische 'Bruchstellen' gibt: einmal 1933/34 - zum anderen in den 50er Jahren. Die Arbeiterbewegung erhält eine neue Identität jetzt - mit stark antikommunistischer Stoßrichtung - über den Staat, den 'sozialdemokratischen Staat'. Und dabei zerfällt auch eine selbständige Arbeiterkultur, die nicht mehr rekonstruierbar ist. Einige Intellektuelle haben das in den 70er Jahren versucht, aber das ist vollständig gescheitert. Ich glaube, von diesen Tatsachen müssen wir ausgehen, wenn wir über Perspektiven der Arbeiterbewegung sprechen. Diese sind nicht verriegelt, aber sie liegen nicht im bloßen Wiederherstellen früherer Formen des Bewußtseins, der Kultur, der Organisation, des Kampfes; denn in den letzten 40 Jahren ist tatsächlich etwas vollkommen Neues entstanden.

J.K.

Was ist denn eigentlich das vollkommen Neue?

G.F.

Gert hat schon einige Elemente genannt. Mir geht es um folgendes: daß sich mit dem Zerfall eigenständiger Arbeiterkultur ein Prozeß des Sich-Wieder-Findens, der Konstitution einer neuen Identität und zwar über den Staat vollzieht. Also, wenn Ihr so wollt: Identifikation mit dem Sozialstaat, den man als seinen eigenen Staat sinnlich erfährt und auch so versteht. Um es noch einmal zu pointieren: Das Eigenheim baut man eben mit dem Staat - er macht die Steuergesetze dafür, von ihm kommen Zuschüsse, Vergünstigungen etc.

J.K.

Du hast absolut recht, daß das eine Wandlung ist. Aber etwas vollkommen Neues? Auch in der Weimarer Zeit wurden schon Arbeitersiedlungen unterstützt. Damals wurden kleine Häuser vor allem für Facharbeiter gebaut, und der Staat bzw. das Land oder die Kommune gaben Geld dazu. Auch damals gab es schon diese Art von Identifizierung mit der bürgerlichen Herrschaft, wenn auch nicht in dem Ausmaße wie heute in der BRD. Aber Deine Kern-

these betraf doch den Einfluß der Gemeinde auf das gesamte Gefüge...

F.D.

und den Zerfall der Klassenkultur der Arbeiter...

J.K.

Ja. Gewisse Zersetzungserscheinungen oder Wandlungen in der Ideologie der Arbeiterklasse - also sagen wir, von einer spezifischen Arbeiterklassenideologie zu einer Volksideologie im schlechten Sinne - können wir zwar schon in der Weimarer Republik beobachten, in der Periode nach 1945 aber natürlich in viel größerem Maße. Herbert Wehner hat einmal gesagt: Wir wollen als Sozialdemokratie nicht wieder in die Situation der Weimarer Republik kommen, daß wir als Gegner des Staates angesehen werden. In dieser Formulierung ist das auf den Begriff gebracht, was Du, Georg, mit Deinem schönen Beispiel vom Industriearbeiterdorf angedeutet hast.

10. Klasseninteresse und Friedensfrage

J.K.

Was ist aus unserer Diskussion herausgekommen? Erstens: ein deutlich spürbarer Verfall in der BRD dessen, was wir Arbeiterklassenkultur nennen. Dabei werden - nicht in jeder Beziehung fortschrittsfeindliche, vielfach 'nur' neutralisierende - Kulturteile der herrschenden Klasse übernommen, seien es nun ureigene Schöpfungen der herrschenden Klasse oder solche, die für die Werktätigen zurechtgemacht werden. Weiterhin hat unsere Diskussion doch gezeigt, wie differenziert wir diese verschiedenen Probleme anpacken müssen, nachdem wir sie einmal in übertriebener Schärfe dargelegt haben. Das nennt man bekanntlich: das Kind mit dem Bade ausschütten. Ich bestehe immer noch darauf, daß dies der erste Akt sein muß; denn wenn man mit den Differenzierungen anfängt, verliert man leicht die Übersicht.

Zum Schluß möchte ich aber auf einen Gedanken eingehen, der mir erst im Verlaufe der Diskussion klarer geworden ist - ich meine die zunehmende Übertragung von ursprünglich ganz spezifischen Arbeiterklasseninteressen oder Interessen der großen Masse der Werktätigen allgemein auf immer größere Teile der gesamten Bevölkerung, wie z.B. die Friedensidee. Ein umgekehrter Prozeß also. Die Friedensidee hatte natürlich auch bürgerliche Anhänger, aber im Zusammenhang mit dem Internationalismus, mit der Losung 'Proletarier aller Länder, vereinigt Euch' war sie doch eine spezifische Idee der Arbeiterklasse. Vorher war man für den Frieden im Sinne von Montaigne, der einmal gesagt hat: glücklich sind die Völker, die eine langweilige Geschichte haben. Die Arbeiterklasse aber hat der Friedensidee einen neuen Inhalt gegeben. Warum konnte sie das? Erstens, weil besonders die Arbeiterklasse die Leiden des Krieges erfuhr, und zweitens, weil vor allem die einfachen Menschen während des Krieges die Bereicherung der herrschenden Klassen durch den Krieg erlebten und dabei zugleich oft begriffen, daß es unter den Bedingungen des Imperialismus für die herrschende Klasse ein Vorteil, ja eine Notwendigkeit ist, Krieg zu führen. Heute ist der Kampf für den Frieden eine ureigene Sache für praktisch alle Schichten und Klassen in der Welt des Kapitals mit Ausnahme einer überaus mächtigen Gruppe des Monopolkapitals geworden. Das heißt, wir dürfen nicht mehr allein die intensive Ausbildung der Klassenkultur der Arbeiter als solche untersuchen, sondern müssen mit der Extensivierung dieser Kultur ihrer Ausbreitung auf andere Schichten und Klassen unsere Aufmerksamkeit widmen. Eine solche Beobachtung der extensiven Entwicklung der Arbei-

terkultur betrifft natürlich ein Grundelement der kulturellen Entwicklung in den sozialistischen Ländern.

D.K.

Eine der für mich wichtigsten Erkenntnisse der letzten Zeit habe ich auf der letzten 'Linzer Konferenz', der 'Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung', gewonnen. Diese Idee vom Frieden hat sich innerhalb der Arbeiterbewegung und in der Politik der sozialistischen Staaten ja erst allmählich zu ihrer heutigen Form entwickelt. Auf dem Wege von der Idee des revolutionären Krieges bis hin zur heutigen Idee der friedlichen Koexistenz und zum Versuch, die Vermeidung des Krieges als primäres Ziel der Politik zu betrachten, sind ja viele Lernprozesse abgelaufen. Das scheint mir doch ein Beispiel dafür, wie lernfähig die Arbeiterbewegung, die Arbeiterklasse und die von ihr regierten Staaten und Bündnissysteme sind. Daraus kann man doch auch Hoffnung und Optimismus schöpfen!

G.M.

Die Friedensidee ist gerade in der jüngsten Zeit wieder verstärkt zum Bestandteil der Arbeiterkultur in der Bundesrepublik geworden. In den vergangenen Jahren haben die Gewerkschaften und andere Organisationen der Arbeiterklasse hier eine stärkere Aktivität entfaltet. Sie sind - wenn auch mit einer zeitlichen Verzögerung und mit gewissen Differenzierungen - Teil der Friedensbewegung geworden. Somit ergeben sich neue Möglichkeiten für das Zusammengehen der alten, klassischen Arbeiterbewegung mit neuen Schichten der Intelligenz, mit den Angestellten, mit anderen Gruppen. Sie eint das Interesse, eine Katastrophe zu verhindern, die alle vernichten würde.

J.K.

Stimmst Du überein in der Bewertung dieser Doppelbewegung, die ich darin sehe, daß die Friedensidee im Kapitalismus ausgehend vor allem von der Arbeiterkultur einerseits zum Bestandteil der Kultur aller Klassen und Schichten (bis hin zu Teilen des Monopolkapitals) geworden ist, auf der anderen Seite aber noch viel stärker ein Spezifikum der Arbeiterklasse geworden ist, da der Sozialismus, in dem die Arbeiterklasse die führende Macht ist, sich nur im Frieden wirklich entwickeln kann?

G.M.

Und die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern ebenso!

F.D.

Deine These von der Doppelbewegung ist insofern richtig, als die Frage der Verhinderung eines Nuklearkrieges - und auch eines konventionellen Krieges - zu einem Gattungsinteresse geworden ist. Daher spielen heute in den Friedensbewegungen in den kapitalistischen Ländern vielfach Personen und Gruppierungen eine führende Rolle, die nicht der Arbeiterklasse angehören und politisch nicht aus der Arbeiterbewegung kommen. Auf der anderen Seite gibt es ein - darüber hinausgehendes - spezifisches Interesse der Arbeiterklasse im Friedenskampf, und das macht ihre Beteiligung und Einbeziehung so wichtig. Die vielen Probleme, mit denen sich die Arbeiterbewegung angesichts der Krise des kapitalistischen Systems auseinanderzusetzen hat, können nur einer Lösung nähergebracht werden, wenn der Frieden erhalten wird. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der Kampf gegen Sozialabbau kann nur dann begründet und mit einer Perspektive versehen werden, wenn er gleichzeitig als Kampf für die Sicherung des Friedens, als Kampf für Abrüstung und Entspannung geführt wird.

J.K.

Ich danke Euch für die Mühe, die Ihr Euch in diesen anderthalb Tagen mit mir gemacht habt!

G.M.

Wir bedanken uns bei Dir herzlich für Deine Gastfreundschaft und für das Gespräch!

Anmerkungen

- (1) Lenin, W.I.: Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: ders., Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 433 - 437
- (2) Thompson, E.P.: Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation, in: Das Argument, Jg. 1981, Nr. 127, S. 326-351
- (3) Sagladin, W., Frolov, I.: Globale Probleme der Gegenwart. Berlin (DDR) 1982. Vgl. auch Bestushew-Lada, I.: Die Welt im Jahr 2000. Eine sowjetische Prognose für unsere Zukunft. Freiburg/Br. 1984
- (4) Drewitz, I., u.a.(Hrsg.): Berufsbezogene Friedensinitiativen. Eine Übersicht. Köln 1984; Verantwortung für den Frieden. Naturwissenschaftler gegen Atomrüstung. Reinbek bei Hamburg 1983; Paech, N., Stuby, G.(Hrsg.): Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa. Protokoll einer internationalen Konferenz. Köln 1983
- (5) Übersetzung in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 1980, Nr. 12, S. 1502 - 1509
- (6) Kuczynski, J.: Gesellschaften im Untergang. Köln 1984
- (7) Kondratieff, N.: Die langen Wellen der Konjunktur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 56, Jg. 1926, S. 573 - 609; Kondrat'ev, N.D.: Bol'shie cikly kon-junktury, Moskau 1928
- (8) Grossmann, H.: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Zugleich eine Krisentheorie. Leipzig 1929
- (9) Gorz, A.: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus. Frankfurt/M. 1980
- (10) Bebel, A.: Die Frau und der Sozialismus. 176. bis 180. Tausend, Stuttgart/Berlin 1922
- (11) Kuczynski, J.: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Band 4, Köln 1982, S. 84 - 141
- (12) Ebenda, S. 133
- (13) Lenin, W.I.: Werke, Band 29, Berlin 1961, S. 410
- (14) Braverman, H.: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß. Frankfurt/M. u.a. 1977
- (15) Matzner, E.: Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen. Wien 1982
- (16) Kuczynski, J.: Glanzvolle soziologische Studien in der Sowjetunion, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1982, Bd. III, S. 137 - 146; Meyer, G.: Sozialstruktur sowjetischer Industriearbeiter Ende der zwanziger Jahre. Marburg/L. 1981
- (17) Reulecke, J., Weber, W.: Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur

Sozialgeschichte im Industriezeitalter. Wuppertal 1978

(18) Lucas, E.: Märzrevolution 1920. 3 Bde. Frankfurt/M. 1970, 1973, 1978

(19) Lucas, E.: Märzrevolution 1920, 3. Bd., S. 468

(20) Lucas, E.: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1976

(21) Lucas, E.: Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1983

(22) Negt, O., Kluge, A.: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt/M. 1972

(23) Althaus, H.-J., Bross, F., Döffinger, G., Flaig, H., Geppert, K., Kaschuba, W., Lipp, C., Rueß, K.-H., Scharfe, M., Warneken, B.-J.: Da ist nichts gewesen außer hier. Das 'rote Mössingen' im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes. Berlin 1982

(24) Kuczynski, J.: Dialog mit meinem Urenkel, Berlin, Weimar 1983, S. 115

(25) Naumann, H.: Deutsche Volkskunde in Grundzügen. Leipzig 1935. Vgl. hierzu: Kramer, D.: 'Kreativität' in der 'Volkskultur', in: Zeitschrift für Volkskunde, Jg. 1972, Bd. 68, S. 20 - 41

(26) Abel, W.: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter. Hamburg/Berlin 1978

(27) Thompson, E.P.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Frankfurt/M. 1983

(28) Thompson, E.P.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980

(29) Rudé, G.: Die Volksmassen in der Geschichte. England und Frankreich 1730 - 1848. Frankfurt/M., New York 1977

(30) Jung, H.: Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre. Struktur - Kern - betriebliche Basis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Jg. 1983, Nr. 6, S. 44 - 83, hier S. 79. Vgl. auch: Maase, K.: Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit. Empirische Materialien und theoretische Analyse. Frankfurt/M. 1984 (IMSF-Informationsbericht Nr. 38)

(31) Langewiesche, D.: Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: Ritter, G.A. (Hrsg.): Arbeiterkultur. Königstein/Ts. 1979, S. 40 - 57

(32) Hoggart, R.: The Uses of Literacy (1958); vgl. H.G. Klaus: Kultur-

analyse in Großbritannien 1977 - 1982 (I.), in: Gulliver 13 (Argument-Sonderband Nr. 97), S. 73 - 89

Dieter Hoffmeister Arbeiterfamilienschicksale im 19. Jahrhundert

Qualitative Untersuchungen zum Zusammenhang
von familiärer Unvollständigkeit, Notbehelfsökonomie
und Arbeiterbewegung



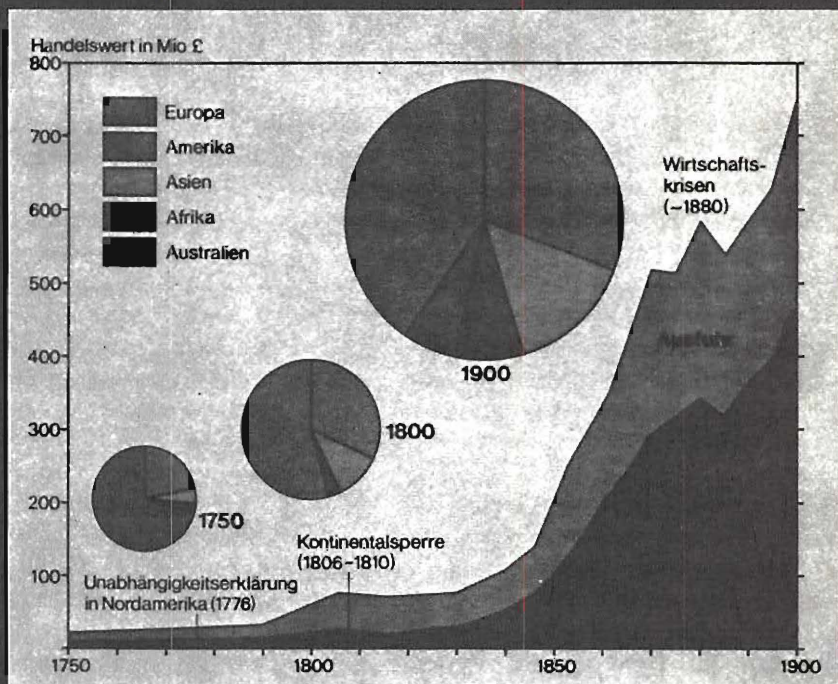
X/360 Seiten,
brochiert, DM 34,-

Verlag
Arbeiterbewegung und
Gesellschaftswissenschaft



Bernhard Roth Weltökonomie oder Nationalökonomie?

Tendenzen des Internationalisierungsprozesses
seit Mitte des 19. Jahrhunderts



XIV/377 Seiten,
broschiert, DM 38,-

Verlag
Arbeiterbewegung und
Gesellschaftswissenschaft



Die Frage von Krieg und Frieden
Umfang und Funktion der Arbeiterklasse
Untergehende Gesellschaftsformationen
Der bürgerliche Staat — Milchkuh und Gendarm?
Zur politischen Funktion des Alltagsbegriffs
Erfahrungen der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger Jahre
Über Kultur und Klassen
— Disput über moralische Ökonomie
Kulturentwicklung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik
Klasseninteresse und Friedensfrage